

UMS GANZE

**Brandenburgs Zukunft
gemeinsam gestalten!**

DIE LINKE.

Brandenburgs Zukunft gemeinsam
gestalten!

Wahlprogramm zur Landtagswahl 2019

Beschluss der
2. Tagung des 6. Landesparteitages
15. Juni 2019

Inhalt

Präambel	8
Brandenburgs Regionen nachhaltig entwickeln	11
Gleiche Chancen in Ost und West	11
Gleichwertige Lebensverhältnisse in allen Regionen	12
Wohnen als Grundrecht sichern	13
Felder – Wälder – Teiche	16
Lebensgrundlagen schützen!	19
Energiewende in Brandenburg – erneuerbar, dezentral und sozial	22
Nächster Halt: Verkehrswende! Gerechte und saubere Mobilität für alle	25
Für einen guten Start ins Leben	29
Der Jugend gehört nicht nur die Zukunft, sondern auch die Gegenwart	30
Familienfreundliches Brandenburg	31
Selbstbestimmt älter werden in Brandenburg	32
Leben mit Herausforderungen	34
Ein Leben lang lernen – kostenfrei	37
Auf den Anfang kommt es an – Gute Bildung für alle	37
Wissenschaft und Hochschulen	41
Arbeit & Wirtschaft in sozialer Verantwortung	45
Gute Arbeit, von der man leben kann	45
Brandenburgs Wirtschaft – vielfältig, leistungsstark und wandlungsfähig	50
Digitalisierung – für mehr Teilhabe am Leben!	53
Gesund leben in Brandenburg	56
Gesundheitliche Versorgung in allen Regionen	56
Pflege in öffentlicher Verantwortung	61

Diskriminierungsfrei leben in Brandenburg	64
Parität wird Realität	65
Brandenburg – Lebensort für Menschen aller Geschlechter.....	67
Kultur und Medien in einer vielfältigen Gesellschaft	69
Kultur in Brandenburg hat viele Gesichter	69
Brandenburgs Medien – stark, vielfältig, unabhängig.....	71
Sport gehört zum Leben	74
Brandenburg – Ort für Demokratie und Engagement	75
Demokratie im Alltag stark machen.....	75
Kommunalpolitik – Rückgrat der Demokratie.....	76
Ehrenamt – unverzichtbarer Teil der Gesellschaft	78
Antifaschismus – dauerhafte Verpflichtung.....	79
Brandenburg – international und weltoffen	83
Brandenburg in Europa	83
Willkommen in Brandenburg	85
Freiheit und Sicherheit – starken Bürgerrechten verpflichtet	89
Brandenburg – demokratischer und sozialer Rechtsstaat	89
Sicher leben in Brandenburg	91
Brand- und Katastrophenschutz stärken.....	93
Verbraucher*innenschutz	93
Linke Haushalts- und Finanzpolitik ist nachhaltig und stärkt das Gemeinwesen	95

Präambel

Brandenburg: Eine Zukunft für die es sich zu kämpfen lohnt

Brandenburg: Es kann so einfach sein? Für viele stimmt das. Sicher, man kann hier gut leben. Aber wir wissen, wie schwer das Leben oft im Alltag ist. Wie genau man aufs Geld schauen muss. Wie nervös es machen kann, wenn die Heizung teurer wird, wenn die Waschmaschine kaputt geht und wenn die Miete steigt. So einfach ist das Leben eben nicht. Aber: indem wir die Systemfrage stellen, wollen wir dafür sorgen, dass es für möglichst viele einfacher, entspannter und besser wird – gerade für diejenigen, die derzeit am meisten Sorgen und Stress haben.

Die soziale Spaltung geht auch an Brandenburg nicht vorbei

Einerseits sind so wenige Brandenburger*innen ohne Arbeit wie noch nie seit 1990. Das ist gut, und daran hat auch unser Regierungshandeln einen Anteil. Aber immer mehr Jobs sind unsicher, befristet, schlecht bezahlt, manche arbeiten unfreiwillig in Teilzeit. Dass man von der Arbeit gut leben kann und keine Angst vor Altersarmut hat, das ist längst nicht normal. In zu vielen Familien reicht das Geld selbst dann nicht, wenn beide Elternteile arbeiten gehen, geschweige denn, bei Alleinerziehenden. Wenig Geld zu haben, drängt an den Rand der Gesellschaft und die Angst vor sozialem Abstieg ist demütigend in einem reichen Land.

Es scheint vieles nicht mehr selbstverständlich: Eine Arbeit von der man

Leben kann, eine Wohnung oder ein Haus, das man bezahlen kann und einen Lebensabend, den man in Würde und ohne Angst vor Armut verbringen kann. Wir wollen, dass das Selbstverständliche wieder selbstverständlich wird.

Seit 10 Jahren gestalten wir unter schwierigen Rahmenbedingungen fortschrittliche Politik in Brandenburg. Unser Ziel ist, dass man überall in Brandenburg gut leben kann. Trotz der Unterschiede zwischen Stadt und Land. Egal, wo man sich entscheidet in Brandenburg leben zu wollen, darf dies nicht an den Bedingungen vor Ort scheitern. Gleichwertige Lebensbedingungen im ganzen Land zu gewährleisten bleibt für DIE LINKE ein wichtiger Verfassungsauftrag. Es darf keine Entscheidung gegen den gewünschten Lebensort geben, weil es dort zu teuer, zu laut, zu schlecht angebunden ist, keine Arbeit oder keinen Kitaplatz gibt.

Wir haben strategische Weichen gestellt für bessere Lebensbedingungen im Land. Wir haben die unsoziale Politik von zehn Jahren SPD/CDU-Koalition beendet und viele ihrer Fehler korrigiert. So begrenzt die Möglichkeiten eines Bundeslandes sind, dennoch gestalten wir seit zehn Jahren fortschrittliche Politik in Brandenburg. Wir haben in dieser Zeit viel getan, um die öffentliche Infrastruktur auszubauen und die Kommunen finanziell besser zu stellen. Wir haben vieles getan, um die Mobilität zu verbessern, die Erneuerbaren Energien auszubauen, günstigen

Wohnraum entstehen zu lassen, die gesundheitliche Versorgung zu stabilisieren, auszubauen und zu modernisieren. Wir haben den öffentlichen Dienst gestärkt und attraktiver gemacht.

Es gibt mehr Lehrer*innen und mehr Polizist*innen. Wir haben den Einstieg in die beitragsfreie Kita geschaffen. Der Mindestlohn für öffentliche Aufträge steigt, Gute Arbeit ist eines unserer zentralen Anliegen. Heute können wir sagen: Wir haben Grundlagen gelegt – in dem Wissen, dass immer noch viel zu tun ist! Um Zukunft zu gestalten brauchen wir einen starken Sozialstaat, der den Menschen in den Mittelpunkt stellt und nicht die Profite der Konzerne. Der Neoliberalismus mit der Idee eines schlanken Staates und der Privatisierung von öffentlichem Eigentum scheidet auf Kosten von Mensch und Natur. Wir werden den Kampf um die Rückgewinnung des Öffentlichen konsequent führen. Es wird mit uns keine Privatisierungen öffentlichen Eigentums geben. Vielmehr setzen wir auf die Wiedergewinnung von Handlungsfähigkeit durch Aufbau öffentlichen Eigentums, auch durch Vergesellschaftung und Enteignung. Ob im Wohnungsbau, der digitalen Infrastruktur, in der Stromversorgung, im Gesundheitsbereich oder im Bus- und Bahnverkehr – wir nehmen die Zukunft im Interesse des Gemeinwohls gemeinsam in die Hand.

Wir wollen eine Zukunft, für die es sich zu kämpfen lohnt: Wir wollen ein Brandenburg, in dem alle ihren gerechten Anteil am gesellschaftlichen Wohlstand haben. In dem das Leben für die Menschen wieder planbar ist. Wir wollen, dass alle Menschen frei von Armut sind und keine Angst vor dem sozialem Absturz

haben müssen. Wir wollen ein Land, in dem Reichtum das ist, was allen gehört: öffentliche Bildung, Gesundheit, saubere Umwelt, Kultur. In dem Wohnen für alle bezahlbar ist. In dem Natur und Klima geschützt und unsere Ressourcen nicht verschwendet werden. Wir wollen ein Land, in dem alle Menschen gleichberechtigt zusammenleben und an den demokratischen Entscheidungen beteiligt sind – unabhängig von ihren individuellen Fähigkeiten und Interessen, ihrer Herkunft und sozialen Stellung, ihrem Geschlecht, Alter oder ihrer sexuellen Orientierung. Eine inklusive Gesellschaft, in der niemand ausgegrenzt wird.

Am 1. September werden wir Brandenburger*innen eine wichtige Entscheidung treffen. Die große Frage wird sein: In was für einer Gesellschaft wollen wir künftig leben? Wollen wir eine offene, sozial gerechte und demokratische Gesellschaft, in der die Würde und Rechte eines jeden Einzelnen im Mittelpunkt stehen? Oder wollen wir eine Gesellschaft, die für Abschottung und Nationalismus steht, in der nur das Recht des Stärkeren gilt?

Ein Teil der Gesellschaft, auch in Brandenburg, will zurück in eine politische, kulturelle, soziale und ökonomische Vergangenheit. Abschottung, Abgrenzung und Ausgrenzung, Fremdenfeindlichkeit – auch gegen hier lebende Minderheiten –, die Rückkehr zu rückständigen Frauen- und Familienbildern, ein autoritäres Politikverständnis, Intoleranz und die permanente Infragestellung der historischen Verantwortung Deutschlands und der Lehren, die wir aus der Geschichte gezogen haben, prägen diesen Ansatz.

Wir wollen kein Brandenburg der Spaltung, sondern ein Brandenburg der Solidarität. Wir, DIE LINKE, sind ein verlässlicher Teil des Bollwerks für Menschlichkeit. Im Miteinander, nicht im Gegeneinander aller Brandenburger*innen werden wir das Land sozialer und ökologischer entwickeln. Wir sehen die nächsten 10 Jahre als entscheidend an, um unser Land zukunftsfest weiterzuentwickeln, mit allen für alle.

Unsere politischen Schwerpunkte sind:

- DIE LINKE setzt sich ein für alle Einwohner*innen im Land Brandenburg und wir sehen uns an der Seite der Benachteiligten sowie der prekär und abhängig Beschäftigten: Gute Arbeit von der man leben kann, bezahlbaren Wohnraum sichern, für armutsfeste Renten, für Mobilität und ÖPNV quer durch alle Regionen!

- DIE LINKE ist die konsequente Vertreterin ostdeutscher Interessen, die den Respekt und die Anerkennung ostdeutscher Biografien einfordert und die anhaltende Diskriminierung ostdeutscher Rentner*innen scharf verurteilt. Wir setzen uns für die Beendigung der strukturellen Diskriminierung sowie der Eigentums- und Einkommensunterschiede bis in die dritte Generation Ost ein.

- DIE LINKE steht für Teilhabe und sozialen Aufstieg: gutes Leben und Aufwachsen in Brandenburg, Teilhabe an Bildung für alle, gleichwertige Lebensverhältnisse in allen Landesteilen, starke und selbstbestimmte Kommunen.

- DIE LINKE ist die Kraft, die technologische, wirtschaftliche und soziale Entwicklung miteinander verknüpft

und wechselseitig – unter Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen – nutzbar macht.

- DIE LINKE ist eine verlässliche Unterstützerin aller sozial Engagierten im Land, unter ihnen besonders auch der Flüchtlingshelfer*innen: sozialer Zusammenhalt und Solidarität statt Ausgrenzung und Spaltung, gesellschaftliches Engagement und Ehrenamt stärken, Zukunftsperspektiven besonders auch für Migrant*innen und Integration.

- DIE LINKE steht für den sozial-ökologischen Umbau: Für uns ist klar, dass Umweltfragen zugleich immer auch soziale Fragen sind.

- DIE LINKE ist Garant für gesundheitliche Versorgung und gute Pflege!

- DIE LINKE ist Kämpferin für einen Rechtsstaat, der Prävention und Resozialisierung und die Verteidigung von Bürger*innenrechten in den Mittelpunkt seiner Bemühungen stellt.

Zukunft ist gestaltbar! Es liegt an uns allen. Wir können das Land verändern. Wir können die Zukunft gemeinsam gerechter und besser machen. Machen Sie mit! Für eine starke LINKE in Brandenburg.

Brandenburgs Regionen nachhaltig entwickeln

Gleiche Chancen in Ost und West

Herstellung der inneren Einheit

Der Umbau der ostdeutschen Gesellschaft nach 1990 hatte viele positive Seiten, die wir begrüßen. Doch auch die Kehrseite darf nicht verschwiegen werden. Materielle Enteignung, kulturelle Deklassierung und soziale Abwertung prägen viele ostdeutsche Lebenserfahrungen und Biographien. Die Treuhandanstalt hat das Volkseigentum der DDR zugunsten westdeutschen Kapitals umverteilt, Industriezweige abgewickelt, Wertschöpfungspotenziale und Einnahmen in den Westen umgeleitet. Wegbrechende Erwerbsmöglichkeiten und Infrastruktur führten zur Abwanderung, vor allem auch von jungen Frauen. Hunderttausende Ostdeutsche verloren ihren Arbeitsplatz, Respekt und Anerkennung der Lebensleistungen wurden oftmals verweigert. Die höheren Verwaltungs- und Beam*tinnenpositionen wurden neu besetzt, meistens mit männlichen Westdeutschen, oft paritätisch zwischen den nunmehr tonangebenden Parteien unter wachsendem westdeutschen Einfluss. Ostdeutsche Sichtweisen wurden ausgeblendet oder sogar denunziert, Einseitigkeiten und Zerrbilder waren die Folge. Das muss sich ändern! Da sich die innere Einheit nur auf Augenhöhe vollziehen kann und der Transformationsprozess in Ostdeutschland als Nachbau West gescheitert ist, brauchen wir – 30 Jahre nach der Wende! – einen neuen Entwicklungspfad.

Gleichwertigkeit und gesellschaftliche Teilhabe schaffen!

Wir wollen gleichwertige Lebensverhältnisse in Ost und West, nicht nur in den Bereichen der Wertschöpfung und Infrastrukturentwicklung sondern auch bei der Verteilung von Positionen sowie der Teilhabe an Gestaltung und Verantwortung. Die Sicherung und Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse in allen Teilräumen der Bundesrepublik ist als Bestandteil des Sozialstaates im Grundgesetz verankert. Dies schließt für uns Daseinsvorsorge, Einkommen und Erwerbsmöglichkeiten mit ein.

Um die Unterschiede zwischen West und Ost innerhalb der Bundesrepublik im Sinne der Durchsetzung gleichwertiger Lebensverhältnisse abzubauen und die Teilhabe für alle Einwohner*innen zu sichern, fordern wir auf Bundesebene:

- Sicherheit und Rechtsfrieden für nach DDR-Recht bestandsgeschütztes Eigentum, insbesondere bei den Erben des so genannten Bodenreformlandes und bei Garagen- und Erholungsgrundstücken.
- die Aufarbeitung von Transformation und Transformationsverlusten in Brandenburg, insbesondere des Wirkens der Treuhandgesellschaft und der späteren Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben sowie der Bodenverwertungs- und Verwaltungs-GmbH (BVVG). Hierzu fordern wir einen Untersuchungsausschuss im Brandenburger Landtag.

- die Entlastung der ostdeutschen Bundesländer von den seit Jahren von ihnen zu tragenden Aufwendungen für die Zahlung von DDR-Renten und Sonderrenten durch Übernahme dieser Zahlungen durch den Bund.

- die Streichung der Altschulden von ostdeutschen Wohnungsbauunternehmen.

- im öffentlichen Dienst die Angleichung des Arbeits- und Beamtenrechts sowie die Überwindung vereinigungsbedingter Sonderregelungen.

- die Abschaffung unterschiedlicher Tarifgebiete Ost und West sowie gleiche Gehälter, Arbeitszeit- und Urlaubsregelungen.

- die Anhebung des Niveaus der gesetzlichen Rente auf mindestens 53 Prozent sowie die Einführung einer solidarischen Mindestrente, unter Einbeziehung aller Erwerbstätigen, auch der Beamt*innen, sowie die Angleichung der Rentenwerte Ost an die Rentenwerte West.

- die Anerkennung der Lebensleistungen derjenigen Berufsgruppen, die nach dem Rentenüberleitungsgesetz bisher nicht berücksichtigt wurden. Einen Härtefallfonds nur für diejenigen, die in den sozialen Sicherungssystemen sind – wie der Bund dies plant – lehnen wir ab. Wir fordern Gerechtigkeit für alle DDR-Berufsgruppen unabhängig von ihrem jetzigen Status.

- die gerechte Überleitung der Rente von in der DDR geschiedenen Frauen.

- die Heilung beruflicher Nachteile von Ostdeutschen durch die Berücksichtigung typisch ostdeutscher Qualifikationsvoraussetzungen, die

Möglichkeit zusätzlicher Qualifikationen und des Seiteneinstiegs sowie eine Anwendung der Geschlechterparität bei Stellenbesetzungen.

- die Ansiedlung von Bundesbehörden und -einrichtungen im Osten.

Gleichwertige Lebensverhältnisse in allen Regionen

Regionale Ungleichgewichte überwinden

Brandenburg ist nach wie vor ein Land mit großen regionalen Ungleichgewichten: im Zentrum der Ballungsraum Berlin, rundherum ländliche Räume mit kleineren und mittleren Städten. Die ländlichen Strukturen und Potenziale sind vielfältig. Die Bevölkerung in Brandenburg wächst und schrumpft zugleich. Diese Prozesse sind eine große Herausforderung und nur im Zusammenspiel aller Regionen zu lösen. Die Unterschiede nach Bevölkerungsdichte, Wirtschaftskraft, Beschäftigung oder Infrastruktur sind beträchtlich. Die berlinferneren Regionen pflegen zunehmend enge Verbindungen über die Landesgrenzen hinaus zu benachbarten Metropolregionen und Zentren. Unser Land ist durch starke Pendler*innenbewegungen gekennzeichnet.

Mit dem neuen Landesentwicklungsplan Hauptstadtregion (LEP HR) hat die rot-rote Koalition – bei aller verbleibender Kritik – auf Fehlentwicklungen reagiert, um dem Auftrag der Landesverfassung gerecht zu werden, für gleichwertige Lebensverhältnisse in allen Teilen des Landes zu sorgen. Dabei war es uns wichtig, dass wir eine gemeinsame Landesplanung mit Berlin haben und weiterentwickeln.

Diese Landesentwicklung nimmt Impulse aus Brandenburg und Berlin, aber auch aus Leipzig, Dresden, Hamburg oder Szczecin auf und macht sie für Brandenburg und die Region produktiv. Grundsätzlich wollen wir keine ungesteuerte Entwicklung und den besonderen Charakter von Brandenburg erhalten.

Die Forderung vieler Brandenburger*innen, dass Planungsprozesse dichter an sie herankommen, ist aufgegriffen worden und findet sich in der Stärkung der Kompetenz der Regionalen Planungsgemeinschaften wieder.

In der Landtagswahlperiode 2014 bis 2019 hat sich eine Enquete-Kommission mit der Zukunft der ländlichen Räume befasst. Deren Ergebnisse und Empfehlungen sollen in den kommenden Jahren umgesetzt werden. Zugleich wollen wir das Nachdenken darüber, wie die Zukunft unseres Bundeslandes aussehen soll, fortsetzen. Dafür werden wir im neuen Landtag eine weitere Enquete-Kommission beantragen, die sich mit der spezifischen Entwicklung des sogenannten »Speckgürtels« und mit der Zusammenarbeit mit dem Land Berlin befasst.

Für gleichwertige Lebensverhältnisse an einem Strang ziehen

Tatsächliche Landesentwicklung ist Sache aller Beteiligten – des Landes, und der Kommunen. Wir setzen uns dafür ein, dass in dieser Gemeinsamkeit der Landesentwicklungsplan Hauptstadtregion mit Leben erfüllt wird. Er ist die Grundlage für Regionalpläne, Regionale Entwicklungskonzepte und Fachplanungen. Den Regionalen Planungsgemeinschaften

kommt dabei eine wichtige Funktion bei der Umsetzung der Ziele und Grundsätze der Landesentwicklungsplanung zu. Hier finden die Aushandlungen zwischen den Kommunen zur Sicherung der Leistungen der Daseinsvorsorge statt. Dieser Prozess bedarf einer breiten Diskussion. Es sind noch mehr Kommunikation, Erörterung und Information nötig. Dem stellen wir uns.

Uns geht es um folgendes:

- Damit Berlin und Brandenburg sich tatsächlich gut entwickeln, gilt es jetzt weitere staatsvertragliche Vereinbarungen zum Wohle beider Länder zu schließen und umzusetzen. Aber auch weitere Staatsverträge und Verwaltungsvereinbarungen mit Sachsen-Anhalt, Sachsen, Mecklenburg-Vorpommern und Niedersachsen müssen geprüft werden.
- Das Beziehungsgefüge zu den Nachbarbundesländern und zu Polen muss gestärkt und ausgebaut werden.
- Wir wollen für eine langfristige Entwicklung in gesunder Luft und emissionsarmer Umgebung dafür streiten, dass Brandenburg und Berlin weiter auf die Schiene und auf deren konsequenten weiteren Ausbau setzen. Besonderes Augenmerk legen wir auf die Europäischen Achsen und europäischen Korridore im Regional- und insbesondere Fernverkehr.

Wohnen als Grundrecht sichern

Wohnen ist Menschenrecht

Eine sichere und bezahlbare Wohnung gehört zu den Grundbedürfnissen des Menschen. Vor allem im Ber-

liner Umland und in einigen Städten droht Wohnraum zum Luxusartikel zu werden. Aber auch in den berlinferneren Regionen steigen die Mieten und insbesondere in den Kommunen entlang der Hauptverkehrsachsen wird der Wohnraum knapp. Das führt zu sozialen Verdrängungsprozessen, die massive Auswirkungen auf die Lebenswirklichkeit der Betroffenen haben. Um dieser Entwicklung entgegen zu treten, hat die Landesregierung auf Initiative der LINKEN ein Wohnungsbauförderprogramm im Umfang von 100 Millionen Euro jährlich auf den Weg gebracht.

Das neue soziale Wohnraumförderungsgesetz orientiert sich an Kriterien wie der sozialen Durchmischung im Kiez, einem solidarischen Miteinander und der Schaffung neuer alternativer Wohnformen. Das neue Zweckentfremdungsgesetz kann von den Kommunen genutzt werden, um Wohnraum auch wirklich zum Wohnen zu sichern. Wir haben die gesetzlichen Bedingungen für den Bau und die Förderung von studentischem Wohnraum im Land geschaffen.

Wohnen für jeden Geldbeutel

Unser Ziel ist es, dass alle Brandenburger*innen sich angemessenen und ihren Bedürfnissen entsprechenden Wohnraum dauerhaft leisten können. Wir wollen die Kommunen dabei unterstützen, Wohnraum bereitzustellen und mit einer nachhaltigen Wohnungspolitik den Bedürfnissen der Bevölkerung Rechnung tragen.

Wir wollen, dass deutlich mehr bezahlbare Wohnungen für junge Leute, für Familien mit Kindern, für Menschen mit weniger Einkommen, für Studierende und Azubis und für

Menschen, die gemeinschaftlich wohnen wollen, sowie mehr barrierefreier Wohnraum geschaffen wird.

Statt Verdrängung treten wir für eine soziale Durchmischung und für ein soziales Miteinander im Kiez ein. Dafür machen wir uns stark. Die Wohnung darf nicht dem freien Spiel der wirtschaftlichen Interessen überlassen werden. Der belegungsgebundene Wohnungsbau und Wohnungsbestand muss deutlich erhöht werden. Bezahlbares Wohnen wird am besten durch kommunale Wohnungsbaugesellschaften oder Wohnungsbaugenossenschaften gesichert. DIE LINKE fordert bundesgesetzliche Regelungen für eine neue Gemeinnützigkeit im Wohnungsbau.

Mietsteigerungen bremsen – öffentliches Eigentum stärken

Wir sind davon überzeugt, dass sich soziales und bezahlbares Wohnen dauerhaft, nachhaltig und zuverlässig vor allem in öffentlicher Hand und in genossenschaftlicher Form sichern lässt. Deshalb wollen wir Wohnungsbau im öffentlichen Eigentum und kommunales Wohnungseigentum auch künftig besonders fördern, um sozialverträgliche Mietbedingungen zu gewährleisten. Wir wollen, dass die öffentliche Hand wieder mehr selbst baut, auch um den Preisdruck im Bausektor zu umgehen.

Wir brauchen spürbar mehr bezahlbaren Wohnraum für Studierende an unseren Hochschulstandorten, sollen sie auch weiterhin für Tausende Studierende attraktiv bleiben. Deshalb fordern wir vom Bund ein Wohnheimprogramm mit bundesweit mindestens zusätzlich 45 000 Wohnheimplätzen in Trägerschaft der Studentenwerke.

Die Städtebauförderung soll eine zukunftsfähige und nachhaltige Entwicklung unserer Kommunen unterstützen. Deshalb wollen wir:

- Kommunen entsprechend ihrer unterschiedlichen Bedarfe gezielt unterstützen.
- nachhaltige, integrierte Stadtentwicklung vorantreiben.
- kurze Wege in den Städten fördern.
- den energetischen Umbau in Städten und Quartieren voranbringen,
- den ökologischen Wohnungsbau stärken.
- ausreichend barrierearmen und barrierefreien Wohnraum schaffen.
- Stadtentwicklung und Mobilität stärker vernetzen.
- unser baukulturelles Erbe sichern und gewachsene Identitäten bewahren.
- interkommunale Kooperationen von Städten und ihrem Umland unterstützen und weiterentwickeln.
- den Rechtsrahmen des Landes für nachhaltiges Planen und Bauen weiter ausgestalten.
- das Programm Stadtumbau mit seinen Säulen Stärkung der Innenstädte, energetische Sanierungen und komplexe Sanierungen im Quartier kontinuierlich fortführen.
- ausreichende Grünflächen mit der Fähigkeit zur Speicherung von Oberflächenwasser, vielfältige Spiel- und Sportanlagen sowie Radwege in die Entwicklung unserer Städte integrieren und beispielhafte Baukultur fördern.

rieren und beispielhafte Baukultur fördern.

Es braucht erhebliche Anstrengungen zur Schaffung bezahlbaren Wohnraums. Wir wollen:

- die Attraktivität des Programms für sozialen Wohnungsbau durch bessere Förderbedingungen steigern und deutlich aufstocken. Damit verfolgen wir das Ziel, die Schaffung von Wohnraum auch für Personen, die Grundversicherung beziehen, auszuweiten. Das schließt die Unterstützung von Konzepten für eine sozial gestaltete energetische Gebäudesanierung ausdrücklich mit ein, denn auch die Warmmiete muss bezahlbar bleiben.
- stärkere Anreize und bessere Bedingungen bei der Förderung zur Schaffung von dauerhaft mietpreisgebundenem Wohnraum durch Kommunen und nicht profitorientierte und genossenschaftliche Bauträger schaffen.
- Fördermöglichkeiten bei der Umwandlung bereits bestehenden Wohnraums in mietpreisgebundenen Wohnraum und beim Erwerb von Grundstücken für den sozialen Wohnungsbau schaffen.
- alle landesrechtlichen Möglichkeiten ausschöpfen, um den Mietpreisanstieg zu bremsen und die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen unter Genehmigungsvorbehalt zu stellen sowie das kommunale Vorkaufsrecht zu stärken. Dazu gehören ein gesetzlicher Mietendeckel für Kommunen mit Mangel an bezahlbarem Wohnraum sowie eine Schärfung der Kappungsgrenzenverordnung.
- eine landeseigene Wohnungsge-

sellschaft schaffen, die als Projektpartner und eigenständiger Bauträger insbesondere kleine und mittlere Kommunen dabei unterstützt, mehr bezahlbaren Wohnraum zur Verfügung zu stellen und dauerhaft in öffentlicher Hand zu halten.

Auf Bundesebene werden wir uns für soziale Verbesserungen im Miet- und Baurecht einsetzen. Dazu gehört eine wirkungsvolle Mietpreisbremse, die gerechte Verteilung der Kosten für die verkehrstechnische Straßenerschließung, die Abschaffung der Modernisierungsumlage für Mieter*innen und die Einführung einer neuen Wohnungsgemeinnützigkeit ohne Verfallsdatum. Auch die Entwicklung eines gemeinnützigen Wohnungsbestandes ist dringend notwendig. Die Bundesfinanzierung für die Wohnraumförderung muss verbessert werden, die Kofinanzierung des Landes werden wir für alle Programme der Stadtentwicklung sicherstellen. Zur langfristigen Sicherung einer sozialen Durchmischung der Wohnquartiere müssen sowohl die Förderbedingungen für den sozialen Wohnungsbau als auch die Sozialgesetzgebung angepasst werden, einschließlich der Regelungen zu den Kosten der Unterkunft.

Wir werden uns dafür einsetzen, dass die noch vorhandenen Altschulden von ostdeutschen Wohnungsunternehmen endlich erlassen werden. Die dadurch frei werdenden Mittel müssen zum Neubau von sozialem Wohnraum und zur energetischen Sanierung bereits vorhandenen Wohnraums eingesetzt werden.

Öffentlicher Boden in öffentliche Hand

Grund und Boden ist eine begrenzte Ressource von enormer Bedeutung

für die soziale, ökologische und demokratische Entwicklung unserer Gesellschaft. Deshalb wollen wir die Privatisierung von Grund und Boden stoppen. Landeseigene Grundstücke dürfen nicht mehr an Private verkauft werden. Eine Nutzung durch Dritte soll nur noch über Erbpachtverträge mit strengen Auflagen (etwa für den sozialen Wohnungsbau oder die umweltverträgliche Bewirtschaftung) erfolgen. An die Kommunen sollen landeseigene Grundstücke hingegen günstig oder kostenfrei abgegeben werden, sofern diese sie für Gemeinwohlzwecke benötigen und eine Privatisierung ebenfalls ausschließen.

Das Land wird Kommunen ferner dabei unterstützen, mit den Berliner Stadtgütern Vereinbarungen über die öffentliche oder gemeinnützige Nutzung von Flächen in deren Besitz abzuschließen.

Felder – Wälder – Teiche

Landbewirtschaftung und ländliche Räume gemeinsam denken

Vor allem die Landwirtschaft steht seit Jahren im Mittelpunkt kontroverser gesellschaftlicher Diskussionen. Für die Menschen in ländlichen Räumen hat sie als Arbeitgeberin, soziale Akteurin und Gestalterin der Kulturlandschaft zentrale Bedeutung.

Die Privatisierung ehemals volkeigenen Bodens durch die bundeseigene BVVG wurde zum maßgeblichen Türöffner für landwirtschaftsfremdes Kapital zum Bodenmarkt. Diese landwirtschaftsfremden Investoren sind – neben nicht kostendeckenden Erzeugerpreisen und Extremwetter-

lagen als Zeichen eines beginnenden Klimawandels – zur existenzbedrohenden Gefahr für die ortsansässigen Agrarbetriebe geworden, sei es direkt durch den Aufkauf ganzer oder den Erwerb von Anteilen an Agrarbetrieben und indirekt durch explodierende Bodenkauf- und Pachtpreise. Denn ihnen geht es nur um Maximalprofit – ohne Rücksicht auf örtliche Strukturen, Umwelt oder Arbeitsplätze. Brandenburg muss alle Möglichkeiten ausschöpfen, um dem einen Riegel vorzuschieben. Dazu gehört auch, den Druck auf den Bund zu erhöhen, die Privatisierung ehemals volkseigener Flächen zu beenden und diese in einem öffentlichen Bodenfonds auf Bundes- oder Landesebene für langfristige Verpachtung an ortsansässige Agrarbetriebe im Interesse nachhaltiger Landnutzungskonzepte zu sichern.

Eine bundeseinheitliche Regulierung von Boden- und Anteilsverkäufen und bei der Besteuerung von Verkäufen landwirtschaftlicher Flächen ist unabdingbar! Dafür werden wir uns einsetzen. Bei der Verpachtung landeseigener Flächen sollen ortsansässige Betriebe vorrangig berücksichtigt sowie eine besonders umweltgerechte Bewirtschaftung angestrebt werden.

Der beste Garant für eine verantwortungsvolle und nachhaltige Bewirtschaftung der Agrarflächen in Brandenburg ist eine vielfältige Agrarstruktur mit einer breiten Eigentumsstreuung, vielfältigen Betriebsgrößen und regionaler Verankerung. Wir wollen die Stellung der Landwirt*innen in der Gesellschaft und der Wertschöpfungskette durch die Orientierung auf den Ausbau regionaler Kreisläufe für Verarbeitung und Vermarktung stärken.

Wir haben eine Agrar-Leitbild-diskussion unter Beteiligung des Berufsstandes und der Zivilgesellschaft angeschoben: Wie soll unsere Landwirtschaft in der Zukunft aussehen? Ein solches Leitbild soll Grundlage des Regierungshandelns werden, bei der Ausgestaltung der gesetzlichen Rahmenbedingungen und der Agrarförderung ebenso wie in der Bodenpolitik und beim Umgang mit landeseigenen Flächen.

Die Landwirtschaft muss sich, auch im eigenen Interesse, den Ursachen und den Herausforderungen des Klimawandels stellen, sie soll nachhaltig und ohne Agrogentechnik produzieren, natürliche Ressourcen schonen und die biologische Vielfalt bewahren. Eine artgerechte, flächenangepasste Nutztierhaltung ist wichtiger Teil der Landwirtschaft.

Deshalb wollen wir:

- Agrarförderung so einsetzen, dass sich Tier- und Umweltschutz sowie hohe soziale Standards für die Betriebe auch wirtschaftlich lohnen – sowohl bei der Flächenförderung als auch bei freiwilligen Programmen.
- Kontrollen, die sich konsequent auf tatsächliche Risiken für Gemeinwohlinteressen konzentrieren.
- die Mitwirkung des Landtags bei der Ausrichtung und Schwerpunktsetzung der Agrarförderung in der nächsten EU-Förderperiode.
- die Regeln der »Guten fachlichen Praxis« in der Landwirtschaft aktualisieren und durch Grundsätze und Handlungsempfehlungen für eine nachhaltige Landwirtschaft ergänzen.

- der Umsetzung des Tierschutzplans einen deutlichen Schub geben und die dafür notwendigen Ressourcen, beispielsweise für die Umsetzung des Verbots der betäubungslosen Ferkelkastration, der Abkehr von engen Kastenständen für Sauen und den Verzicht auf das Kupieren von Schwänzen, bereitstellen.

- den neu eingerichteten Tierschutzberatungsdienst weiter stärken und das Amt des Tierschutzbeauftragten weiterführen.

- einen landesweiten Aktionsplan Regionalvermarktung für konventionell und ökologisch erzeugte Produkte initiieren. Damit wollen wir einerseits den Aufbau regionaler Verarbeitungsstrukturen fördern, um den Bedarf an regional und ökologisch erzeugten Produkten in den Regionen, insbesondere auch in Berlin, zu decken. Andererseits geht es dabei auch um mehr regionale Wertschöpfung und die Sicherung landwirtschaftlicher Einkommen sowie eine bessere Umwelt- und Klimabilanz der Produktion.

- die Förderung des Ökolandbaus durch Bewirtschaftungs- und Umstellungsprämien so ausrichten, dass das Mindestziel eines 20-prozentigen Anteils an der Gesamtanbaufläche erreicht wird.

- der Bedeutung der Weidetierhaltung, insbesondere von Schafen und Ziegen, zum Erhalt der Kulturlandschaft und der biologischen Vielfalt gerecht werden, indem eine – möglichst aus EU-Mitteln finanzierte – tierbezogene Weidetierprämie eingeführt wird. Wir werden uns weiter auf Bundes- und Landesebene für einen Rechtsanspruch der Weidetierhalter*innen auf angemessene finanzielle und rechtliche Unterstützung

und Beratung beim Herdenschutz einschließlich Schadensausgleich einsetzen.

- den Maßnahmenkatalog Gartenbau von 2018 bei der Förderung, der Bereitstellung von Beratungsangeboten und dem Erhalt des Versuchswesens (Obstbauversuchsanstalt Müncheberg) umsetzen.

- eine Beteiligung Brandenburgs am EU-Schulobstprogramm.

Zukunftsfeste Forstwirtschaft

Wald bedeckt ein Drittel der Landesfläche. Er hat eine herausragende Bedeutung als Rohstoffquelle und Wertschöpfungsfaktor im ländlichen Raum, aber genauso auch als Erholungsraum für die Menschen, für Artenvielfalt und Klimaschutz.

Um die Funktion und die gesunde Entwicklung der Brandenburger Wälder auch in Zukunft zu gewährleisten, brauchen wir eine leistungsfähige Landesforstverwaltung. Der Reformmarathon der letzten Jahrzehnte muss beendet werden. Leistungen wie die Beratung von und Hilfestellungen für Kleinwaldbesitzer*innen liegen im öffentlichen Interesse und dürfen nicht privatisiert werden. Die Forstverwaltung ist Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Auch künftig sollen Förster*innen als Ansprechpartner*innen im ländlichen Raum zur Verfügung stehen.

Wir wollen:

- dass der Landeswald seiner Vorbildwirkung bei der Schutz- und Erholungsfunktion weiter nachkommen kann. Er ist unverkäuflich.

- den Waldumbau für eine ökologische Aufwertung des Waldes, Verminderung von und Anpassung an Klimaveränderungen sowie vorbeugende Waldbrandschutzkonzepte verstärkt vorantreiben. Dazu ist gemeinsam mit der Jägerschaft auch ein angepasster Wildbestand anzustreben.

- überprüfen, ob die vorhandenen Aufgaben der Forstverwaltung mit dem geplanten Personal erledigt werden können. Andernfalls muss hier nachgesteuert werden. Um die Altersstruktur im Forstbetrieb zu verbessern, ist unabhängig davon ein Einstellungskorridor auf allen Ebenen erforderlich.

Stärkung der Fischerei

Erwerbs- und Freizeitfischerei sind wichtige Faktoren der Wertschöpfung im ländlichen Raum und versorgen uns mit gesunden, regional erzeugten Lebensmitteln. Die Teichwirtschaften als fischereiwirtschaftliche Betriebsstätten leisten einen großen Beitrag zum Erhalt von Landschafts- und Lebensräumen geschützter Arten. Die wirtschaftliche Situation vieler dieser Betriebe ist schwierig, nicht zuletzt angesichts der Zunahme geschützter fischfressender Tierarten in den Teichanlagen.

Wir wollen:

- existenzgefährdete Teichwirtschaften durch eine Grundförderung unterstützen.
- den finanziellen Ausgleich für Schäden durch geschützte Arten fortführen.
- in Schutzgebieten verlässliche Regelungen zur guten fachlichen Praxis der Fischereiwirtschaft schaffen.

Lebensgrundlagen schützen!

Eine intakte Natur und Umwelt ist zwingende Voraussetzung für ein gesundes Leben heutiger und zukünftiger Generationen. Wohlhabende können sich heute besser vor Umweltschäden schützen und haben es leichter, gesund und nachhaltig zu leben, als Menschen mit wenig Geld. Der sozialökologische Umbau hat zum Ziel, die natürlichen Lebensgrundlagen für alle Menschen zu bewahren. Für DIE LINKE ist Umweltpolitik deshalb immer auch Sozialpolitik.

Ausdruck dieses Gedankens ist die Nachhaltigkeitsstrategie des Landes Brandenburg, die 2014 beschlossen wurde. Ihre Umsetzung ist ins Stocken geraten, ihre Potenziale wurden nicht voll genutzt.

Der Verlust an biologischer Vielfalt, z. B. das Insektensterben, ist ein Warnsignal, das in der Natur etwas nicht in Ordnung ist. Das Maßnahmenprogramm Biologische Vielfalt bietet gute Ansätze für wirksame Naturschutzmaßnahmen. Es ist aber nicht konkret und verbindlich genug.

Wolf, Biber und Kormoran sind wieder eingewandert und sorgen für Konflikte mit Landnutzer*innen. Wir müssen einen Weg finden, mit diesen Arten umzugehen, die zu unserer Landschaft gehören und dauerhaft eine Herausforderung für die Landwirtschaft sind, bei deren Bewältigung die Unterstützung der Gesellschaft gebraucht wird.

Alleen sind ein Markenzeichen des Landes, werden von Besucher*innen viel bewundert und vermitteln Heimatgefühl. Die Alleenkonzption von 2007 hat sich allerdings als nicht

geeignet erwiesen, den Alleinbestand für die Zukunft zu sichern. Die darin festgeschriebenen Ziele für Alleebaumpflanzungen wurden bei weitem verfehlt.

Hochwasserschutz ist ein wichtiger Teil der Daseinsvorsorge. Dank großer Anstrengungen in den vergangenen Jahren ist Brandenburg heute wesentlich besser auf Hochwassersituationen vorbereitet. Viele Vorhaben, insbesondere die entscheidend wichtigen Projekte zur Schaffung zusätzlicher Retentionsräume im Rahmen des Nationalen Hochwasserschutzprogramms, befinden sich aber noch in der Planungsphase.

Die anfallenden Abfallmengen sind nach wie vor zu hoch. Es gilt, viel konsequenter eine Müllvermeidung und Wiederverwendung zu erreichen. Wir wollen in Brandenburg unseren Beitrag dazu leisten und insbesondere die Reduzierung von Plastik und Mikroplastik in den Blick nehmen. Die illegalen Abfalllager stellen eine erhebliche Belastung für die betroffenen Kommunen dar und sind eine Gefahr für die Umwelt.

Die Einhaltung des Klimaschutzabkommens von Paris ist eine Voraussetzung für eine zukunftsfähige Entwicklung weltweit. Dazu muss jede Region ihren Beitrag leisten. Brandenburg muss alles dafür tun, seinen Anteil für die Einhaltung der deutschen Klimaschutzziele beizusteuern. Dies betrifft nicht nur den Energiesektor, sondern beispielsweise auch Mobilität, Städtebau und Landwirtschaft. Auch die Klimaanpassung etwa in der Land-, Forst und Wasserwirtschaft ist eine große Herausforderung.

Umwelt umfassend schützen

Umweltschutz muss in allen Belangen mitgedacht und in allen Lebensbereichen praktisch umgesetzt werden.

Deshalb wollen wir:

- den Nachhaltigkeitsprozess wesentlich ambitionierter fortsetzen und die Nachhaltigkeitsstrategie mit verbindlichen und abrechenbaren Zielen und konkreten Maßnahmen untersetzen. Dabei ist die Beteiligung der Zivilgesellschaft unverzichtbar. Wir wollen erneut einen Nachhaltigkeitsbeirat berufen. Nachhaltigkeit muss zentrales Regierungsprinzip werden.
- das Maßnahmenprogramm Biologische Vielfalt fortschreiben und umsetzen. Schwerpunkte dabei sind die bessere Verzahnung mit weiteren Förderprogrammen, eine Minimierungsstrategie für Pestizide wie Glyphosat, eine bessere Beratung für nachhaltige Landwirtschaft, vor allem im konventionellen, aber auch im Ökolandbau, sowie die Unterstützung kommunaler Initiativen.
- gemeinsam mit den Landnutzer*innen einen Aktionsplan zum Erhalt und zur Entwicklung extensiv genutzter Kulturlandschaften aufstellen, um diese Gebiete mit besonders hoher Artenvielfalt für die Zukunft zu sichern.
- Agrarumweltmaßnahmen auf Ackerstandorten, etwa Blühflächen und Gewässerrandstreifen, wieder fördern. Alternative Ackerkulturen mit ökologischem Mehrwert und Klimaschutzeffekten (z. B. zur der Anbau zur stofflichen Nutzung von Miscanthus oder Hanf) sollen unterstützt werden.

- regionale Projekte, die Naturschutz, Landnutzung und Regionalentwicklung miteinander verbinden und künftig verstärkt fördern.
- das »Grüne Band« im ehemaligen Grenzgebiet an der Elbe zu einem Nationalen Naturmonument entwickeln. Mit Hilfe des Bundesprogrammes »Blaues Band« wollen wir Nebenwasserstraßen wieder in einen naturnahen Zustand versetzen und den Biotopverbund an den Wasserstraßen fördern. Den weiteren Ausbau natürlicher Flussläufe, etwa der Oder, lehnen wir ab.
- die Koexistenz wieder angesiedelter, ehemals gefährdeter Tierarten wie Biber, Wolf oder Kormoran mit dem Menschen durch Prävention und Schadensausgleich verbessern.
- eine Flächenschutzstrategie für Brandenburg erarbeiten, die den Flächenverbrauch und den Verlust an landwirtschaftlicher Nutzfläche verringert.
- die Arbeit des Büros der anerkanntesten Naturschutzverbände stärker unterstützen, Weiterbildungsangebote für ehren- und hauptamtliche Naturschützer*innen weiter ausbauen, das Freiwillige Ökologische Jahr in bisherigem Umfang fortführen und die Projektförderung bei der Bildung für nachhaltige Entwicklung wieder einführen.
- die Großschutzgebiete als Infrastrukturprojekte entwickeln, besonders unterstützen und personell stärken. Wünsche nach Erweiterungen von Großschutzgebieten aus den Kommunen sollen unvoreingenommen geprüft werden. Die Naturwacht und die Besucher*innenzentren müssen finanziell gesichert werden.
- eine neue Strategie für den Schutz unserer Alleen entwickeln. Der Bestand muss effektiv geschützt und Nachpflanzungen im erforderlichen Umfang gesichert werden.
- Kleingartenanlagen als grüne Areale und wertvolle Naherholungsflächen, insbesondere in den Städten, erhalten und schützen.
- die Maßnahmen im Hochwasserschutz mit ausreichenden Ressourcen untersetzen und zügig umsetzen sowie das Augenmerk auch auf kleinere Flüsse richten. Dadurch sollen die Hochwassergefahr gemindert und die Reaktionsmöglichkeiten auf Extremwetterlagen verbessert werden.
- das Moorschutzprogramm zugunsten von Klimaschutz, Bodenschutz und Biodiversität weiter vorantreiben und dabei eine extensive Nutzung fördern. Die MoorFutures als Finanzierungsmöglichkeit für den Moorschutz sollen stärker beworben werden.
- die Anstrengungen zur Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie intensivieren, um vor allem die Qualität des Grundwassers und der Oberflächengewässer zu verbessern. Dazu wollen wir die Anlage verpflichtender Gewässerrandstreifen mit extensiver Nutzung im Wassergesetz festschreiben.
- die Bekämpfung der Verockerung der Spree und ihrer Zuflüsse sowie der betroffenen Lausitzer Fließgewässer bei der Bergbausanierung und im aktiven Tagebau entschlossen fortführen. Auf Grundlage der zu erarbeitenden Zielwerte für Eisenocker und Sulfat müssen ambitionierte Maßnahmen geplant und umgesetzt werden.

■ den Schwerpunkt der Landesförderung bei Trinkwasserversorgung und Abwasserentsorgung auf die Schaffung nachhaltiger und zukunftsfähiger Strukturen legen.

■ uns auf Bundesebene für ein Verbot von Mikroplastik in Kosmetika und Reinigungsmitteln einsetzen sowie für eine europaweite Abgabe auf Einwegplastik. Außerdem wollen wir gerade beim Plastik endlich eine konsequente Kreislaufführung zum schonenden Umgang mit den Ressourcen. Auf allen Ebenen sollen Initiativen zur Vermeidung von Verpackungsmüll und insbesondere von Plastikabfällen unterstützt werden.

■ gemeinsam mit Vertreter*innen der Landwirtschaft darauf hinwirken, negative Umweltfolgen des Folienanbaus von Gemüse, durch Vermeidung beziehungsweise Wiederverwendung, zu minimieren.

■ einen Plan für die Sicherungs-, Sanierungs- und Beräumungsaktivitäten an den illegalen Abfalllagern auf der Grundlage aktueller Gefahrenbeurteilungen aufstellen und die Umsetzung absichern.

Energiewende in Brandenburg – erneuerbar, dezentral und sozial

Die LINKE Brandenburg engagiert sich für eine zukunftsfähige und nachhaltige Energiepolitik in Brandenburg, die mit den vorhandenen Ressourcen so sparsam wie möglich umgeht, die Umwelt so gering wie möglich belastet und eine langfristig gesicherte, bezahlbare und zuverlässige Energieversorgung ermöglicht. Für uns ist die Energieversorgung Bestandteil

öffentlicher Daseinsvorsorge. Strom und Wärme müssen allen Menschen zur Verfügung stehen – bezahlbar, gerecht verteilt, zuverlässig und nachhaltig umweltverträglich.

Wir wollen alle Voraussetzungen schaffen, einen schnellen und sozialverträglichen Kohleausstieg zu ermöglichen. Dabei sollen die Kohlekonzerne an den entstehenden Kosten in angemessener Höhe beteiligt werden. Wir wollen die von der Kommission für Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung angestrebte Frist für den Ausstieg aus der Braunkohleverstromung deutlich unterschreiten. Die Einhaltung dieses Zieles ist an die soziale Absicherung aller direkt und indirekt betroffenen sowie Versorgungssicherheit gekoppelt.

Die dezentrale Energieerzeugung auf Basis erneuerbarer Energie schützt Klima und Natur, sichert und schafft Arbeitsplätze in Handwerk, Industrie und Forschung und ermöglicht die Demokratisierung der Energieversorgung, z. B. durch die Beteiligung von Bürger*innen bei der Erzeugung. Deshalb haben wir in Brandenburg bereits frühzeitig die Energiewende als gesamtgesellschaftliche Aufgabe angenommen und den Ausbau der erneuerbaren Energien konsequent vorangetrieben. Zwei Drittel des Stromverbrauchs in Brandenburg werden mittlerweile aus erneuerbaren Energien gedeckt. Mit aktuell rund 3 750 Windenergieanlagen mit einer installierten Leistung von rund 6 850 Megawatt, 35 000 Photovoltaikanlagen sowie über 500 Biomasseanlagen verfügen wir im bundesweiten Vergleich über die höchste installierte elektrische Leistung aus erneuerbaren Energien pro Einwohner*in.

Um den sozial ausgestalteten energiepolitischen Weg des Landes weiterzugehen, muss die Energiewende von breiten Teilen der Bevölkerung des Landes weiterhin unterstützt und müssen die Einwände, insbesondere der ländlichen Bevölkerung, ernst genommen werden. Denn zunehmend treten Akzeptanzprobleme auf. Die Akzeptanz gegenüber der Windenergie kann nur durch ein Zusammenspiel von mehreren Maßnahmen funktionieren. Dazu gehören für uns: Information und Aufklärung der Bevölkerung seitens Landesbehörden und Windkraftbetreiber, frühzeitige Einbeziehung der Menschen vor Ort durch teilweise selbst verantwortete Bauleitplanung (Ampelsystem), finanzielle Teilhabe der Kommunen vor Ort und begleitende Maßnahmen wie z.B. das Abschalten der nächtlichen Befeuerung. Dort, wo der Ausbau stattfindet, müssen aber auch die Kommunen finanziell vom Ausbau der Windenergie profitieren.

Als Energieland müssen wir in Brandenburg auch eine Vorreiterrolle beim Klimaschutz einnehmen. In den Mittelpunkt moderner brandenburgischer Energiepolitik gehören deshalb weiterhin die Steigerung der Energieeffizienz, die Senkung des Energieverbrauchs und der weitere Ausbau der erneuerbaren Energien. Darüber hinaus brauchen wir energetische Umwandlungsverfahren und Langzeitspeicher.

Wir wollen:

- eine landeseigene Energieagentur schaffen, die die Energiewende in öffentlicher Hand, dezentral und in enger Zusammenarbeit mit den Kommunen, Energiegenossenschaften und Stadtwerken umsetzt.

- die dezentrale Energieversorgung auf regionaler und lokaler Ebene u. a. durch Energiegenossenschaften und andere Beteiligungsmodelle fördern.

- Speichertechnologien fördern und das 1000-Speicher-Programm sowie das RENplus-Förder-Programm fortsetzen.

- den Ausbau von Photovoltaik-Anlagen auf versiegelten Flächen besser unterstützen.

- die Förderung von kommunalen und regionalen Energiekonzepten wieder aufnehmen, deren Umsetzung unterstützen sowie Anreize für Kommunen um zur Einsetzung kommunaler Energie- und Klimaschutz-Beauftragter schaffen.

- Investitionen von kleinen und mittleren Unternehmen zur Verbesserung der Energieeffizienz und Energieeinsparung fördern.

- die Ansiedlung eines sogenannten »Reallabores« zur Erforschung von Power-to-X-Technologien in der Lausitz unterstützen.

- die Beteiligung von Anwohner*innen und Kommunen an den Erlösen von Windkraftanlagen durch eine entsprechende Abgabe ermöglichen.

- eine finanzielle Förderung von dezentralen Energiequartieren, die unter Beteiligung der jeweiligen Kommune aufgebaut und betrieben werden.

- uns für geeignete Maßnahmen zur Entlastung bei den Strompreisen, z. B. der Absenkung der Stromsteuer auf Bundesebene einsetzen.

- uns für die Förderung der Markteinführung von Umwandlungs- und

Speichertechnologien z. B. Power-to-Gas einsetzen.

- die Fortschreibung der Energiestrategie 2030 in Verbindung mit der Überarbeitung des dazu gehörigen Maßnahmenpaketes.

- einen intensiven Dialog mit den Akteur*innen der Energiewirtschaft und eine stärkere Einbeziehung der Stadtwerke und anderer regionaler Versorgungsunternehmen in einem Bündnis »Energie für Brandenburg – erneuerbar, sicher und bezahlbar«, um mehr Wertschöpfung und Ertrag in der Region zu halten, statt die Gewinne von Energieriesen zu füttern.

- Eine Prüfung, ob durch ein verändertes System der Flächenausweisung für Windenergieanlagen in der Regional- und Bauleitplanung der zügige und rechtssichere Ausbau der Windkraft vorangetrieben werden kann.

- uns für die Abschaffung des sogenannten 52 Gigawatt PV-Deckels einsetzen.

Für selbstverbrauchte Energie von Kleinanlagen bis zu 30 kWp sollen Betreiber keine Umlage mehr leisten müssen. Zur Berechnung wird die Bilanzierungsmethode von Netzbetreibern angewandt.

Dem Klimawandel kann nur ohne die CO₂-intensive Verstromung fossiler Energieträger wirksam begegnet werden. Wir wollen, dass Brandenburg seinen eigenen Strombedarf bis spätestens 2025 rechnerisch zu 100 Prozent aus erneuerbaren Energien deckt und bis 2030 rechnerisch zur 100prozentigen Deckung des Bedarfs der Region Berlin-Brandenburg aus erneuerbaren

Energien beiträgt. Den Abbau fossiler Energieträger an neuen Standorten, wie die geplante Erdgasförderung im Norden Brandenburgs, lehnen wir rigoros ab. Dazu ist es notwendig, die Energiestrategie 2030 zu evaluieren, fortzuschreiben und dann konsequent umzusetzen.

Sozialverträglicher Ausstieg aus der Braunkohleverstromung

DIE LINKE steht für einen sozialverträglichen Ausstieg aus der Braunkohleverstromung – so schnell wie möglich bis spätestens 2030. Daran arbeiten wir. Die öffentliche Hand darf nicht auf den Kosten der Rekultivierung und der Sanierung des Wasserhaushaltes sitzen bleiben. Es gilt das Verursacher*innenprinzip.

Den Neuaufschluss von Tagebauen lehnen wir weiterhin ab. Für die Inanspruchnahme von Welzow-Süd II sehen wir keine energiewirtschaftliche Notwendigkeit. Wir sind gegen die Abaggerung von Proschim/Prožym und werden den 2014 beschlossenen Braunkohlenplan entsprechend ändern. Wir erwarten, dass sich auch die LEAG dem Strukturwandel stellt und mit zunehmend verändertem Profil ihren Teil zur Bewältigung dieser Herausforderungen beiträgt. Die Rückstellungen für Renaturierung und Sanierung des Gewässerhaushaltes der laufenden Tagebaue müssen insolvenzfest gesichert werden, damit für diese Kosten nicht die öffentliche Hand aufkommen muss. Das darf nicht vom Weiterbetrieb der Tagebaue abhängig gemacht werden.

Für das zunehmende Auftreten von Spätfolgen des Altbergbaus durch den Grundwasseranstieg, wie z. B. in

Lauchhammer, erwarten die Betroffenen zu Recht Lösungen. In erster Linie sehen wir dabei den Bund in der Pflicht. Auf Landesebene werden wir uns für die Fortführung des aktuellen Verwaltungsabkommens Braunkohlesanierung über das Jahr 2022 hinaus einsetzen.

Wir setzen alles daran, dass die im Abschlussbericht der Kommission für Wachstum, Beschäftigung und Strukturwandel enthaltenen Maßnahmen umgesetzt werden. DIE LINKE fordert, diesen schnellst möglich in politische Entscheidungen und gesetzliche Regelungen zu überführen. Der Kohleausstieg muss kommen!

Nächster Halt: Verkehrswende! Gerechte und saubere Mobilität für alle.

Vorrang für den ÖPNV

Um einen Beitrag für saubere Luft, weniger Unfälle und gegen die Klimazerstörung zu leisten, müssen wir in Zukunft anders mobil sein als heute. Wir brauchen eine grundlegende Verkehrswende! Zugleich ist Mobilität für uns ein Grundrecht, das allen Menschen zusteht. Deshalb setzen wir uns dafür ein, den Verkehr nach sozialen und ökologischen Zielen zu organisieren. Dabei steht der Umweltverbund aus Fuß-, Rad- und öffentlichem Nahverkehr für uns im Mittelpunkt. Unser Ziel ist eine deutliche Reduktion der CO₂-Emissionen im Verkehrsbereich und eine Verdopplung des Anteils des Umweltverbunds am Verkehrsmittelmix bis 2035. Dafür werden wir uns auch auf Bundesebene engagieren.

Auf Initiative der LINKEN hat die Landesregierung eine Mobilitätsstrategie erarbeitet. Auch wenn sie aus unserer Sicht einige Mängel (vor allem im ländlichen Raum) aufweist, hat sie doch erste Impulse für neue und bessere öffentliche Verkehrsleistungen ausgelöst.

Die Neuanschaffung von Straßenbahnen/O-Bussen in den betroffenen Kommunen wird in den nächsten Jahren bis auf 50 Prozent des Anschaffungspreises gefördert. Damit sichern wir auch die Barrierefreiheit. Die Plus-Bus-Strecken ergänzen besser den Bahnverkehr, es gibt neue Möglichkeiten für die Umgestaltung von Bahnhofsgebäuden zu Mobilitätszentren und anderes mehr. Vieles davon ist in den neuen Landesnahverkehrsplan 2018 – 22 eingeflossen.

Erstmals gibt es eine Investitionsvereinbarung der Länder Berlin und Brandenburg mit der Deutschen Bahn AG zu zahlreichen Netzmodernisierungen und -erweiterungen, damit künftig schnelle Strecken und mehr Netz für den Regionalbahnverkehr und die S-Bahnen zur Verfügung stehen.

Mit dem Sozialticket und neuerdings auch mit dem Azubiticket haben wir günstige Angebote zur ÖPNV-Nutzung im Tarifgebiet des Verkehrsverbunds Berlin-Brandenburg (VBB) geschaffen. Zusätzlich werden wir Auszubildende mit einem Mobilitätszuschuss in Höhe von 50 Euro monatlich unterstützen.

Mobilität steigern

Wir wollen dem drohenden »Verkehrsinfarkt«, der auf fast allen Hauptdurchgangsstraßen der Städte und Gemeinden mindestens im Berufs-

verkehr greifbar ist, entgegensteuern. Dafür wollen wir den ÖPNV deutlich attraktiver gestalten, um mehr Menschen den Umstieg vom Auto in Busse und Bahnen zu ermöglichen. Unser Ziel ist es, einen Stundentakt als Mindestbedienstandard des ÖPNV im gesamten Land zu gewährleisten und diesen überall auch unabhängig vom Schülerverkehr anzubieten. Dafür muss der öffentliche Personenverkehr eine kommunale Pflichtaufgabe und vom Land entsprechend ausfinanziert werden.

In Zukunft wollen wir einen solidarisch finanzierten »fahrscheinlosen Nahverkehr«: jede*r soll, ohne ein Ticket lösen zu müssen, mit Bus und Bahn in ganz Brandenburg fahren können. Dazu werden wir unterschiedliche Finanzierungs- und Einführungsmodelle prüfen und diskutieren. Das Kommunalabgabengesetz wollen wir so anpassen, dass den Kommunen die Entwicklung von alternativen Modellen zur Finanzierung des Nahverkehrs ermöglicht wird.

Ein leistungsfähiger und attraktiver ÖPNV braucht motivierte Mitarbeiter*innen. Wir stehen deshalb für gute Arbeitsbedingungen, eine umfassende Tarifbindung und die Stärkung der Gewerkschaften und Betriebsräte in den Verkehrsunternehmen.

Die Stadtentwicklungspolitik soll darauf ausgerichtet werden, unnötigen Verkehr zu vermeiden, z. B. durch die »Stadt der kurzen Wege«, in der das Auto eine immer geringere Rolle spielt, weil das ÖPNV-Angebot überzeugend ist. Dem Fahrrad werden wir die Bedeutung zuerkennen, die es als immer häufiger genutztes Verkehrsmittel verdient und die

Infrastruktur für das Radfahren verbessern.

Der Güterverkehr auf der Straße ist nennenswert am drohenden »Verkehrsinfarkt« und der durch den Verkehr sinkenden Lebensqualität beteiligt. Wir werden dafür eintreten, dass Güterverkehr von der Straße auf die Schiene und auf die Wasserstraßen verlagert wird. Hierzu werden wir auch darauf drängen, dass die Deutsche Bahn AG stärker in die Pflicht genommen wird. Wir brauchen neue bundesgesetzliche Regelungen für eine nachhaltige Güterverkehrspolitik auf der Schiene und der Wasserstraße.

Beim Eisenbahnregionalverkehr setzen wir uns insbesondere für eine Taktverdichtung auf stark frequentierten Linien, ein besseres Angebot am Abend und an den Wochenenden, die Reaktivierung weiterer Eisenbahnverbindungen und die Verbesserung des grenzüberschreitenden Bahnverkehrs nach Polen ein.

Außerdem streben wir eine Reaktivierung der Brandenburger Städtebahn als Ausgangsnetz für einen zweiten Eisenbahnaußenring an, der die Städte und Gemeinden der »zweiten Reihe« untereinander sowie mit den Eisenbahn-Sternachsen verbindet. Tangentialverbindungen zwischen diesen Eisenbahnhauptachsen sollen zudem vom Land gezielt gefördert und über landesbedeutsame Buslinien realisiert werden.

Überall flexibel und fahrscheinlos mobil

Die Reduzierung von Autoverkehr kann nur gelingen, wenn überzeugende und attraktivere Alternativen zur Verfügung stehen.

Deshalb wollen wir:

- die Abschaffung der 1. Klasse im Netz des VBB
 - dafür Sorge tragen, dass die Investitionsvereinbarung i2030 der Länder Berlin und Brandenburg mit der DB AG konsequent umgesetzt und fortgeschrieben wird. Die Planung und der Ausbau des Schienenpersonennahverkehrs müssen dabei zügiger vorangetrieben werden.
 - gemeinsam mit den Kommunen und Landkreisen den ÖPNV so ausbauen, dass er in den städtischen Räumen eine umfassende, verlässliche, alltagstaugliche und bedarfsgerechte Alternative zum Auto darstellt und auch wieder gut in den kleineren und berlinferneren Gemeinden und Orten nutzbar wird.
 - Straßenbahnen und O-Busse als besonders umweltfreundliche und lokal emissionsfreie Verkehrsmittel weiter fördern. Dazu gehört für uns auch die Prüfung der Machbarkeit von »Überland-Straßenbahnen«.
 - den fahrscheinlosen und entgeltfreien ÖPNV einführen.
 - den massiven Ausbau von Parken und Reisen-Parkplätzen (P+R) an den Bahnhöfen fördern und so dazu beitragen, dass umsteigewillige Kfz-Nutzer*innen ihr Auto auch stehen lassen können.
 - eine Verbesserung der Taktung, Linienführung und Vernetzung von Bus und Bahn.
 - Mobilität für alle und das Zusammenwirken der verschiedenen Verkehrsträger in einem Mobilitätsgesetz regeln.
 - die Attraktivität des Mobilitätstickets steigern und auf Berlin ausweiten.
 - die Eigenmittel des Landes zur Sicherung der Mobilität in allen Regionen schrittweise erhöhen.
 - mit der Förderung von kommunalen und genossenschaftlichen Car-Sharing-Angeboten zusätzliche Angebote schaffen, um gänzlich auf ein eigenes Auto verzichten zu können. Car-Sharing-Angebote sollen insbesondere eine Vernetzung von ÖPNV und Individualverkehr herstellen.
- Rad- und Fußverkehr als Säulen des Umweltverbands wollen wir gezielt fördern durch:
- Schnellere Umsetzung des Radwegebedarfsplanes an Bundes- und Landesstraßen in der Baulast des Landes mit mindestens 25 Millionen Euro jährlich.
 - Mitnahmemöglichkeiten für Fahrräder in den Zügen sollen verbessert werden und es sollen an den Bahnhöfen auch »Bike+Ride«-Fahrradparkhäuser für das sichere Unterstellen entstehen.
 - die Förderung von Lastenfahrrädern als Träger des privaten und kleineren gewerblichen Güterverkehrs.
 - Fortschreibung der Radverkehrsstrategie 2030 als »Radverkehrsplan Brandenburg« mit konkreten Zielen für ein integriertes Radwegekonzept (inkl. Schnellverbindungen, Fördersynergien) in Kooperation mit dem Land Berlin und Einführung eines abgestuften Systems von Landes-, Kreis- und Gemeinderad- und Gehwegen zur klaren Verantwort-

tungszuweisung und gezielten Ausbauförderung.

■ Förderung des Ausbaus der Geh- und Radweginfrastruktur mit mindestens 25 Millionen Euro jährlich bei verbesserten Förderbedingungen (u. a. Kombinationsmöglichkeit mit anderen Förderprogrammen) und Aufnahme der Förderbedingung »Fahrradfreundliche Gestaltung« in andere Förderprogramme (z. B. bei der Wohnungs- und Städtebauförderung).

■ Förderung der Zusammenarbeit von Kommunen zur Stärkung des Radverkehrs durch eine ergänzende Finanzierung von 70.000 Euro im Jahr für die »Arbeitsgemeinschaft fahrradfreundlicher Kommunen« (AGFK).

■ Erarbeitung einer Landesfußverkehrsstrategie sowie Förderung der Erstellung und Umsetzung kommunaler Fußverkehrsstrategien inkl. der Einrichtung von »Shared Spaces« und anderen Modellen für eine gerechte Verteilung der Verkehrsflächen zwischen den Verkehrsträgern.

Wir befürworten eine Ertüchtigung der technischen Anlagen an den Wasserstraßen, lehnen aber einen Ausbau der Flüsse ab. Die Güterverkehrszentren im Land sollen für bessere kombinierte Verkehre weiter qualifiziert werden.

Das Verkehrssicherheitskonzept mit dem Ziel der »Null-Tote-Vision« im Unfallgeschehen soll unter besonderer Berücksichtigung der Prävention in Kita und Schule fortgeschrieben und umgesetzt werden.

Der Flughafen BER muss endlich fertiggestellt werden. Wir werden

uns auch weiter dafür einsetzen, mit den weiteren Gesellschaftern Berlin und dem Bund zu einer verbindlichen Regelung zur Ausweitung der Nachtruhe am BER zu kommen. Wir streben an, dass mittelfristig das Personal für Boden-, Sicherheits- und sonstige Dienstleistungen in die Flughafen-gesellschaft integriert wird.

Gerechte Chancen für alle – Soziale Politik für Brandenburg

Brandenburg ist ein Land, in dem unterschiedliche Menschen in vielfältigen Formen zusammen leben, arbeiten und ihre Freizeit gestalten. Menschen aus mehreren Generationen, im Land Brandenburg oder andernorts geboren, arm und reich. Für all diese Menschen muss ein Leben in Würde und Wohlergehen möglich sein. Uns ist dabei die Teilhabe jeder und jedes Einzelnen wichtig. Daher erstreckt sich unser Verständnis von Sozialpolitik über ein weites Feld von Lebenslagen und Gesellschaftsbereichen.

Für einen guten Start ins Leben

Arme Familien – arme Kinder

Armut, Armutsgefährdung und Kinderarmut gehören nach wie vor zu den drängendsten sozialen Problemen im Land.

Kinderarmut ist kein Problem, das isoliert gelöst werden kann, denn Kinderarmut bedeutet immer auch Armut der Eltern. Insbesondere Alleinerziehende und Familien mit drei und mehr Kindern sind hiervon betroffen. Notwendig sind Konzepte und Maßnahmen, die den Familien als Ganzes zugutekommen. Zugleich müssen Nachteile für Kinder und Jugendliche aus armen Familien durch staatliche und gesellschaftliche Anstrengungen so weit wie nur möglich kompensiert werden.

Familien unterstützen – Kinderarmut bekämpfen

DIE LINKE kämpft dafür, dass jedes Kind gleichberechtigt sein Recht auf Bildung, Teilhabe und gesundes Aufwachsen wahrnehmen kann. Kinderarmut hat viele Ursachen und liegt deshalb in den Händen vieler Verantwortlicher. Deshalb braucht es ineinandergreifende Unterstützungen, die wirklich ankommen.

Deshalb wollen wir:

- uns in der Landesregierung gemeinsam mit anderen Bundesländern auf der Bundesebene weiter für die Einführung einer Kindergrund-sicherung einsetzen.
- Familienarmut durch die Förderung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf bekämpfen.
- »Familienpässe« zur Erleichterung des Zugangs zu Kultur- und Freizeiteinrichtungen fortführen.
- die Umsetzung des Präventionsgesetzes und der seit 2015 bestehenden Kindergesundheitskonferenzen weiter vorantreiben.
- die Familienferienzuschüsse in Höhe von 300.000 Euro jährlich verstetigen und die finanzielle Unterstützung der Kinder- und Jugenderholungszentren (KIEZ'e) im Land ausbauen.
- den Wettbewerb »Familien- und Kinderfreundliche Gemeinde« fort-

setzen und gute Beispiele landesweit bekannt machen.

- die Ergebnisse des von der LINKEN initiierten landesweiten Runden Tisches gegen Kinderarmut zügig umsetzen.

- die Einrichtung weiterer regionaler Runder Tische unterstützen und fördern, sowie regionale Aktivitäten im Kampf gegen Kinderarmut und ihre Folgen unterstützen. Dabei orientieren wir uns am »Dormagener Modell«: ein koordiniertes Netzwerk aus Jugendamt, Sozialarbeiter*innen, Ärzt*innen und Lehrer*innen unterstützt dort betroffene Familien vom Tag der Geburt an.

- bestehende Projekte, insbesondere das Modellprojekt der »Schulgesundheitsfachkräfte« fortführen und ausbauen.

- eine möglichst unbürokratische Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepakets sichern.

Der Jugend gehört nicht nur die Zukunft, sondern auch die Gegenwart

Kämpferisch für die Zukunft

Nicht erst seit den »Fridays for future« Demonstrationen engagieren sich Kinder und Jugendliche auf unterschiedliche Weise in Brandenburg. Sie sind in Freiwilligen Feuerwehren, Vereinen, Jugendverbänden, Jugendparlamenten oder auch Schüler*innenvertretungsstrukturen aktiv. Bei aller Unterschiedlichkeit des Engagements setzen sich Kinder und Jugendliche immer auch für ihre Interessen ein

und thematisieren gesamtgesellschaftliche Fragen. Sie setzen Politik von der kommunalen bis zu Bundesebene unter Druck und beweisen mit ihren Aktionen sowohl demokratische Mündigkeit als auch Verantwortungsbewusstsein für die Gesellschaft.

Teilhabe und verbesserte Lebensbedingungen

Wir wollen Kinder und Jugendliche darin unterstützen, sich noch stärker engagieren zu können. Dafür braucht es im ganzen Land Brandenburg Freiräume, die die Kinder und Jugendliche kreativ gestalten und mit Leben füllen können – in den Städten und auf dem Land. Streetworker*innen und Sozialarbeiter*innen sollen sie dabei begleiten, Kindern und Jugendlichen aber nicht vorgeben, wie sie sich zu organisieren haben.

Eine besondere Rolle nehmen die Jugendverbände im Land und den Kreisen ein. Wir unterstützen die Einrichtung von Kreisjugendringen in allen Landkreisen. Sie sind essentieller Teil in der Selbstorganisation, der langfristigen Strukturentwicklung und vor allem in der Demokratiebildung.

Wir streiten an der Seite der Stadt- und Kreisjugendringe sowie des Landesjugendringes und unterstützen ihn vollends in seinen Forderungen. Diese sind:

- Förderung der Jugendverbandsarbeit und des ehrenamtlichen Engagements,

- Stärkung der Freiwilligendienste und Demokratiebildung,

- Schaffung und Erhalt von Freiräumen und Jugendrechten und

Gleichberechtigung aller jungen Menschen in Brandenburg.

- Der Landesjugendplan muss weiterentwickelt werden, die finanziellen Mittel für den Landesjugendring sind aufzustocken.
- jugendgerechte Infrastruktur ausbauen und Nachhaltigkeit verbessern.

Zentrale Aufgabe bleibt es, jungen Menschen eine Perspektive in Brandenburg zu bieten. Sie sollen selbstbestimmt ihre Lebenssituation und Zukunft nach ihren Bedürfnissen in einem sozial gesicherten Umfeld gestalten können. Das ist die Voraussetzung, um sie zum Hierbleiben zu bewegen.

Familienfreundliches Brandenburg

Vielfalt im Mit- und Füreinander

Die Familienmodelle und das Zusammenleben von Menschen sind auch in Brandenburg vielfältiger und bunter geworden. Unser Verständnis von Familie ist daher auch sehr weit gefasst. Wo Menschen füreinander Verantwortung übernehmen, Generationen voneinander lernen, Kinder erziehen, Lebenspartner*innen unterstützt und Angehörige gepflegt werden – da sehen wir familiären Zusammenhalt. Diese Vielfalt der Lebensformen macht unser Land aus. Sie wollen wir stärken.

Besondere Unterstützung in besonderen Lebenslagen

Wir möchten, dass die Menschen in Brandenburg unabhängig von ihrem gewählten Lebensmodell ein selbst-

bestimmtes und würdiges Leben führen können. Insbesondere Alleinerziehende, Mehrkind-Familien und Familien mit Migrationshintergrund brauchen hierfür besondere Unterstützung.

Ein Problem, mit dem viele Familien konfrontiert sind, ist die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und auch Pflege und Beruf. Zum einen muss in den Familien Erziehungsarbeit geleistet werden, zum anderen zwingen der demografische Wandel und der Fachkräftemangel immer mehr Familien dazu, ihre Angehörigen selbst zu pflegen. Beides muss mit der Berufstätigkeit vereinbar sein und dazu braucht es gut ineinander verzahnte Rahmenbedingungen. Zudem braucht es umfangreiche Kinderbetreuungsangebote, die nicht nur die Kernarbeitszeiten abdecken. Zur Vereinbarkeit von Pflege und Familie müssen gerade im Bereich der Pflege ambulante Strukturen professionalisiert und ausgebaut werden. Der Staat insgesamt ist hier in der Pflicht, auf allen politischen Ebenen. Auch auf Landesebene kann trotz des Erreichten noch viel getan werden.

Deshalb wollen wir:

- das kinder- und familienpolitische Programm der Landesregierung mit seinen zentralen Elementen »Netzwerke für gesunde Kinder«, »Lokale Bündnisse für Familie« und den »Eltern-Kind-Gruppen« weiterentwickeln und kontinuierlich umsetzen.
- Familienverbände und Mehr-Generationen-Häuser stärken.
- zentrale Anlaufstellen für Alleinerziehende in jedem Landkreis einrichten. Sie sollen über Rechtsansprüche

und Hilfsangebote informieren und bei der Beantragung staatlicher und weiterer Leistungen unterstützen.

- eine Gesamtstrategie gegen Missbrauch und häusliche Gewalt gegen Kinder erarbeiten.
- die Herstellung der Barrierefreiheit in den Brandenburger Schwangerenberatungsstellen sicherstellen und eine aufsuchende Sexual- und Schwangerschaftsberatung für Menschen mit Behinderungen.
- die Förderrichtlinie zur Reproduktionsmedizin für Alleinstehende und gleichgeschlechtliche Paare öffnen sowie für alle anderen, die auf heterologe Befruchtung angewiesen sind. Die entstehenden Mehrkosten soll das Land Brandenburg tragen. Dafür werden wir uns auch auf Bundesebene einsetzen.
- uns über eine Bundesratsinitiative für eine Änderung des Familienpflegezeitgesetzes einsetzen, damit künftig kein Angehöriger aus der gesetzlichen Krankenversicherung fällt, weil er seine Familienmitglieder pflegt.
- die landesweite Einrichtung unabhängiger Sozialberatungsstellen, die Rechtsberatung zu Sozialleistungen anbieten.

Selbstbestimmt älter werden in Brandenburg

Brandenburg wird älter

Zunehmend besteht die Gesellschaft aus älteren Menschen. Knapp 600 000 Brandenburger*innen sind über 65 Jahre alt. Bis 2040

wird ihre Zahl voraussichtlich auf gut 800 000 steigen.

Senior*innen erleben diese Lebensphase auch gesünder und fitter als noch vor einigen Jahren. Mit ihrem Engagement in Familie, in Seniorenvertretungen, in der Nachbarschaft oder im Sport sind sie ein wichtiger Pfeiler unserer Gesellschaft. Aber so wie es nicht »Die Jugend« gibt, gibt es auch bei den Senior*innen eine große Vielfalt an Lebensmodellen, Potenzialen und Interessen. Ihnen steht nicht nur eine menschenwürdige Pflege im Alter zu, sondern weit mehr. Ältere Einwohner*innen dürfen nicht auf Pflege und Versorgung reduziert werden. Dank des medizinischen Fortschritts erfreuen sich viele Menschen noch lange bester Gesundheit und können aktiv am Leben teilnehmen. Sie haben weitaus mehr Bedürfnisse als Pflege, Rehabilitation, Genesung und Unterstützung. Sie wollen reisen, Freizeitangebote, Ehrenamt, Kultur, Beteiligungsmöglichkeiten und vieles andere mehr. Deshalb müssen sie aus dem Status von Bedürftigen herausgeholt und als Menschen mit vielfältigen Bedarfen und Rechten wahrgenommen werden.

Wir haben in der aktuellen Wahlperiode die Seniorenpolitischen Leitlinien fortgeschrieben und das Sozialministerium hat dabei auf die aktive Beteiligung von Senior*innen großen Wert gelegt. Im Ergebnis wurden fünf Themenkomplexe ausgearbeitet und mit Maßnahmen unteretzt:

- Wohnen und Leben im Quartier gestalten.
- Mobilität gewährleisten.

- Gesundheitsversorgung und Pflege sichern.
- Lebenslanges Lernen für die ältere Generation gestalten – Digitalisierung der Lebenswelt.
- Engagement ermöglichen und gesellschaftliche Teilhabe fördern.
- Maßnahmen zur Sturzprävention unterstützen.

Der Seniorenrat des Landes Brandenburg e.V. wurde unterstützt und auch über den Landeshaushalt gestärkt. Eine Stelle für die Koordination in der Geschäftsstelle des Seniorenrates wurde bewilligt.

Eine besondere Herausforderung besteht darin, dass viele Senior*innen keine armutsfeste Rente beziehen.

Selbstbestimmt und in Würde alt werden

Wir möchten, dass alle Senior*innen aktiv am Leben teilhaben, dass sie gesund alt werden und einen Lebensabend in Würde verbringen können. Um diesem Ziel Rechnung zu tragen, haben wir in der aktuellen Wahlperiode mit vielen interessierten Akteur*innen herausgearbeitet, was sich Menschen über 65 wünschen und was sie dafür brauchen. Die Seniorenpolitischen Leitlinien bilden eine wichtige Grundlage für eine aktivierende Senior*innenpolitik in allen Lebenslagen.

Wir wollen:

- die Arbeit des Landesseniorenrates weiter unterstützen.
- ein*e Landesseniorenbeauftragte*n berufen.

- die Seniorenpolitischen Leitlinien des Landes und die damit verbundenen Maßnahmen überarbeiten und umsetzen.

- das Anhörungsrecht der kommunalen Seniorenbeiräte weiter stärken.

- daran arbeiten, dass die Seniorenbeiräte finanziell ausreichend ausgestattet werden, um ihre immer umfangreicheren Aufgaben erfüllen zu können.

- auf die Bestellung hauptamtlicher Senior*innenbeauftragter in den Kommunen hinwirken.

- die Vertretung von Senior*innen im Rundfunkrat des rbb sichern.

- ein Senior*innenmitbestimmungsgesetz beschließen.

- alternative Wohnformen wie Senior*innen-WGs und generationsübergreifendes Wohnen besser unterstützen und fördern.

- im Prozess des lebenslangen Lernens Schulungsangebote zu neuen Technologien und Social Media für Senior*innen schaffen.

Die Bekämpfung von Altersarmut ist eine Aufgabe, die vor allem auf Bundesebene gelöst werden muss. Wir werden uns auf Bundesebene entschieden für folgende Maßnahmen einsetzen:

- eine solidarische Mindestrente in Höhe von 1.050 Euro (Einkommens- und vermögensgeprüft).

- eine Lebensstandardsicherung der gesetzlichen Rente durch ein Rentenniveau von mindestens 53 Prozent.

- die Senkung des Renteneintrittsalters auf 65 Jahre beziehungsweise 40 Beitragsjahre.
- die Anerkennung von Erziehungsleistung durch die Gutschrift von drei Entgeltpunkten je Kind auf das Rentenkonto.
- die endgültige Angleichung der Ostrenten an das Westniveau.
- eine Erleichterung des Zugangs zur Erwerbsminderungsrente und die Streichung der Abschläge.
- die Anerkennung der Pflege von Angehörigen als Beitrag zum gesellschaftlichen Zusammenhalt. Pflegearbeit soll durch zusätzliche Entgeltpunkte bei der Rente anerkannt werden.

Leben mit Herausforderungen

Alle inklusive

Jede*r fünfte Brandenburger*in, rund 450 000 Menschen im Land, lebt mit einer Behinderung. Rund 325 000 gelten als schwerbehindert; 96 Prozent aller Behinderungen sind Folgen von Krankheiten oder Unfällen. Jeder Mensch kann im Laufe seines Lebens von einer Behinderung betroffen sein.

Menschen mit Behinderungen haben in Deutschland dieselben Rechte wie Menschen ohne Behinderungen. Nach fast 40 Jahren Kampf ist es nun gelungen, das Gesetz zur Stärkung der Teilhabe von Menschen mit Behinderung (Bundesteilhabegesetz) in Kraft zu setzen. Das Land Brandenburg hat in einem breit angelegten Dialogprozess mit allen beteiligten Akteur*innen dazu das

Landesausführungsgesetz erarbeitet. Die Meinungen über die Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes im Land Brandenburg hätten unterschiedlicher kaum sein können. Dementsprechend groß ist die Skepsis, mit der man die Entwicklung in den nächsten Jahren verfolgen wird. DIE LINKE weiß um diese Sorgen und Bedenken, mit denen man dem Landesausführungsgesetz im Land Brandenburg gegenübertritt. Aus diesem Grund haben wir uns mit aller Kraft für die Verankerung einer sogenannten Evaluierungsklausel sowie die Schaffung einer Clearingstelle eingesetzt. Wir werden uns dafür einsetzen, dass die Umsetzung der Rechte der Menschen mit Behinderungen in engen Zeitabständen und professionell überwacht und ausgewertet wird. Sollten sich Mängel am Gesetz zeigen, die zu Ungleichbehandlung, Unterversorgung oder gar Diskriminierung führen, werden wir das Gesetz dementsprechend anpassen.

Das Leben mit Behinderungen ist nicht nur mit zusätzlichen Herausforderungen im Alltag, sondern meist auch mit besonderen finanziellen Belastungen verbunden. Um diese abzufedern hat DIE LINKE die Einführung eines Landespflegegeldes durchgesetzt. Dies ist ein guter erster Schritt – als Unterstützung für die Betroffenen aber längst nicht ausreichend.

Teilhabe für alle sichern

Inklusionspolitik ist eine Querschnittsaufgabe, die sich durch alle Bereiche zieht: von Arbeitsmarkt- über Bildungs-, Frauen-, Familien-, Gesundheits- bis hin zur Pflegepolitik. Inklusion heißt: gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit Behinde-

rungen sichern – in allen alltäglichen Belangen und allen Bereichen der Gesellschaft. Dafür muss noch viel getan werden: in der öffentlichen Kommunikation und den Medien, im ÖPNV und im öffentlichen Raum, bei Behörden, beim Wohnen und bei der gesundheitlichen und pflegerischen Versorgung. Alle Bereiche müssen von allen Akteur*innen mitgedacht werden. »Hinkommen, reinkommen, klarkommen!« – so einfach kann es sein.

Inklusion von Anfang an

Inklusion betrifft alle und umfasst alle Altersgruppen. Inklusion beginnt in den Köpfen aller und kann nur gelingen, wenn sie von Anfang an gelebt wird. So müssen sich bereits Kindertagesstätten inklusiv ausrichten, damit das gemeinsame Miteinander von Kindern mit und ohne Behinderung in den Schulen nicht zum Problem wird. Was gar nicht erst getrennt wird, muss später nicht zusammengefügt werden. Von Anfang an erlernen Kinder mit und ohne Behinderungen den Umgang miteinander und profitieren voneinander. Sie haben später weniger Schwierigkeiten miteinander in der Schule, in der Ausbildung, auf dem Arbeitsmarkt oder im Alltag und im Freizeitbereich. Jede*r ist etwas Besonderes. Also muss das Besondere zur Normalität werden. Dazu braucht es bedarfsgerechte und individuelle Hilfen einerseits sowie eine barrierefreie Umwelt andererseits.

Von Inklusion profitieren alle

Menschen mit Behinderungen haben ein Wunsch- und Wahlrecht. Dieses kann nur dann in Anspruch genommen werden, wenn eine echte

Wahlmöglichkeit besteht und das ist gerade im Falle schwerstbehinderter Menschen allzu oft noch nicht der Fall. Nach wie vor sind sie dazu gezwungen, in Heimen zu leben und in Werkstätten zu arbeiten, nicht, weil sie selbst es nicht anders wünschen, sondern weil es an Alternativen fehlt. Die Belange von Menschen mit Behinderungen sind nicht nur eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, sondern vor allem eine Bereicherung. Wir setzen uns deshalb ein für mehr Inklusion in Kitas und Schulen, für mehr barrierefreie Ausbildungs- und Arbeitsplätze auf dem ersten Arbeitsmarkt, für barrierefreien ÖPNV und Wohnraum sowie für eine barrierefreie Infrastruktur.

Wir wollen:

- die Differenzierung zwischen Landesblindengeld und Landespflegegeld aufheben und beides zu einer einheitlichen Leistung zusammenführen.
- die fachliche und politische Begleitung der kommunalen Behindertenbeiräte, des Landesbehindertenbeirates, der kommunalen Behindertenbeauftragten sowie der/des Landesbehindertenbeauftragte*n stärken.
- das Brandenburgische Behindertengleichstellungsgesetz auf seine Wirksamkeit überprüfen und gegebenenfalls novellieren.
- die Wirkungen des Landesausführungsgesetzes zum BTHG prüfen und Schlussfolgerungen ziehen.
- die Schwelle für die Bestellung hauptamtlicher Behinderten-

beauftragter in den Kommunen absenken.

- die Kommunikation von Behörden und öffentlichen Einrichtungen des Landes konsequent barrierefrei gestalten und die Angebote in leichter Sprache zügig ausbauen.

- Mitarbeiter*innen der Behörden für den Umgang mit den besonderen Bedürfnissen von Menschen mit Behinderung weiter sensibilisieren und qualifizieren sowie entsprechende Unterstützungsangebote, z. B. Gebärdendolmetscher*innen, bereitstellen.

- die längst überfällige Beteiligung der Menschen mit Behinderung im Rundfunkrat des rbb regeln.

- die Barrierefreiheit im ÖPNV weiter ausbauen, sowohl in Bezug auf die Verkehrswege und Haltestellen als auch bei der Beschaffung und Umrüstung von Fahrzeugen.

- die barrierefreie Um- und Neugestaltung von Arztpraxen, Krankenhäusern, Medizinischen Versorgungszentren, Reha-Einrichtungen und Apotheken fördern.

- den ungehinderten Zugang von Menschen in Begleitung von Assistenzhunden zu öffentlichen Einrichtungen, Verkaufsstellen etc. ermöglichen.

- ein flächendeckendes Netz barrierefreier und unabhängiger Beratungsstellen für Menschen mit Behinderung etablieren.

- den inklusiven Ansatz in der Frühförderung stärken, z. B. durch geeignete Fortbildungsangebote

für Pädagog*innen, den Ausbau des Netzes der inklusiven Kitas und der Schulen des gemeinsamen Lernens.

Ein Leben lang lernen – kostenfrei

Auf den Anfang
kommt es an –
Gute Bildung für alle

Auf dem Weg zu mehr Chancengleichheit

Viel hat sich in Brandenburg in den letzten Jahren bewegt. Die Personalausstattung der Kitas haben wir verbessert, den Betreuungsschlüssel in mehreren Schritten verringert, so dass Erzieher*innen weniger Kinder gleichzeitig betreuen müssen. Mit der Beitragsfreistellung des letzten Kitajahres und der Beitragsbefreiung von Familien mit niedrigen Einkommen sind wir auf dem Weg zu einer kostenfreien Kita wichtige Schritte vorangekommen. Zunehmend spüren wir auch in den Brandenburger Kitas den Fachkräftemangel. Hier müssen sich die bundespolitischen Rahmenbedingungen dringend ändern, damit der Erzieher*innenberuf stärker an Attraktivität gewinnt.

Mit der Einführung der Schulzentren haben wir eine Gemeinschaftsschule in Brandenburg etabliert, in der alle Kinder von Klasse 1 bis 10 beziehungsweise 13 gemeinsam lernen und alle Abschlüsse erwerben können. Damit können vor allem in den ländlichen Räumen dauerhaft Schulstandorte gesichert und die Chancengleichheit aktiv gesichert werden. Aber auch in den Städten entstehen so attraktive und vielfältige Bildungsangebote. Den Abbau von Lehrkräften haben wir gestoppt und stattdessen endlich wieder Neueinstellungen vorgenommen.

Viele Kinder und Jugendliche sind dennoch weiter benachteiligt, haben eingeschränkten Zugang zu Bildungs-, Sport- und Freizeitmöglichkeiten, weil ihre Familien weniger Geld als andere zur Verfügung haben.

Bildung kostenfrei – von der Kita bis zur Hochschule

Wir kämpfen dafür, dass der Zugang zu Bildung unabhängig von den Voraussetzungen des Kindes, seiner Herkunft und dem Geldbeutel der Eltern gesichert wird. Deshalb muss der Zugang zu Bildung kostenfrei sein – immer!

Die Grundlagen für eine gute Bildung werden am Anfang gelegt. Kinder haben ein Recht auf Bildung! Als erste Bildungseinrichtung müssen die Kitas diesem Anspruch gerecht werden. Eine gute Qualität der Kitas sichert Chancen auf ein gutes Leben.

Wir wollen eine Schule, in der kritische, engagierte, solidarische, mündige Menschen gebildet werden. Wir wollen eine Schule, die neugierig macht auf das Leben, und in der sich Kinder entfalten können, ohne Angst davor, vorzeitig in unterschiedliche Schulen einsortiert zu werden. Wir wollen eine Schule, in der alle Kinder lange, gemeinsam, miteinander und voneinander lernen können. Wir wollen Spaß am Lernen statt Noten- und Leistungsdruck. Eine transparente Leistungsbewertung ist auch ohne Noten möglich. Wir wollen wohnortnahe Schulen oder Schulfilialen. Wir wollen Schulen, in denen Kinder individuell gefördert, Stärken

gestärkt und Schwächen ausgeglichen werden. Wir wollen Schulen, in denen vielfältige Ganztagsangebote Schule bereichern. Aus LINKER Sicht wird all dies am besten in der Gemeinschaftsschule verwirklicht. Wir werden flexible Lösungen entwickeln, um alle Schulstandorte erhalten und ausbauen zu können.

Mit einem Bildungsrahmen-Gesetz auf Bundesebene wollen wir mehr Vergleichbarkeit und Standards zwischen den Ländern ermöglichen und ein Ende der gegenseitigen Personal-Abwerbungen erreichen. Auch wenn einige Lockerungen des Kooperationsverbots in der Bildung zwischen Bund und Ländern im Grundgesetz erkämpft wurden, bleibt seine vollständige Aufhebung unsere grundlegende Forderung.

Zugänge verbessern – Bildungsqualität stärken

Unsere Kitas und Horte sind die Orte, an denen die Grundlagen für den persönlichen Bildungserfolg gelegt werden. Diese müssen wir gezielt stärken und fördern.

Wir wollen:

- als erste Maßnahme nach der Wahl die vollständige Beitragsfreiheit in Brandenburg umsetzen.
- mehr und gut qualifizierte Erzieher*innen. Wir sorgen für eine weitere Verbesserung der Betreuung beginnend mit dem Hort bis zur Kita!
- Kita-Leitungen entlasten und Erzieher*innen mehr Zeit für die individuelle Förderung der Kinder, Vor- und Nachbereitung, Elternarbeit und Diagnostik einräumen.

- die Arbeit in multiprofessionellen Teams, z. B. unter Einbeziehung von Logopäd*innen, Physiotherapeut*innen und weiteren Spezialist*innen ausbauen.

- die Hochschulausbildung von Erzieher*innen in Brandenburg unter Einbeziehung aktueller wissenschaftlicher Erkenntnisse weiter ausbauen. Ein Studium als grundsätzliche Zugangs Voraussetzung zum Erzieher*innenberuf lehnen wir allerdings ab.

- eine kostenfreie und vergütete Ausbildung für Erzieher*innen und Heilerziehungspfleger*innen durchsetzen. Aufgrund des gestiegenen Bedarfs werden wir die staatliche Ausbildung an den Oberstufenzentren stärken und flächendeckend umsetzen.

- ein grundlegend neues und transparentes Kita-Gesetz, das den längeren Betreuungszeiten ebenso gerecht wird wie den unterschiedlichen Bedürfnissen der Kinder.

- die Kommunen bei der Neuschaffung von Kita-Plätzen unterstützen.

- alle Kitas zu inklusiven Einrichtungen weiterentwickeln (Ausstattung/Räume, Personal für Frühförderung).

- die Kitas personell so ausstatten, dass die Betreuungsqualität auch bei längeren Betreuungszeiten durchgängig gesichert werden kann.

- ein Kita-Investitionsprogramm, um dem zunehmenden Bedarf an Kitaplätzen zu entsprechen.

- die Medienkompetenz von Erzieher*innen durch entsprechende Qualifizierungsangebote stärken.

Langes gemeinsames Lernen – mit- und voneinander – sowie eine hohe Durchlässigkeit des Schulsystems zwischen den einzelnen Bildungswegen sind die Schlüssel zu mehr Chancen- und Bildungsgerechtigkeit.

Wir wollen:

- die Gemeinschaftsschule weiter stärken und langfristig zur bevorzugten Schulform im Land Brandenburg entwickeln. Alle Schultypen – auch Gymnasien – sollen sich für das Konzept der Gemeinschaftsschule öffnen können. Das längere gemeinsame Lernen bis zur 10. beziehungsweise 13. Klasse bleibt unser wesentliches Ziel.
- die Etablierung einer Berufsausbildung mit Abitur.
- Schule und Unterrichtsorganisation an die Bedürfnisse der Kinder anpassen – nicht umgekehrt. Das bedeutet z. B., dass Schulanfangs- und -endzeiten unter Einbeziehung der Interessen und Belange der Schüler*innen gestaltet werden müssen.
- das Einschulungsalter auf 6 Jahre festzuschreiben.
- Schulen durch den Einsatz multiprofessioneller Teams aus Sonderpädagog*innen, Schulsozialarbeiter*innen, Schulpsycholog*innen, Schulgesundheitsfachkräften, Verwaltungsmitarbeiter*innen, IT-Spezialist*innen oder Medienpädagog*innen unterstützen. An jeder Schule soll es eine*n Schulsozialarbeiter*in geben.
- die Öffnung von Schulen in ihr räumliches und gesellschaftliches

Umfeld fördern. Außerschulische Lernorte und Kooperationen sollen gestärkt werden.

- allen Schüler*innen Einblicke in verschiedene Berufsfelder ermöglichen. Dazu müssen die vielfältigen Angebote des Konzepts zur Studien- und Berufsorientierung besser koordiniert und von allen Schulen flächendeckend umgesetzt werden. Zu diesem Zweck werden wir eng mit der Regionaldirektion der Bundesagentur für Arbeit zusammenarbeiten. Die Bundeswehr muss dabei konsequent aus den Schulen herausgehalten werden. Kein Werben fürs Sterben.
- Schüler*innen stärken und zur aktiven Auseinandersetzung mit gesellschaftlichen Fragen ermutigen – im Umgang mit Vielfalt, Toleranz, Solidarität und Klimaschutz; gegen Rassismus, Diskriminierung und Gewalt.
- die frühestmögliche Aufnahme von Flüchtlingskindern in den Regelbetrieb als Grundlage für eine erfolgreiche Integration vorbringen, jedoch auch individuelle Förderbedarfe berücksichtigen.
- Horte zunehmend in das Konzept Ganztags integrieren, aber gleichzeitig ihre jugendpädagogische Eigenständigkeit erhalten. Dafür sollen mehr Erzieher*innen in den Horten beschäftigt werden.
- die Vermittlung von Genderkompetenz im Unterricht stärken, z. B. durch die verstetigte Förderung des Projekts »Schule unterm Regenbogen« für sexuelle und geschlechtliche Vielfalt. Wir setzen uns außerdem für die Rückkehr zum Girls Day und Boys Day ein: Der Zukunftstag soll

seine Ursprungsidee, die Förderung geschlechtsuntypischer Berufswahl, wieder stärker in den Blick nehmen.

- den Rechtsanspruch von Kindern und Jugendlichen mit Handicap zur Betreuung nach dem Unterricht und in den Ferienzeiten gesetzlich zusichern.

Schule muss sich auf die Digitalisierung einstellen und Kindern und Jugendlichen die entsprechenden Voraussetzungen für den Umgang damit, mit auf den Weg geben. Dabei wollen wir nicht nur, dass Technik das aktuelle Bildungssystem unterstützt, sondern auch, dass sich Schule und Lernen durch die Digitalisierung weiterentwickelt.

Wir wollen:

- Kinder und Jugendliche zu einer mündigen Nutzung von Technik und Medien und einer kritischen Auseinandersetzung mit Wirkung und Inhalten befähigen.
- Schulen flächendeckend mit einer dauerhaft ausfinanzierten digitalen Infrastruktur ausstatten. Das schließt IT-Technik und Arbeitsplätze ebenso ein, wie die interne Vernetzung durch WLAN, die externe Anbindung über Breitband-Anschlüsse wie auch IT-Spezialist*innen zur Betreuung. Für eine bessere Vernetzung der Schulen werden wir eine Schul-Cloud in Zusammenarbeit mit der Digital-Agentur Brandenburg einrichten.
- im Interesse der Sicherung von Chancengleichheit Schüler*innen mobile Endgeräte leihweise zur Verfügung stellen.
- die digitale Bildung an den Schulen durch den Einsatz von

Open-Source- Software und Open Educational Resources unabhängig von Konzernen gestalten.

- Digitale Bildung als interdisziplinäres Anliegen und Querschnittsthema für alle Unterrichtsfächer umsetzen.

■ Weiterbildungsmöglichkeiten für Lehrkräfte im Bereich der Digitalen Bildung massiv ausbauen und als Pflichtbestandteil in die Lehramtsausbildung integrieren.

- außerschulische Angebote für digitale Bildung fördern.

Lehrer*innen tragen die Hauptverantwortung für den Bildungserfolg im System Schule. In der Wahrnehmung dieser Verantwortung müssen sie deshalb bestmöglich unterstützt werden.

Wir wollen:

- zukünftige Lehrer*innen schon im Studium besser auf die Praxis in der Schule vorbereiten, z. B. durch die verstärkte Vermittlung von Inhalten aus den Bereichen Inklusion, interkulturelle Kompetenzen, Didaktik und Methodik, Lernpsychologie sowie Digitalisierung.
- die Lehramtsausbildung reformieren und die Abbrecher*innenquote reduzieren. Die Ausbildungsreform soll die Profession stärken, indem der Schwerpunkt auf Methodik statt auf Vermittlung von Fachwissen gelegt wird. Dazu streben wir die Einrichtung einer pädagogischen Fakultät an der Universität Potsdam an.
- eine bessere Abstimmung von Studium, Vorbereitungsdienst und Berufseinstieg! Die Aus- und Fort-

bildung von Lehrkräften muss besser verzahnt werden! Das Angebot berufsbegleitender Qualifizierungs- und Fortbildungsmöglichkeiten muss deutlich ausgeweitet werden.

- den dringend erforderlichen grundständigen Ausbildungsgang für Berufsschullehrer*innen an der BTU Cottbus/Senftenberg einrichten.
- Seiteneinsteiger*innen besser als bisher auf die Herausforderung Schule vorbereiten.
- gemeinsam mit den Kommunen ein Anreizsystem entwickeln, um junge Lehrkräfte beziehungsweise Studierende durch vielfältige Unterstützung bei der Ansiedlung für den ländlichen Raum zu gewinnen.

Wir wollen das Kommunale Investitionsprogramm fortführen und damit den Um- und Neubau von Schulen unterstützen. Der kostenfreie Zugang zu Bildung ist die Grundvoraussetzung für Chancengleichheit und Bildungsgerechtigkeit.

Darum wollen wir:

- Lernmittelfreiheit für alle Schulen und Schüler*innen.
- in allen Landkreisen in Zusammenarbeit mit den Kreisen und kreisfreien Städten die Schüler*innenbeförderung elternbeitragsfrei machen. Ein kostenloses Mobilitätsticket für alle Kinder und Jugendlichen ist für uns ein Einstieg in den fahr-scheinlosen ÖPNV.
- die Bereitstellung eines gesunden, warmen und kostenfreien Mittagessens in einem ersten Schritt für Schüler*innen der 1. bis zur 6. Klasse.

Wissenschaft und Hochschulen

Hochschulen und Gesellschaft

Hochschulen sind mehr als nur Orte, an denen der künftige Bedarf hochqualifizierter junger Menschen ausgebildet wird. Hochschulen sind Orte, an denen aktuelle gesellschaftliche Problemstellungen aufgegriffen, analysiert und vielfältige Lösungen erarbeitet werden.

Nirgendwo in Europa hängt der Zugang zum Bildungssystem in so hohem Maße vom Bildungshintergrund der Eltern ab wie in Deutschland. Noch immer studieren Kinder von Akademiker*innen dreimal häufiger als Kinder von Eltern ohne Hochschulabschluss.

Die Studentenwerke Potsdam und Frankfurt (Oder) sind wichtige Partner des Landes zur Gestaltung sozialer Rahmenbedingungen für ein Studium in Brandenburg. Neben Beratungsangeboten und der Essensversorgung in den Hochschul-Mensen ist die Bereitstellung preisgünstigen studentischen Wohnraums ihre wichtigste Aufgabe.

Offene Hochschulen, gute Studienbedingungen

Die Entscheidung, den Zugang zur Hochschule zu öffnen, haben wir im Sinne von mehr Chancengerechtigkeit bewusst getroffen und daran halten wir fest. Wir setzen uns dafür ein, dass die Studierenden an den vier Universitäten und vier Fachhochschulen Brandenburgs die besten Bedingungen für ein gutes Studium vorfinden. Diese

Lernbedingungen müssen durch eine bedarfsgerechte räumliche Ausstattung der Hochschulen und die gute Betreuung der Studierenden durch das wissenschaftliche Personal gesichert werden.

Wir wollen ein soziales Umfeld sichern, dass Studierenden unabhängig vom Elternhaus ein Studium ermöglicht. Dazu zählt für uns die Schaffung von mehr studentischem Wohnraum, die Entwicklung flexibler, familien- und arbeitsfreundlicher Studienorganisationsformen, die Bereitstellung psychologischer und weiterer Beratungsangebote an allen Hochschulstandorten sowie die Forderung nach einer grundlegenden Reform des BAföG an den Bund.

Wir setzen uns für ein selbstbestimmtes Studium ein, das sich nicht nur an den kurzfristigen Anforderungen des Arbeitsmarktes, sondern an den Bedürfnissen und Interessen der Studierenden orientiert. Das bedeutet, dass kritische Wissenschaften, Projektutorien, selbst organisierte Seminare oder andere Ideen an den Hochschulen einen Raum haben müssen.

Die Arbeitsbedingungen für die Lehrbeauftragten und Wissenschaftlichen Mitarbeiter*innen der Hochschulen müssen endlich verbessert werden, um der Prekarisierung in der Wissenschaft entgegen zu wirken. Hochschulen sollen als demokratisch verfasste Institutionen agieren. Daher setzen wir uns für die Stärkung der demokratischen Mitbestimmungsrechte aller Statusgruppen an den Hochschulen ein.

Zugänge erweitern, Demokratie stärken, Hochschulen verlässlich finanzieren

Ein Studium soll für unterschiedliche Bildungsbiografien, Zielstellungen und Lebenssituationen zugänglich sein und soziale Zugangshürden vermeiden. Deshalb wollen wir:

- Hochschulen in die Lage versetzen, sich auch alternativen Modellen der Studienorganisation zuzuwenden (Wahl der Studienlänge, Anpassung an Zeitbudgets z. B. Veranstaltungen im Block, freier wählbare Module etc.).
- den Abbau von Zulassungsbeschränkungen, insbesondere des Numerus clausus.
- das Angebot an studentischem Wohnraum in Trägerschaft der Studentenwerke massiv ausbauen.
- die Rückmeldegebühr als versteckte Studiengebühr endlich abschaffen und die Rückzahlung an alle Betroffenen – nicht nur die Kläger*innen – durchsetzen.
- darauf hinwirken, dass alle studentischen Beschäftigten in den Tarifvertrag der Länder (TVL) aufgenommen werden. Sind die anderen Bundesländer nicht davon zu überzeugen, werden wir uns für einen Studentischen Tarifvertrag in Brandenburg einsetzen.
- Hochschulen als Orte gelebter Demokratie entwickeln. Nach den Studierendenschaften wollen wir auch die Statusgruppen der wissenschaftlichen und technischen Mitarbeiter*innen stärken, etwa durch die Einführung einer echten Viertelparität in den Gremien und die Rückverlagerung aller wesentlichen

Entscheidungskompetenzen von den Hochschulleitungen auf die akademischen Selbstverwaltungsgremien.

- Hochschulen mit einer verlässlichen Grundfinanzierung ausstatten, die sich an die jeweiligen Anforderungsprofile anpasst. Grundstruktur, wissenschaftliche Schwerpunktsetzung und Forschungsvorhaben dürfen nicht nur von Dritten und privaten Investor*innen abhängen. Brandenburg wird sich dafür einsetzen, dass die Vergabe zusätzlicher Landes- und Bundesmittel nicht nur den Hochschulen zukommt, die die meisten Drittmittel einwerben.

- die Kooperation öffentlicher Hochschulen und privater Investor*innen eindämmen.

- Anreize dafür setzen, dass sich die Forschung verstärkt mit Brandenburger Problemen und ihrer Lösung auseinandersetzt.

- eine finanzielle Unterstützung der Medizinischen Hochschule Brandenburg (MHB) ausschließlich auf Grundlage der gesetzlichen Regelungen des BbgHg ermöglichen, um diese in eine staatliche Hochschule überführen zu können.

- einen durch Mittel des Bundes gesicherten Aufbau einer medizinischen Fakultät an der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus Senftenberg unterstützen.

- ein echtes, von der Kooperation mit Universitäten unabhängiges Promotionsrecht für die Fachhochschulen einführen.

- gesetzliche Mindeststandards für duale Studiengänge definieren, um allen Studierenden bestmögliche

Bedingungen für ihr Studium zu ermöglichen. Dazu gehört die Festlegung auf ausbildungsintegrierte Studiengänge, die mit Studien- und Berufsabschluss enden, das Recht auf ein Teilzeitstudium und Urlaub sowie Vergütungsstandards. Den Einfluss der beteiligten Unternehmen auf die Studieninhalte wollen wir klar begrenzen.

- an allen Hochschulen Antirassismusbeauftragte etablieren. Sie sollen zum einen als Anlaufstellen für Betroffene zur Verfügung stehen, aber auch in den hochschulinternen Prozessen und Strukturen auf diskriminierungsfreies Agieren hinwirken.

- nach dem Vorbild anderer Bundesländer auch an den Brandenburger Hochschulen ein Kompetenznetzwerk Gender einrichten, um den Wissenstransfer untereinander und in die Gesellschaft besser zu unterstützen.

- mit öffentlichen Geldern geförderte wissenschaftliche Arbeiten und daraus resultierende Publikationen sollen jedem Menschen kostenfrei zugänglich sein. Dazu gehört für uns nicht nur die Veröffentlichung der Publikationen auf einer frei zugänglichen Plattform (Open Access), einschließlich der Quelldaten, sondern auch die Schaffung einer einheitlichen Infrastruktur und einheitlicher Schnittstellen zum Abruf der Daten.

- Professuren für Plurale Wirtschaftswissenschaft (Heterodoxe Ökonomie) und ein entsprechendes wirtschaftspolitisches Forschungs- und Beratungsinstitut mit sozial-ökologischer Ausrichtung einrichten. Damit wollen wir die Grundlage für mehr Vielfalt in der

wirtschaftswissenschaftlichen Bildung und Forschung sowie der wirtschaftspolitischen Beratung schaffen.

Weiterbildungsangebote – eine Voraussetzung für Lebenslanges Lernen

Das lebenslange Lernen ist in unserer Gesellschaft nicht nur ein politisches und kulturelles Idealbild, sondern auch eine gesellschaftliche Notwendigkeit geworden. Lebenslanges Lernen muss deshalb für alle Menschen, unabhängig von ihrer sozialen Lage, möglich sein und kommt damit auch der gesamten Gesellschaft zugute. Dafür benötigen wir eine langfristig gut ausgestattete und staatlich geförderte Weiterbildungslandschaft in Brandenburg.

Weiterbildungen werden in den nächsten Jahren an Bedeutung gewinnen. Deshalb muss dieser Bildungsbereich auch stärker als bislang in der Bildungspolitik Berücksichtigung finden.

Konkret wollen wir:

- in allen Regionen Brandenburgs für ein qualitativ gutes Angebot der Weiterbildung sorgen. Bestehende Barrieren sollten auch durch die Nutzung digital angereicherter oder aufsuchender Formate abgesenkt werden.
- dass besondere gesellschaftliche Bedarfe (Alphabetisierung, interkulturelle/integrative Weiterbildungsangebote, Fremdsprachen, Medienkompetenzen etc.) in der Weiterbildung verstärkt aufgegriffen werden.
- dass die Pluralität der Weiterbildungslandschaft mit besonderer

Verpflichtung der öffentlich geförderten Volkshochschulen und Heimbildungsstätten langfristig erhalten bleibt.

- kooperative Freizeitangebote von gemeinnützigen Fort- und Weiterbildungsträgern mit Bibliotheken, Museen, Sportvereinen u. a. und generationsübergreifende Bildungsangebote flächendeckend angemessen unterstützen.
- dass professionelles pädagogisches Personal in der Fort- und Weiterbildung eine langfristige und angemessen bezahlte Arbeitsperspektive bekommt.

Arbeit & Wirtschaft in sozialer Verantwortung

Gute Arbeit,
von der man leben kann

Sinkende Arbeitslosigkeit – wachsende Unsicherheit

Seit den 2000er Jahren ist die Arbeitslosenquote in Brandenburg von 19 Prozent auf 6,5 Prozent gesunken, die Wirtschaftslage entwickelt sich stabil. Dennoch: Immer mehr Beschäftigungsverhältnisse sind prekär: schlecht bezahlt, befristet oder in Leiharbeit. Sie zwingen die Betroffenen zur Ausübung mehrerer Jobs oder zur Inanspruchnahme staatlicher Hilfleistungen – trotz Vollzeitwerbstätigkeit. Wir stehen für gerechte Bezahlung und menschenwürdige Arbeitsbedingungen, insbesondere im Bereich der sozialen Arbeit: in Kitas, in der Jugendarbeit oder der Pflege. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit in Ost und West ist auch fast 30 Jahre nach der Wiedervereinigung noch immer nicht Realität. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit ist für Frauen und Männer immer noch nicht durchgesetzt.

Insbesondere zur Bekämpfung der Langzeiterwerbslosigkeit hat DIE LINKE in den vergangenen Jahren einiges auf den Weg gebracht: mit Programmen zur beruflichen Integration von Langzeiterwerbslosen, Alleinerziehenden und Menschen mit Beeinträchtigungen, die aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds finanziert werden, erreichen wir bis zu 12 500 Betroffene. Ein weiterer Baustein sind die vom Land initiierten Sozialbetriebe. Diese

Maßnahmen reichen jedoch noch nicht aus.

Armut in Brandenburg ist ein nicht hinnehmbarer Skandal. Rund 15 Prozent der Menschen in Brandenburg sind von Armut betroffen. Armut hat verschiedene Gesichter. Es sind Frauen und Männer, Junge und Alte, Menschen mit Behinderung, Menschen mit und ohne Migrationshintergrund, Menschen, die trotz Erwerbsarbeit arm sind, Menschen, die seit vielen Jahren Arbeit suchen und Menschen, die vergeblich nach bezahlbarem Wohnraum suchen. Um Armut effektiv zu bekämpfen, müssen sich die Einkommen der Bürger erhöhen. Brandenburg ist kein Niedriglohnland. Der aktuelle Mindestlohn in Höhe von 9,19 € ist ein Armutslohn. Wir brauchen ein soziales Netz, welches vor Armut, unabhängig von der Lebenssituation schützt und wir benötigen ausreichend sozialen Wohnraum. Hartz IV bleibt Armut per Gesetz. Wir wollen es durch eine armutsfeste sanktionsfreie Mindestsicherung ersetzen. Niemand darf durch Sanktionen eines Jobcenters die Wohnung verlieren.

Die Digitalisierung führt zu Veränderungen der Arbeitswelten. Die Automatisierung von Prozessen, der Einsatz von Robotern und künstlicher Intelligenz verändert die Organisation von Arbeit. Die Übernahme von gesundheitsgefährdenden oder Routinetätigkeiten durch Maschinen kann Arbeitnehmer*innen entlasten. Die Politik muss die Weichen dafür

stellen, dass alle Menschen von dieser Entwicklung profitieren können und niemand zurückgelassen wird.

Gute Ausbildung ist für uns ein Grundrecht und sichert gute Arbeit

Berufliche Bildung ist für uns ein Grundrecht, das allen jungen Menschen zusteht. Es ist eine Grundvoraussetzung für die soziale Teilhabe. Deshalb werden wir es nicht akzeptieren, dass die Zahl der Jugendlichen ohne Berufsabschluss immer weiter ansteigt. Eine qualitativ gute Berufsbildung ist eine wichtige Voraussetzung für ein selbstbestimmtes Leben, eröffnet berufliche Perspektiven und ist gleichzeitig ein Grundpfeiler für Gute Arbeit im Land. Wir unterstützen alle Maßnahmen, die zur Stärkung der beruflichen Ausbildung beitragen. Es müssen mehr Betriebe ihrer Verantwortung gerecht werden und Ausbildungsplätze schaffen. Tarifliche Ausbildungsvergütungen dürfen nicht unterschritten werden. Wir wollen:

- eine bundesweite Mindestausbildungsvergütung, die bei 80 Prozent der durchschnittlichen tariflichen Ausbildungsvergütungen des jeweiligen Ausbildungsjahres liegen soll (ca. 635 Euro im ersten Ausbildungsjahr).
- neben dem Azubi-Ticket flexible Mobilitätsunterstützungen prüfen.
- alle Oberstufenzentren erhalten und weitere Investitionen sicherstellen.
- uns für eine Reform des Berufsbildungsgesetzes stark machen, das die Rechte der Azubis stärkt und die Qualität der Ausbildung sichert.

- einen Berufsschulpakt im Land Brandenburg, damit weitere Investitionen für gute Qualität an beruflichen Schulen getätigt werden. Mit der Digitalisierung erleben wir eine dynamische Veränderung der Berufs- und Arbeitswelt unseres Landes. Diese Entwicklung erhöht auch die Anforderungen an das duale Berufsbildungssystem. Die Schulträger müssen dieser Verantwortung gerecht werden.

- den Zugang zu einer Zweitausbildung beziehungsweise einer Erstausbildung nach dem 30. Lebensjahr vereinfachen.

Arbeit in Brandenburg – existenzsichernd und familienfreundlich

Wir wollen die Rückkehr zum Normalarbeitsverhältnis – einen statt mehrerer Jobs mit einer armutsfesten Entlohnung, von der man leben kann. Von einer positiven Wirtschaftsentwicklung müssen auch die Arbeitnehmer*innen profitieren – sie muss auch zu steigenden Löhnen führen, die Kaufkraft und Binnennachfrage stärken. Dazu gehört auch die Durchsetzung von gleichem Lohn für gleiche Arbeit – für Ost und West ebenso wie für Frauen und Männer. Die Leiharbeit wollen wir begrenzen und langfristig abschaffen.

Insbesondere die Bekämpfung der Langzeiterwerbslosigkeit wollen wir ausweiten. Erwerbslosigkeit ist kein individuelles Versagen, es ist ein gesellschaftliches und politisches Versagen. Wir geben niemanden auf. Was wir auf Landesebene tun konnten, um Erwerbslosigkeit und insbesondere Langzeiterwerbslosigkeit zu verringern, haben wir getan. Das Land hat erstmals eine Verein-

barung »aktiv – gemeinsam – wirksam« mit der Regionaldirektion Berlin-Brandenburg der Bundesagentur für Arbeit unterzeichnet, um Erwerbslose besser zu unterstützen und in Erwerbstätigkeit zu bringen. Daran wollen wir in der kommenden Wahlperiode anknüpfen. Wir wollen prüfen, wie die vereinbarten Maßnahmen gewirkt haben und mit einer neuen Vereinbarung mit die Möglichkeiten der Bundesagentur und des Landes verbinden und Bundesmittel und -programme bestmöglich für Brandenburg nutzen. Unser Ziel ist es, allen, die wollen, den Weg in reguläre Erwerbstätigkeit zu ebnet.

Neben der Fortführung des Programms »Integrationsbegleitung für Langzeitarbeitslose und Familienbedarfsgemeinschaften« wollen wir den mit den Sozialbetrieben initiierten Ansatz zu einem öffentlich geförderten Beschäftigungssektor (ÖBS) ausbauen. Die mit dem Teilhabechancengesetz (§ 16i und § 16e SGB II) verbundenen Möglichkeiten wollen wir intensiv nutzen und in unsere Landesprogramme einbinden. Gesellschaftlich wichtige Arbeit soll in dauerhafte, sichere und armutsfeste Beschäftigungsverhältnisse in öffentlicher Verantwortung überführt werden.

Gute Arbeit durchsetzen: Armutsfeste Löhne sichern und Tarifbindung ausweiten

Gute Arbeit bedeutet mehr als gute Löhne. Sie bedeutet flexible Arbeitszeitmodelle, die sich an den Interessen und Lebenswirklichkeiten der Arbeitnehmer*innen orientieren, sie bedeutet Bildungs- und Aufstiegschancen, sie bedeutet die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Standards hierfür weiterzuentwickeln

und durchzusetzen ist zentrales Anliegen LINKER Politik.

Das Brandenburger Bündnis für gute Arbeit wollen wir auch künftig stärken. Eine der wichtigsten Aufgaben dieses Bündnisses ist die Ausweitung der Tarifbindung. Nur noch 18 Prozent der Brandenburger Unternehmen sind in der Tarifbindung und nur 45 Prozent der Beschäftigten arbeiten in tariflich gesicherten Arbeitsverhältnissen. Diesen Missstand wollen wir weiter bekämpfen.

Wir wollen:

- einen armutsfesten Vergabemindestlohn. Um im Alter eine Rente über der Grundsicherung zu erhalten muss ein*e Arbeitnehmer*in im Moment 13 Euro pro Stunde verdienen. Wir werden deshalb den Vergabemindestlohn auf diese Höhe anpassen und jährlich überprüfen.
- öffentliche Aufträge und Förderungen an eine Tariftreuerregelung binden.
- zeitgemäße und flexible Arbeitszeitmodelle, die die Bedürfnisse von Familien und Alleinerziehenden berücksichtigen, ein betriebliches Gesundheitsmanagement sowie die Einhaltung des Teilzeitgesetzes. Neben dem Recht auf Teilzeit muss auch das Recht auf Rückkehr in eine Vollzeitbeschäftigung umgesetzt werden.
- flexible Angebote der Nachmittagsbetreuung, insbesondere für Alleinerziehende und Kinder mit Behinderungen.
- die »Servicestelle Arbeit und Elternzeit« in eine institutionelle Förderung überführen, um das

Beratungsangebot dauerhaft aufrechterhalten zu können.

Gute Arbeit bedeutet auch gute Möglichkeiten zur Weiterbildung. Deshalb wollen wir:

- die Möglichkeiten des Brandenburgischen Weiterbildungsgesetzes bekannter machen und dafür sorgen, dass mehr Beschäftigte und Unternehmen die dort enthaltenen Möglichkeiten nutzen.

- eine Verlängerung des Landesbildungsurlaubes, um im Zuge der Digitalisierung den zunehmenden Weiterbildungsbedarf zu decken.

Saisonarbeiter*innen haben besonders mit prekären Arbeitsbedingungen zu kämpfen. Deshalb will DIE LINKE mit den zuständigen Verbänden Grundstandards für Saisonarbeitsverträge vereinbaren. Damit sollen in diesem Bereich menschenwürdige Arbeitsbedingungen dauerhaft sichergestellt und das Unterlaufen gesetzlicher Regelungen, z. B. durch die Verrechnung von Mieten und weiteren Leistungen mit dem Mindestlohn, wirksam unterbunden werden.

Schwarzarbeit schadet nicht nur dem Land und der Wirtschaft, sondern vor allem auch den betroffenen Arbeitnehmer*innen. Wir wollen sie deshalb weiter konsequent bekämpfen. Die Erfahrungen des Südbrandenburger Bündnisses gegen Schwarzarbeit müssen deshalb für das gesamte Land nutzbar gemacht werden. Ebenfalls verstärken wollen wir die Anstrengungen zur Einhaltung des Arbeits- und Gesundheitsschutzes. Einen Aufwuchs der personellen Kapazitäten für entsprechende Kontrollen werden wir prüfen.

Gleicher Lohn für gleiche Arbeit muss selbstverständlich sein. Wir werden alle Möglichkeiten ausschöpfen, um die Einhaltung des Lohntransparenzgesetzes und des Landesgleichstellungsgesetzes für diese Belange konsequent durchzusetzen.

Den öffentlichen Dienst stärken

Die öffentliche Hand ist eine der größten Arbeitgeberinnen im Land. Daraus erwächst auch eine besondere Verantwortung für die Sicherung von guten Arbeits- und Lebensbedingungen.

Wir wollen uns weiter für attraktive Bedingungen im öffentlichen Dienst einsetzen. Wir werden auch weiterhin die Ergebnisse von Tarifverhandlungen zeit- und wirkungsgleich auf die Besoldung der Beamt*innen des Landes übertragen. Auch damit gewährleisten wir, dass die Brandenburger Landesverwaltung sich als attraktive Arbeitgeberin präsentieren kann. Auch den eingeschlagenen Weg, die sachgrundlosen Befristungen im öffentlichen Dienst zurückzufahren, werden wir weiter mit dem Ziel gehen, auf sachgrundlose Befristungen ganz zu verzichten.

Wir wollen bundeseinheitliche Regelungen prüfen, inwieweit Vorsorge für die künftigen Ruhegelder der Beamt*innen getroffen werden können. Wir setzen uns dafür ein, dass die Zuführungen an den Brandenburgischen Versorgungsfonds verstärkt nachhaltig und ethisch verantwortbar (soziale und ökologische Investments) angelegt werden.

In der Landesverwaltung steht ein tiefgreifender Generationswechsel bevor. In den kommenden Jahren

werden rund 6 000 der rund 49 000 Beschäftigten ihren wohlverdienten Ruhestand antreten. Deshalb stellen wir über Bedarf ein, um schon jetzt den demografischen Wandel gestalten zu können. Mit unserem Modell für Nachwuchskräfte, welches wir auf über 600 Stellen aufgestockt haben, versuchen wir, das fachliche Know How zu sichern und den Wissenstransfer zu ermöglichen. Gleichzeitig haben wir den Stellenabbau gestoppt oder Einstellungskorridore eröffnet und damit begonnen, gezielt die Attraktivität des öffentlichen Dienstes zu stärken. Diesbezügliche Stichworte sind höhere Eingangsämter für Lehrkräfte, Polizist*innen, Finanzbeamten*innen und Justizwachmeister*innen, das Altersteilzeitmodell für die Forst, die Einführung der freien Heilfürsorge und die Aufstockung der Erschwerniszulagen.

Den im öffentlichen Dienst Beschäftigten wollen wir bessere Aufstiegschancen ermöglichen. Wir werden dafür die im Rahmen der Bundesgesetzgebung möglichen Veränderungen für einen einfacheren Laufbahnwechsel durchführen.

Zusätzlich wollen wir:

- sachgrundlose Befristungen in unbefristete Stellen umwandeln und befristete Beschäftigung insgesamt deutlich einschränken.
- eine Beförderungsrichtlinie für Beschäftigte im Landesdienst schaffen.
- ein landeseinheitliches Gesundheitsmanagement umsetzen und die vereinbarten Mittel von 50 Euro pro Beschäftigte*r und Jahr zielgerichtet einsetzen.

- die kulturelle Öffnung der Verwaltungen vorantreiben.

- den Generationswechsel in den öffentlichen Verwaltungen dafür nutzen, den Frauenanteil in Führungspositionen deutlich auszubauen. Dies wollen wir mit einem Mentoring-Programm sowie Coaching- und Weiterbildungsangeboten für Frauen in Führungspositionen unterstützen.

- nur Entgelte im öffentlichen Dienst, die in Vollzeit zu einem Anspruch aus der gesetzlichen Rentenversicherung über dem Grundsicherungsniveau führen.

Für einen starken öffentlichen Beschäftigungssektor

Mit den Sozialbetrieben haben wir ein Instrument initiiert, mit dem Langzeitarbeitslosigkeit wirksam bekämpft und gleichzeitig wichtige gesellschaftliche Aufgaben übernommen werden können. Dieses Modell wollen wir zu einem dauerhaften, öffentlich geförderten Beschäftigungssektor ausbauen. In einem ersten Schritt soll das Tätigkeitsspektrum der Sozialbetriebe insbesondere mit Blick auf kommunale Bedarfe ausgebaut werden, beispielsweise in den Bereichen Infrastruktur, Soziales, Kinder- und Jugendarbeit, Sport, Kultur und Bildung. Das Landesprogramm »Arbeit für Brandenburg« wollen wir wieder aufgreifen. Mit speziellen Qualifizierungsangeboten, die sich am tatsächlichen Fachkräftebedarf insbesondere im Bereich sozialer und gemeinnütziger Arbeit orientieren, wollen wir auch Langzeiterwerbslosen und Migrant*innen eine dauerhafte Integration in Arbeit erleichtern.

Brandenburgs Wirtschaft – vielfältig, leistungsstark und wandlungsfähig

Stärke durch Vielfalt

In Brandenburg finden kleine Unternehmen, Freiberufler*innen, ein breiter Mittelstand und internationale Konzerne gleichermaßen gute Rahmenbedingungen vor. Innovatives Handwerk und produzierendes Gewerbe, ein umfangreicher Branchenmix und eine deutschlandweit einmalig dichte Forschungs- und Wissenschaftslandschaft ergeben in enger Kooperation ein starkes Fundament für eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung Brandenburgs. Die Klein- und Mittelständischen Unternehmen (KMU) sind das Rückgrat der Brandenburgischen Wirtschaft. 88,5 Prozent aller Unternehmen haben weniger als 10 Beschäftigte. Auch die Unternehmen im Bereich der Industrie sind zum großen Teil klein- und mittelständisch geprägt. Die industriepolitische Herausforderung besteht darin, die industrielle Basis weiter zu entwickeln und das Land moderner, ökologisch orientierter und internationaler zu profilieren. Die Verbesserung der Rahmenbedingungen für industrielle Produktion und Wertschöpfung in Brandenburg sind wichtige Elemente einer aktiven Industriepolitik – ebenso wie eine noch stärkere nachhaltige und ökologisch ausgerichtete industrielle Erzeugung. Neben der Unterstützung von öffentlichen Unternehmen, der Förderung von KMU und Handwerk stellt eine sektorenübergreifende Industrie- und Technologiepolitik in Verbindung mit den Hoch- und Fachschulen

sowie den Forschungseinrichtungen ein wichtiges Element unserer Wirtschaftspolitik dar. Im Sinne einer nachhaltigen wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung geht es um den Um- und Ausbau bestehender Industrie- und Technologiestrukturen sowie die Entwicklung und Ansiedlung zukunftsfähiger Industrie- und Technologiefelder.

Das Handwerk ist ein wesentlicher Bestandteil unserer Wirtschaftslandschaft und prägt die regionale Wertschöpfung in Brandenburg entscheidend mit.

Es leistet einen wichtigen Beitrag bei der Ausbildung junger Menschen und ist von hoher beschäftigungspolitischer Bedeutung.

Der Strukturwandel in der Lausitz wird eine der zentralen Herausforderungen für die kommenden Jahre sein. Die Lausitz verfügt über wichtige Grundlagen und Potenziale, um auch unter veränderten energiepolitischen Rahmenbedingungen weiterhin eine starke Energieregion zu bleiben. Diese Entwicklung gilt es bewusst zu steuern. Neben den finanziellen Strukturhilfen von rund 18 Milliarden Euro in den kommenden 20 Jahren für die Lausitz soll auch die Ansiedlung von Bundesbehörden in der Region erfolgen.

Insbesondere die Landwirtschaft, aber auch andere Wirtschaftszweige, wurden von den Russlandsanktionen direkt durch Handelsbeschränkungen und indirekt durch sinkende Preise hart getroffen. Russland ist einer der wichtigsten Handelspartner Brandenburgs. Wir stehen für eine sofortige Beendigung der Sanktionen, welche bisher keine politische Wirkung gezeigt haben.

Reiseland Brandenburg ganzheitlich und nachhaltig weiterentwickeln

Ein erfolgreicher Tourismus hebt das Image unseres Landes und schafft neue Identifikationsmöglichkeiten und Lebensqualität für die Bevölkerung.

Mit elf Naturparks, drei Biosphärenreservaten und einem Nationalpark sowie einem UNESCO-Weltnaturerbe steht ein Drittel der Fläche Brandenburgs unter naturräumlichem Schutz. Der Tourismus in Brandenburg lässt viel Raum zum Durchatmen: beim Radfahren, Wandern und Wassersport beziehungsweise -tourismus. Wer im Reiseland Brandenburg unterwegs ist, wird ganz automatisch auch zum Kulturreisenden.

Der Tourismus in Brandenburg ist einer der wichtigsten Wirtschaftszweige gerade auch in den ländlichen Räumen. Die Branche bietet vielen Menschen Arbeitsplätze – allerdings oft in schlecht bezahlten und prekären Beschäftigungsverhältnissen. Wir stehen für nachhaltigen, innovativen, barrierefreien und soziale Standards gewährleistenden Tourismus.

Wir wollen:

- die Förderung von existenzsichernden touristischen Angeboten.
- den Ausbau von ganzheitlichen und ganzjährigen Angeboten.
- eine stärkere Verzahnung von Erlebnis- und Kulturtourismus mit Gesundheits- und Wellnesstourismus.
- die Unterstützung von Investitionen für gemeinnützigen Einrichtungen des Kinder- und Jugendtourismus.

- die Verbesserung der Koordination auf Landesebene für einen verbesserten Ausbau und Erhalt von wassertouristischer Infrastruktur, z. B. durch einen Wassertourismusbeauftragten.

Wirtschaft in sozialer Verantwortung

Wir setzen uns für eine regionale, nachhaltige, klimagerechte und sozialgerechte Wirtschaft ein. Wir wollen, dass regionale Wirtschaftskreisläufe, Wertschöpfung vor Ort gestärkt wird und vor Ort bleibt. Deshalb wollen wir regional verankerte Wirtschaftsakteur*innen stärken und verstärken die Wirtschaftsförderung in Brandenburg an gemeinwohlorientierten, genossenschaftliche und Mitarbeiter*innenunternehmen bei Neugründungen und Unternehmensnachfolgen ausrichten.

Wir wollen die tragenden Säulen der Brandenburger Wirtschaft – das Handwerk und den Mittelstand – weiter unterstützen. Vor allem in den Bereichen Berufsausbildung und Unternehmensgründungen und -nachfolge wollen wir mit gezielten Maßnahmen zur Fachkräftesicherung und zur Zukunftssicherung der Unternehmen beitragen.

Vor allem die Unternehmen haben eine Verantwortung für die Gewinnung und Bindung von Fachkräften. Dazu gehört die Sicherung attraktiver Arbeitsbedingungen, u. a. durch eine faire, leistungsgerechte Bezahlung, die Schaffung von unbefristeten Vollzeitarbeitsplätzen und die Begrenzung von Leiharbeit, Maßnahmen der Frauenförderung und Ausbildung sowie die Vertretung durch einen Betriebsrat. Wo dies nötig ist, wollen

wir mit gezielten Maßnahmen unterstützen: Zukunftsfähigkeit fördern, Fachkräfte gewinnen, den Strukturwandel aktiv gestalten.

Wir wollen die Wirtschaftsförderung des Landes auch künftig auf den sozial-ökologischen Umbau und auf die Zukunftsfelder wie z. B. Klima- und Umwelttechnologien, Energietechnologien, Gesundheitswirtschaft, Informations- und Kommunikationstechnologien, Werkstoff- und Produkttechnologien etc. konzentrieren. Auch die Wirtschaftsförderung muss ihren Beitrag leisten, um die 100 Prozent erneuerbare Energieversorgung bis 2030 rechnerisch sowie das Nettonull-Emissionsziel bis 2035 in der Energieerzeugung in Brandenburg zu erreichen. Fairen Handel und klimagerechte Produktionsweise wollen wir mit dem Instrument der Vergabe stärken. Die Ausweitung von Vergabekriterien stößt sowohl bei Vergabestellen als auch Auftragnehmer*innen auf Vorbehalte. Wir wollen eine Vergabekommission beim Wirtschaftsministerium einrichten, die bestehende Strukturen aufwertet, fachlich und personell stärkt, um öffentliche Vergabestellen zu unterstützen, die Umsetzung von erweiterten Kriterien einfach und klar für Auftragnehmer*innen und Vergabestellen zu gestalten und welche die Kompetenz hat, die Einhaltung von Kriterien zu kontrollieren. Innovative, genossenschaftliche oder gemeinwohlorientierte Unternehmensgründungen, insbesondere, wenn sie Lücken in regionalen Wertschöpfungsketten schließen und sich am Bedarf der Menschen vor Ort orientieren, wollen wir durch eine flächendeckende Beratungsstruktur in Gründungszentren und die Bereitstellung preisgünstiger Gewerbeflächen unterstützen.

Dagegen soll die brandenburgische Wirtschaftsförderung keinem Rüstungsunternehmen zu Gute kommen. Dem militärischen Teil der Internationalen Luftfahrtausstellung (ILA) stehen wir weiterhin ablehnend gegenüber.

Wir setzen uns dafür ein, dass analog zu Berlin auch in Brandenburg Meister*innen aus dem Maurer*innen- und Betonbauer*innenhandwerks, den Zimmereibetrieben und staatlich geprüfte Techniker*innen der Fachrichtung Bautechnik mit der sogenannten Kleinen Bauvorlageberechtigung eingeschränkt bauvorlageberechtigt werden. Die von uns im Jahr 2015 eingeführte Meister*innenprämie ist ein erster wichtiger Schritt hin zur Kostenfreiheit der Meister*innenausbildung in Brandenburg. Sie sichert Unternehmensnachfolgen und Neugründungen im Handwerk. Wir wollen diese Förderung fortsetzen und die Meister*innenausbildung analog zur akademischen Bildung perspektivisch völlig kostenfrei stellen.

Mit Energie und Leidenschaft – für die Lausitz!

DIE LINKE ist sich der wirtschaftlichen Bedeutung der Braunkohle für die Lausitz bewusst. Der Braunkohleabbau wird und muss aber zweifellos zu Ende gehen. Uns ist bewusst, dass die Lausitz nach der Wende bereits einen Strukturbruch noch größeren Ausmaßes erlebt hat und damals das Versprechen blühender Landschaften auch und gerade dort nicht eingelöst wurde. Vor diesem Erfahrungshintergrund ist eine verlässliche, respektvolle und ehrliche Politik umso wichtiger, um verlorenes Vertrauen zurück zu gewinnen. Der Einstieg

in den Kohleausstieg und die damit verbundene Strukturentwicklung in der Lausitz ist einer der anspruchsvollsten Transformationsprozesse im Land, den wir gestalten und begleiten müssen.

Wir wollen die Region langfristig als Industriestandort erhalten und weiterentwickeln. Die vorhandene Leitungs-Infrastruktur und die Kompetenzen der Fachkräfte sollen Ausgangspunkt für diese wirtschaftliche Weiterentwicklung sein. Sonnen- und Windenergie sind die neuen Energieträger. Dafür bedarf es jedoch auf Bundesebene notwendiger Weichenstellungen, damit die notwendige Sektorkopplung greift und auch wirtschaftlich tragen kann.

Es gilt, für die jetzt in den Tagebauen, den konventionellen Kraftwerken und in den Zuliefererbetrieben Beschäftigten, langfristig hochwertige Arbeitsplätze in der Region zu sichern und zu schaffen.

Zum Industriestandort gehört für uns der Ausbau von Bahnstrecken, Forschung und Wissenschaft, Wirtschafts- und Innovationsförderung, die Stärkung der Zivilgesellschaft und weiterer weicher Standortfaktoren, wie beispielsweise die Kulturförderung.

Wir wollen:

- die Ansiedlung von Bundeseinrichtungen in der Region.
- eine handlungsfähige, länderübergreifende regionale Wirtschaftsförderung für die Lausitz, in der die vorhandenen kleinteiligen Strukturen der regionalen Wirtschaftsförderung der Landkreise der Lausitz aufgehen.

- die strukturelle Einbeziehung gesellschaftlicher Akteur*innen aus der Region in die Planung und Umsetzung von Vorhaben in der Region.

- den Ausbau der vorhandenen Infrastruktur als Gemeinschaftsaufgabe von Bund und Land. Dazu gehört für uns in erster Linie der schienengebundene Nah- und auch der grenzüberschreitende Fernverkehr.

- die Verbesserung der digitalen Infrastruktur. Neben den bereits zugesagten Mitteln für den Glasfaserausbau wollen wir die Lausitz zu einer 5G-Modellregion ausbauen.

- die Maßnahmen zur Sanierung der ökologischen Altlasten weiterführen. Daher streiten wir für ein neues Verwaltungsabkommen zwischen dem Bund und den Ländern auch nach dem Jahr 2022.

- uns für eine Bodenpolitik einsetzen, die dafür sorgt, dass die neu entstehenden landwirtschaftlichen Flächen in der Bergbaufolgelandschaft den Lausitzer Landwirt*innen gehören und von ihnen bewirtschaftet werden können.

- aufbauend auf der Landestourismuskonzeption Brandenburg schrittweise die vorhandenen Reiseregionen zu einer gemeinsamen »Reisemarke Lausitz« länderübergreifend zusammenführen.

Digitalisierung – für mehr Teilhabe am Leben!

Ohne Netz ist alles nix!

Zentrale Voraussetzung für einen digitalen Wandel, von dem alle Einwohner*innen profitieren können,

ist die freie Verfügbarkeit von Internetzugängen und eine leistungsfähige Netz-Infrastruktur.

Die Gewährleistung einer flächendeckenden Breitband-Infrastruktur und einer flächendeckenden Mobilfunkversorgung liegt grundgesetzlich in der Verantwortung des Bundes. Die Versorgung mit mobilen Sprach- und Datendiensten ist aus Sicht der LINKEN Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Denn hier geht es um grundlegende Bedürfnisse in einer modernen Gesellschaft. Gleichwertige Lebensverhältnisse gibt es nicht mit »weißen Flecken«. Die Weiterentwicklung zur Gigabit-Gesellschaft und der neuen 5G-Welt kann nur erreicht werden, wenn der flächendeckende Ausbau mit 4G/LTE und Glasfaser realisiert wird.

Wir wollen:

- gegenüber der Bundesregierung darauf drängen, dass der Versorgungsauftrag gesetzlich geregelt wird.
- ergänzend zum Breitbandförderprogramm des Bundes ein Mobilfunkförderprogramm beim Bund.
- die Kommunen bei Vergabeverfahren zum Netzausbau unterstützen.
- eine Task-Force des Landes einsetzen, die dabei unterstützt, dass Fördermittel tatsächlich abgerufen und Hindernisse angegangen werden.
- die Kommunen dabei unterstützen, die Infrastruktur für die Breitbandversorgung in die eigenen Hände zu nehmen.
- die Zusammenarbeit zwischen der öffentlichen Hand und Freifunk-Initiativen fördern, um den Aufbau

flächendeckender, lokaler Zugangsstrukturen voranzutreiben.

- die Förderung von »gut vernetzten« Co-Working-Spaces insbesondere in den ländlichen Räumen.

Es ist nicht (nur) die Technik, sondern was wir daraus machen

Die soziale Gestaltung des digitalen Wandels im Einklang mit demokratischen Grundwerten und die Nutzung seiner Chancen für mehr Transparenz und Partizipation und nicht zuletzt für neue, flexiblere Organisationsformen der Arbeitswelt im Sinne der Beschäftigten ist eine wichtige politische Herausforderung der kommenden Jahre.

Die vielfältige und innovative Startup-Szene in Brandenburg benötigt Unterstützung und Förderung auch über die Gründungsphase hinaus. Die Entwicklung digitaler Kompetenzen und die Gewinnung von Mitarbeiter*innen wird für die klein- und mittelständische Wirtschaft immer mehr zum entscheidenden Wettbewerbsfaktor. Intelligente Herstellungsverfahren erhöhen Effizienz und Produktivität. In all diesen Bereichen besteht ein erhöhter Förder- und Beratungsbedarf, den wir absichern wollen. Prekäre Beschäftigungsformen wollen wir dabei von vornherein durch geeignete Maßnahmen verhindern.

Deshalb wollen wir:

- Beratungs- und Unterstützungsangebote für Unternehmen wie das »Innovationszentrum Moderne Industrie Brandenburg«, das »Mittelstand 4.0-Kompetenzzentrum« sowie die Anlauf- und Beratungsstelle »Digitalwerk – Zentrum für Digitalisierung im Handwerk und Mittelstand« weiter zielgerichtet ausbauen.

- die Innovationsorientierung der Brandenburger Unternehmen stärken und sie bei zentralen Digitalisierungsprojekten unterstützen.

- die Fachkräftestrategie angesichts der Herausforderungen der Digitalisierung fortentwickeln und zu einer umfassenden Arbeitskräftestrategie für Brandenburg ausbauen.

- die Digitalisierung lokaler Fortund Weiterbildungsträger sichern – ihre Netzwerke vor Ort sind unverzichtbar.

Digitalisierung zum Gewinn für alle machen

Wir werden die Voraussetzungen dafür schaffen, dass alle Einwohner*innen und Unternehmen, die das wollen, Verwaltungsdienstleistungen digital und unabhängig von festen Sprech- und Öffnungszeiten nutzen können. Dazu sind Bund, Länder und Kommunen bis 2022 auch gesetzlich verpflichtet.

E-Government ist eine Grundvoraussetzung für E-Demokratie: Der Ausbau direktdemokratischer Elemente auf der Basis digitaler Technologien setzt die unmittelbare Zugänglichkeit und Transparenz politischer Entscheidungen und Verwaltungsabläufe voraus. Doch offene Informationen und offene Daten sorgen nur bei jenen für mehr Mitwirkungsmöglichkeiten, die die Kompetenzen und Ressourcen haben, mit diesen umzugehen.

Deshalb wollen wir:

- den Aufbau eines Kompetenz- und Innovationszentrums, das Landes- und Kommunalbehörden dabei berät und unterstützt, eigene Fähigkeiten auszubauen und zu entwickeln, um

digitalgestützte Angebote, Arbeitsprozesse und die Organisationsentwicklung zu gestalten. Hier soll auch eine Kontaktstelle eingerichtet werden, die Personalräte unterstützt.

- eine umfassende und mit Controllingmaßnahmen versehene »Qualifizierungsstrategie Digitalisierung« auf allen Ebenen der öffentlichen Verwaltung.

- die Förderung von Kooperationsprojekten zwischen Verwaltung, Open-Data-Initiativen, Bildungseinrichtungen und andere Partner*innen, um Verwaltungsdaten gemeinwohlorientiert zu nutzen und die nutzer*innenorientierte Umgestaltung öffentlicher Angebote zu unterstützen.

- durch öffentliche Gelder finanzierte IT-Systeme den Einwohner*innen zur Nutzung, Bearbeitung und Weitergabe zur Verfügung stellen. Deswegen wollen wir alle öffentlichen Verwaltungen schrittweise auf Freie Software umstellen. Darüber hinaus soll Software, die mit öffentlichen Geldern finanziert oder kofinanziert wurde, unter Freien Lizenzen veröffentlicht werden.

- die Bereitstellung einer Partizipations- und Beteiligungsplattform, die die Landesverwaltung, Kommunen, aber auch zivilgesellschaftliche Verbände für direktdemokratische digitale Beteiligungsformen nutzen können – in einer ersten Stufe soll die Plattform der Zivilgesellschaft die Möglichkeit zur Stellungnahme bei Gesetzentwürfen bieten. Begleitet werden soll dies mit einem »Partizipationsmobil«, das mit niedrigschwelligen Angeboten vor Ort Station macht – um jene einzubinden, die nicht über die Kompetenzen verfügen, selbständig solche Plattformen zu nutzen.

Gesund leben in Brandenburg

Gesundheitliche Versorgung in allen Regionen

Gemeindeschwestern etabliert, Krankenhäuser erhalten

Gesundheit ist eine, wenn nicht gar die wichtigste Voraussetzung für ein selbstbestimmtes und glückliches Leben. Der Erhalt und die Wiederherstellung der Gesundheit der Menschen war und ist daher eine Aufgabe, der unsere besondere Aufmerksamkeit gilt. Ein bedeutender Anker für die gesundheitliche Versorgung sind dabei die Krankenhäuser im Land. DIE LINKE hat in der Landesregierung den Erhalt aller Standorte durchgesetzt. Die Investitionsförderung durch das Land ist ein wichtiger Bestandteil der Finanzierung der Krankenhäuser. Seit 1991 hat Brandenburg 5 Milliarden Euro in die Krankenhäuser im Land investiert, um sie zu modernern, vernetzten und zukunftsfähigen Gesundheitsversorgern weiterzuentwickeln. Digitalisierung und Barrierefreiheit nehmen dabei eine herausgehobene Position ein. Seit 2018 beträgt die jährliche Investitionspauschale 100 Millionen Euro. Dieses Finanzierungsniveau wollen wir auf jeden Fall beibehalten und wenn nötig erhöhen. Gleichzeitig werden wir die Mittel aus dem Strukturfonds II des Bundes vorrangig für die Bildung von Zentren zur Behandlung von seltenen, komplexen oder schwerwiegenden Erkrankungen, für die Bildung integrierter Notfallstrukturen, die Telemedizin, Krankenhausverbände,

Informationssicherheit und zusätzliche Ausbildungskapazitäten einsetzen.

Wohnortnahe Versorgung ausbauen

Wir möchten für alle Patient*innen eine bestmögliche und wohnortnahe Versorgung durch Haus- und Fachärzt*innen gewährleisten und durch die enge Zusammenarbeit mit Gesundheitsdienstleistern regionale Strukturen erhalten und schaffen, die geeignet sind, eine qualitativ hochwertige ambulante Versorgung sicherzustellen.

Mehr als 4 200 niedergelassene und angestellte Ärzt*innen sowie Psychotherapeut*innen stellen die ambulante Versorgung der Bevölkerung in Brandenburg wohnortnah sicher, dies sagt aber nichts über die regionale Verteilung der medizinischen Einrichtungen im ländlichen Raum aus.

Eine qualitativ hochwertige ambulante Versorgung durch niedergelassene Ärzt*innen und weitere Gesundheitsberufe (Physiotherapie, Ergotherapie etc.) ist von großer Bedeutung – auch zur Vermeidung stationärer Behandlungen. Trotz aller Anstrengungen, beispielsweise für eine bessere Vergütungsstruktur bei Hausärzt*innen, liegt die Zahl der zu versorgenden Patient*innen pro Arztsitz in Brandenburg immer noch deutlich höher als im Bundesschnitt. Aus diesem Grund hat DIE LINKE in der Landesregierung die Einführung der Gemeindeschwester AGnES durch-

gesetzt. AGnES steht für Arztentlastende Gemeinde-nahe E-Health-gestützte Systemische Intervention. Durch die Delegation bestimmter ärztlicher Tätigkeiten auf speziell geschulte Mitarbeiter*innen erreichen wir eine nachhaltige Entlastung der Hausärzt*innen bei einer gleichzeitigen Verbesserung der Versorgungssituation im ländlichen Raum.

Ambulante Medizin findet in zahlreichen strukturellen Ausprägungen statt: von der Einzelpraxis über Gemeinschaftspraxen, überörtliche Berufsausübungsgemeinschaften, Zweigpraxen, Ärztenetzen und Ärztehäusern bis hin zu Medizinischen Versorgungszentren (MVZ). Das sind wichtige Bausteine, um unseren Versorgungsgrundsatz »ambulant vor stationär« zu sichern. Ebenso wichtig ist in einer immer älter werdenden Gesellschaft der Grundsatz »Prävention vor Rehabilitation«, dem wir künftig deutlich mehr Beachtung schenken wollen. Je besser präventive Maßnahmen greifen, desto mehr wird Krankheit, Pflegebedürftigkeit, Pflegehochbedürftigkeit und Multimorbidität verhindert. Das ist nicht nur im Interesse der Betroffenen selbst, sondern kann auch dem zunehmenden Fachkräftemangel im Pflege- und Gesundheitsbereich entgegenwirken.

Moderne Krankenhäuser zukunftsfest machen

Wir wollen die Krankenhäuser nicht nur erhalten, sondern gemeinsam mit den Selbstverwaltungsstrukturen, mit Beschäftigten und Patient*innenvertretungen zu modernen und leistungsfähigen, sektorenübergreifenden ambulanten-stationären Versorgungszentren weiterentwickeln.

Gerade kleine Häuser sind wichtige Anker der Gesundheitsversorgung in den ländlichen Räumen, um die Wege für Patient*innen nicht zu weit werden zu lassen. Gleichzeitig ist es wichtig, auch eine flächendeckende Notfallversorgung zu sichern. Deshalb haben wir uns auf Bundesebene dafür eingesetzt, dass gerade Flächenländer selbst entscheiden können, wo Rettungsstellen gebraucht werden. Die dadurch erkämpften Ausnahmeregelungen werden wir konsequent anwenden – die betreffenden Kliniken nehmen dann weiter an der Notfallversorgung teil und werden von sonst üblichen Abschlägen befreit.

Aus unserer Sicht wird die Gemeinsame Krankenhausplanung mit Berlin die Grundlage für Kooperation auf Augenhöhe in der Gesundheitsregion Berlin-Brandenburg sein. Statt eines ungezügelter Verdrängungswettbewerbs setzen wir auf kooperative Bewältigung der anstehenden Herausforderungen. Die Gemeinsame Krankenhausplanung gewährleistet abgestimmte Versorgungsziele und Planungsgrundsätze, die für eine bedarfsgerechte und qualitätsorientierte Weiterentwicklung der Krankenhauslandschaft sorgen.

Das darf jedoch nicht zu Lasten der Spitzenmedizin in Brandenburg gehen. Für uns ist klar: Wir wollen Fachkliniken erhalten und werden nicht zulassen, dass Brandenburg nur auf Grundversorgung und Rehabilitation reduziert wird.

Rehabilitationskliniken stärken

Rehabilitationskliniken sind wichtig für die weitere medizinische Versorgung nach einem Krankenhausaufenthalt wie auch zur Prävention.

Jedoch sind sie nicht ausreichend finanziell ausgestattet. So haben sie keinen Anspruch auf eine Digitalisierungspauschale wie die Akutkliniken. Durch die geringen Entschädigungssätze sind die Investitionen zur baulichen und energetischen Erneuerung nur schleppend möglich. Wir werden deshalb ein Landesprogramm »Starke Rehabilitationskliniken« einführen.

Öffentlicher Gesundheitsdienst – attraktiv und modern

Wir wollen eine weitere Stärkung des öffentlichen Gesundheitsdienstes im Land Brandenburg. Die Gesundheitsämter in den Landkreisen und kreisfreien Städten sollen durch Fachpersonal und gute Weiterbildungsangebote noch besser in die Lage versetzt werden, ihre Aufgaben im Kinder- und Jugendzahnärztlichen Dienst, beim sozialpsychiatrischen und sozialmedizinischen Dienst und in der Umweltmedizin zu erfüllen. Gleichzeitig werden wir eine Informationskampagne zu den Aufgaben des öffentlichen Gesundheitsdienstes starten. Die schrittweise Anpassung der Gehälter des öffentlichen Gesundheitsdienstes an die Tarife der Akutkliniken werden wir angehen.

Medizinische Versorgung braucht gutes Personal

Im medizinischen Bereich herrscht ein bundesweiter Fachkräftemangel. Das betrifft sowohl Ärzt*innen als auch das Pflegepersonal, Hebammen und Therapeut*innen. Das Land hat ein Landärzte-Programm aufgelegt, das durch Stipendien die Gewinnung von Nachwuchs-Ärzt*innen für den ländlichen Raum sichern soll.

Außerdem wurden die Ausbildungssätze für Pflegeschulen nach oben korrigiert und die Pflegeschulen werden bei der Erarbeitung der Curricula zur Umsetzung der generalistischen Pflegeausbildung mit 5 Millionen Euro unterstützt. Das ist bundesweit einmalig!

Insbesondere die stationäre Pflege braucht einen verbindlichen Mindest-Personalschlüssel, mehr Zeit für die Pflege der Patient*innen. Die Arbeitsbedingungen in der Pflege müssen verbessert werden, u. a. durch die Ermöglichung flexiblerer Arbeitszeitmodelle und eine bessere Bezahlung der Pflegekräfte. Zur Unterstützung des Pflegepersonals brauchen wir Sozialarbeiter*innen in den Einrichtungen.

Für Hebammen gibt es in Brandenburg zwei staatlich anerkannte Ausbildungsstätten – Cottbus/Chósebuz und Eberswalde. Die zweite Schule in Eberswalde wurde zum Herbst 2017 eröffnet – dadurch konnten die Ausbildungskapazitäten schrittweise von 15 auf aktuell 75 Auszubildende pro Jahr erhöht werden. Gleichzeitig ist die anstehende Akademisierung der Hebammenausbildung eine große Herausforderung. Im Zuge der Umsetzung muss geprüft werden, ob ein weiterer Standort für die Hebammenausbildung im Norden und/oder Westen Brandenburgs etabliert werden kann. Dabei ist eine Kooperation mit Medizinischen Hochschule Brandenburg wünschenswert. Das Programm »National Matching« zur Integration von Flüchtlingen und Einwander*innen in das Brandenburger Gesundheitswesen werden wir in der nächsten Wahlperiode fortführen.

Versorgung sichern

Ein weiterer und zunehmend wichtiger Baustein in der gesundheitlichen Versorgung ist die Wahrung der Patient*innenrechte. Die Arzneimittel- und Patient*innensicherheit muss sowohl im Bund als auch im Land weiter gestärkt und kontrolliert werden. Jeder Mensch hat nicht nur das Recht auf eine umfassende und schnelle gesundheitliche Versorgung, sondern vor allem auch auf eine sichere. Zudem muss über die Patient*innenvertretung das Recht auf ein effizientes Beschwerdemanagement sichergestellt sein.

Um die gesundheitliche Versorgung in Brandenburg weiter zu verbessern, wollen wir:

- das Brandenburger Modell der Gemeindeschwester AGnES II als wesentlichen Baustein einer verlässlichen ambulanten Gesundheitsversorgung vor allem in den ländlichen Räumen flächendeckend ausbauen und verstetigen.
- das Hebammenprogramm des Landes fortführen und ausbauen. Dazu gehört für uns die Förderung der Akademisierung des Berufsbildes, die Etablierung von Ausbildungsmöglichkeiten an mehreren Standorten im Land, die Schaffung eines Vermittlungsportals, Zuschüsse für die Neugründung von HebammenPraxen sowie die Weiterentwicklung des Programms in enger Abstimmung mit den Brandenburger Hebammen.
- die Erarbeitung landesweiter Standards zur sicheren Geburt an den brandenburgischen Kliniken vorantreiben – unter Einbeziehung von Frauen- und Hebammenorganisationen.

Die Etablierung hebammengeführter Kreißsäle soll unterstützt werden.

- das Netz der kassenärztlichen Bereitschaftspraxen bei den Notfallambulanzen der Krankenhäuser weiter ausbauen, um perspektivisch ein flächendeckendes Angebot zu schaffen.
- die ambulante psychiatrische und psychotherapeutische Versorgung weiter ausbauen, insbesondere in den ländlichen Räumen.
- Modellprojekte unterstützen, die eine engere Kooperation zwischen niedergelassenen Ärzt*innen und Krankenhäusern zum Ziel haben.
- die Ressourcen der Telemedizin als zusätzliches Angebot, vor allem zur schnellen Überwindung von Entfernung und in der Nachbehandlung von Patient*innen nutzen. Dazu sind entlastende, telemedizinische und mobile Dienste in Brandenburg weiter auszubauen. Das betrifft die medizinische Behandlung, die allgemeine Versorgung, die Organisation der gesundheitlichen Dienste bis hin zu Beauftragung, Diagnose und Abrechnung.
- uns gegenüber dem Bund dafür einsetzen, dass die Richtlinien zur Versorgungsplanung des Gemeinsamen Bundesausschusses als Grundlage für die Zulassung von Ärzt*innen verschiedener Fachrichtungen grundlegend überarbeitet und auf den Versorgungsbereich »Mittelbereich« angepasst wird.
- Modelle mobiler ambulanter Versorgungsangebote wie »rollender Arztpraxen« oder Facharztsprechtage im ländlichen Raum in Brandenburg erproben.

- die Ausbildung medizinischen Fachpersonals, u. a. an der Medizinischen Hochschule Brandenburg weiter stärken und den Fokus dabei auf eine ergebnisorientierte Ausbildung, z. B. auch von Fachkräften mit Migrationshintergrund richten.
- die Aufsichtsbehörden in der Arzneimittelsicherheit weiter stärken und Patient*innenvertretungen ausbauen.
- die engagierte Umsetzung des Präventionsgesetzes weiter vorantreiben und gesundheitsorientierte Netzwerkstrukturen wie das »Netzwerk Gesunde Kinder«, das Bündnis »Gemeinsam Aufwachsen in Brandenburg« und das »Bündnis Gesund Älter Werden« in ihrer Arbeit unterstützen und fördern.
- bei der Bekämpfung von HIV einen Strategiewechsel vollziehen. Das neue Ziel muss die Verhinderung von Neuinfektionen in Brandenburg sein. Dazu wollen wir die Fördermittel für die AIDS-Hilfen deutlich aufstocken, unter anderem durch eine Personalanpassung der AIDS-Hilfe Cottbus an das Niveau der AIDS-Hilfe Potsdam. Zusätzliche Mittel wollen wir für die Aufklärung an Schulen und die Beratung zu PrEP (Vorsorgliche Einnahme von HIV-Medikamenten als Schutz vor Ansteckung) bereitstellen.
- erfolgreiche Programme wie »QS – Notfall« für Herzinfarkt- und ANNOTeM für Schlaganfall-Patient*innen verstetigen.

Impfpflicht einführen

Der Schutz der Bevölkerung, insbesondere der Kleinsten und

derjenigen, die aus gesundheitlichen Gründen nicht geimpft werden können, steht für uns über dem Recht auf körperliche Selbstbestimmung und dem Recht der Eltern auf Erziehung ihrer Kinder.

Aus diesem Grund setzen wir uns für eine verpflichtende Impfung von Kindern vor Aufnahme in eine Gemeinschaftseinrichtung, z. B. Kitas, ein. Der Impfschutz soll dabei die Krankheiten Masern, Mumps, Röteln und Windpocken umfassen. Wir fordern den Bund auf, die entsprechenden Regelungen bundesweit zu erlassen.

Prävention statt Sucht

Nach wie vor sind Alkohol und Zigaretten ein großes Problem in der Gesellschaft. Sie verursachen Krankheiten, führen in die Abhängigkeit und zu vorzeitigem Tod. Besondere Sorge macht uns der Vormarsch der gefährlichen Droge Crystal Meth, vor allem in Süd-Brandenburg.

Aber auch andere Abhängigkeiten wie Medien- oder Internetsucht nehmen zu. Vor ihnen können und dürfen wir nicht die Augen verschließen. Sie führen in die Isolation, Erwerbslosigkeit und in weitere multiple Konfliktlagen, die es zu bekämpfen gilt.

Bei der Suchtprävention müssen alle Akteur*innen gemeinsam eine wirksame Präventionsstrategie verfolgen, um Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene zu schützen. Die Suchtprävention und die Suchtkrankenhilfe müssen eng aufeinander abgestimmt und hinsichtlich neuer Suchtgefahren stets aufs Neue angepasst werden.

Die Erfahrungen zeigen, dass Drogenkonsum durch Verbote nicht

eingeschränkt, sondern gefährlicher wird. Viele Drogen werden unter den Rahmenbedingungen des Schwarzmarktes noch gefährlicher und tödlicher. Kriminalisierung und Ausgrenzung der Konsumenten tragen weder zur Sicherheit der Bevölkerung bei, noch sind sie eine wirkliche Hilfe für die Abhängigen. In der Drogenpolitik muss ein Umdenken erfolgen. Wir setzen auf Prävention, Information und Hilfe, statt Kriminalisierung aller, einschließlich der Sucht-Betroffenen. Auf Bundesebene setzen wir uns für eine präventiv orientierte Legalisierung von Cannabis ein.

Deshalb wollen wir:

- eine objektive Aufklärung im Rahmen des Schulunterrichts über mögliche Folgen des Drogen- und Medikamentenmissbrauchs ermöglichen.
- mehr Hilfe für Suchtkranke und deren Angehörige sowie psychosoziale Beratungs- und Betreuungsstellen und Streetworker*innen schaffen.
- die Suchtberatungsstellen stärken.
- die Schaffung von Drugchecking-Angeboten in Apotheken.
- uns auf Bundesebene für eine grundlegende Überarbeitung des Betäubungsmittelgesetzes einsetzen um die Kriminalisierung von Menschen durch Delikte wie Drogenkonsum und Drogenbesitz zu beenden. Als ersten Schritt wollen wir auf Landesebene eine Angleichung der strafbewehrten Freigrenze für den Eigenbedarf von THC-haltigen Produkten, wie sie in Berlin gilt.

Pflege in öffentlicher Verantwortung

Wachsender Pflegebedarf als zentrale Herausforderung

In Brandenburg leben derzeit etwa 130 000 pflegebedürftige Menschen. Diese Zahl wird aufgrund der demografischen Entwicklung und der steigenden Lebenserwartung in den nächsten Jahren weiter zunehmen. Etwa jede*r Dritte wird in der eigenen Häuslichkeit gepflegt, durch Angehörige oder auch mit Unterstützung von ambulanten Pflegediensten. Im Land gibt es ein dichtes Netz aus rund 490 stationären Pflegeeinrichtungen und rund 700 ambulanten Pflegediensten.

Bei einer unveränderten Entwicklung würden bis 2040 allein in Brandenburg 25 000 zusätzliche Stellen in der Pflege benötigt. Berücksichtigt man die Entwicklung des Fachkräftebestandes müssten über 70 000 Menschen zusätzlich für eine Tätigkeit in der Pflege gewonnen werden. Schon 2015 hat DIE LINKE in der Landesregierung deswegen die »Brandenburger Pflegeoffensive« auf den Weg gebracht. Mit der »Fachstelle für Pflege und Altern im Quartier«, der Einrichtung eines Kompetenzzentrums für Demenz sowie der Erarbeitung von Pflegedossiers für alle Landkreise und kreisfreien Städte und der Förderung innovativer Personaleinsatz- und Entwicklungskonzepte haben wir wichtige Grundlagen für die Zukunftsfähigkeit der Brandenburger Pflegelandschaft gelegt.

Pflegebedürftigkeit vermeiden, lokale Strukturen stärken

Durch gute Rahmenbedingungen für ein aktives und gesundes Alterwerden kann es gelingen, den Eintritt von

Pflegebedürftigkeit hinauszuzögern, den Pflegeaufwand zu verringern und vielleicht sogar ganz zu vermeiden. Einsamkeit macht krank. Eine gute Senior*innenpolitik ist somit auch präventive Pflegepolitik.

Für eine gute Pflege brauchen wir effektive Hilfe- und Pflegestrukturen vor Ort, die frühzeitig, verlässlich und aufeinander abgestimmt Pflegebedürftige und ihre Angehörigen beraten und dabei unterstützen, trotz der pflegebedingten Einschränkungen ein möglichst selbstbestimmtes und selbständiges Leben zu führen.

Die Ausbildungs- und Beschäftigungsbedingungen in der Pflege müssen attraktiver werden, damit deutlich mehr Menschen einen Pflegeberuf ergreifen und dort gern und lange tätig sind.

Deshalb wollen wir:

- das Netz der Pflegestützpunkte erhalten und weiter ausbauen. Hierzu muss eine enge Abstimmung zwischen den Trägern stattfinden.

- mit der Fachstelle »Altern und Pflege im Quartier im Land Brandenburg«, der Einrichtung eines »Kompetenzzentrum für Demenz für das Land Brandenburg«, der Erarbeitung von Pflegedossiers für alle Landkreise und die kreisfreien Städte fortführen und weiter ausbauen, um die Kommunen bei der Realisierung eines bedarfsgerechten Pflegeangebotes zu unterstützen.

- Qualifizierungs- und Kursangebote für pflegende Angehörige weiter ausbauen; beispielgebend ist hierfür das gemeinsam mit der AOK entwickelte Modell PfiFf (Pflege in der Familie fördern).

- Sogenannte »sorgende Gemeinschaften« als zentrale Elemente lokaler Hilfs- und Beratungsstrukturen fördern, insbesondere Treffs für Senior*innen und ihre Angehörigen.

- die psychologische Begleitung von pflegenden Angehörigen verbessern.

- mehr Plätze in staatlichen Pflege- und Gesundheitsschulen in Brandenburg schaffen und die Ausbildung kostenfrei gestalten.

- die Reform der Pflegeausbildung auch weiterhin begleiten und die notwendigen Mittel für die Umstellung der Ausbildung bei den Pflegeschulen bereitstellen.

- die Prüfmechanismen und Aufsichtsstrukturen für die Pflegequalität, aber auch zur Verhinderung von Abrechnungsbetrug verbessern.

- die Diskussion über die Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit der Schaffung einer Pflegekammer in der neuen Wahlperiode zum Abschluss bringen.

Wesentliche Rahmenbedingungen im Bereich der Pflege werden auf Bundesebene bestimmt. Wir werden uns auch in der kommenden Wahlperiode konsequent dafür einsetzen, diese Bedingungen zu verbessern.

Wir wollen:

- den Bund dazu bewegen, die Hürden für einen allgemeinverbindlichen Tarifvertrag in der Pflege deutlich abzusenken.

- gegenüber der Bundesregierung auf eine einheitliche Bezahlung der Pflege und vor allem auf die Beseitigung der Lohnunterschiede zwischen ambulanter und stationärer Pflege drängen.

-
- einen Mindestpersonalschlüssel für die pflegerische Versorgung in stationären Einrichtungen auf Bundesebene durchsetzen. Ebenso brauchen wir eine solidarische und gerechte Finanzierung der Pflege. Kostensteigerungen, z. B. durch höhere Löhne oder Investitionen in die Infrastruktur dürfen nicht den Pflegebedürftigen oder ihren Angehörigen aufgebürdet werden. Die Pflegeversicherung muss in diesem Sinne dringend reformiert und zu einer Pflegevollversicherung ausgebaut werden.
 - die Finanzierung alternativer Leistungsangebote prüfen, sofern professionelle Leistungen regional nicht verfügbar sind. So könnten z. B. Angehörige für Pflegeleistungen angestellt werden, sofern kein Pflegedienst zur Verfügung steht und ein Pflegebasiskurs absolviert wurde.
 - den Dokumentationsaufwand in der Pflege verringern, um wieder mehr Zeit für die Kernaufgaben und die Arbeit mit den zu Pflegenden zu schaffen.
 - die Verbesserungen der Leistungen für pflegende Angehörige u. a. durch ein höheres Pflegegeld, das Einkommensausfälle und den Pflegeaufwand ausgleicht und Rentenpunkte ansammelt.
 - das Bedarfsdeckungsprinzip im Pflegebereich konsequent durchsetzen und Einschränkungen beim Zugang zu professionellen Pflegesachleistungen aufheben.
 - Bedingungen schaffen, die den Aufbau einer bedarfsdeckenden Pflegeinfrastruktur in öffentlicher Hand ermöglichen.

Diskriminierungsfrei leben in Brandenburg

Die Bekämpfung von Rassismus, Sexismus und Mobbing sowie die Durchsetzung einer tatsächlichen Gleichstellung von Frauen und Männern sind wesentliches Ziel LINKER Politik. Deswegen haben wir 2013 die Antirassismusklausel in die Landesverfassung eingefügt. Unsere Forderung nach einem Landesantidiskriminierungsgesetz ist dagegen bisher nicht umgesetzt.

Wir haben eine Landesstelle für Chancengleichheit und Antidiskriminierung eingerichtet und personell ausgestattet. Diese sollte unter anderem auch den weiteren gesetzgeberischen Bedarf prüfen. Im Ergebnis der Prüfung stehen Regelungsbedarfe für die Durchsetzung konkreter Ansprüche, wie z. B. verbandsklageähnliche Instrumente und konkrete Sanktionsmöglichkeiten bei nachgewiesenen Diskriminierungsfällen im Zentrum erforderlicher gesetzlicher Bestimmungen. Eine weitere gesetzgeberische Lücke besteht in der fehlenden Erfassung der ca. 50 000 Brandenburger Studierenden im Geltungsbereich des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes des Bundes.

Landesantidiskriminierungsgesetz schaffen

Wir fühlen uns in besonderer Weise dem Artikel 12 der Landesverfassung verpflichtet: Alle Menschen in unserem Land sind vor dem Gesetz gleich, egal welcher Abstammung, Nationalität, Sprache, welchen

Geschlechts, welcher sexuellen Identität, sozialen Herkunft oder Stellung sie sind, ob sie eine Behinderung haben oder Anhänger*in einer bestimmten Religion, Weltanschauung oder politischen Überzeugung sind. Niemand darf diskriminiert werden und der Staat steht in der Verantwortung, Benachteiligungen einzelner Gruppen weiter abzubauen.

Das gesellschaftliche Klima ist heute mehr denn je auch davon abhängig, wie klar Grenzen für diskriminierendes und menschenfeindliches Verhalten Einzelner gesetzt werden.

Deshalb wollen wir:

- die Antirassismusklausel in der Landesverfassung durch ein Landesantidiskriminierungsgesetz ergänzen, das zum Ziel hat, von Diskriminierung Betroffene durch staatliche Stellen besser zu schützen und ihnen Instrumente in die Hand zu geben, um sich zu wehren. Mindestens sollen ein Rechtsweg zur Durchsetzung von Ansprüchen gegen Diskriminierung und wirksame Sanktionsmöglichkeiten gegen diskriminierendes Verhalten enthalten sein.
- Initiativen zur Stärkung von Selbstvertretung und Partizipation fördern.
- die Landesstelle für Chancengleichheit und Antidiskriminierung stärken.
- die Antidiskriminierungsberatung des Vereins Opferperspektive bedarfsgerecht ausstatten und dauerhaft sicherstellen.

Parität wird Realität

Partizipation gestärkt, Förderung ausgebaut

In den vergangenen Jahren konnten wir in der Gleichstellungspolitik wichtige Fortschritte erzielen. Das Gleichstellungspolitische Rahmenprogramm wurde in einem partizipativen Prozess neu aufgelegt, ein Leitbild für Geschlechtergerechtigkeit und der Landesaktionsplan Queeres Brandenburg entwickelt.

Die Brandenburger Frauenhäuser wurden gestärkt, indem der Landesanteil an der Förderung erhöht wurde und im Doppelhaushalt 2019/2020 Geld für eine flächendeckende Kinderbetreuung zur Verfügung gestellt wurde. Zudem wurde eine Koordinierungsstelle des Netzwerks der Brandenburgischen Frauenhäuser, die die SPD-CDU-Koalition abgeschafft hatte, wiedereingerichtet.

Mit dem Parité-Gesetz hat der Brandenburger Landtag ein historisches Zeichen gesetzt; ab der übernächsten Landtagswahl werden erstmals in der Bundesrepublik auf den Wahlvorschlägen der Parteien, politischen Vereinigungen und Listenvereinigungen Frauen und Männer in gleicher Zahl repräsentiert sein.

Gleichzeitig stehen wir weiterhin vor großen Herausforderungen:

Kommunale Gleichstellungsbeauftragte leisten wertvolle Arbeit. Ihre zeitlichen und finanziellen Ressourcen sind jedoch sehr verschieden. In den Brandenburger Kommunalvertretungen gibt es mit durchschnittlich 23 Prozent besonders wenige Frauen, in einigen wenigen sitzt sogar keine einzige Frau.

Die Zahl der Gewaltdelikte gegen Frauen und ihre Kinder ist noch immer drastisch hoch. Hier müssen konsequente Gegenstrategien erarbeitet werden.

Mädchen wachsen noch immer unter anderen Bedingungen auf als Jungen. Sie sind in Brandenburg häufiger von Gewalt betroffen. Ihre Ausbildungs- und Studienplatzwahl folgt noch immer traditionellen Geschlechterrollen. Mädchen sind weit häufiger von Essstörungen betroffen. Bundesweite Untersuchungen zeigen, dass Mädchen auch in den digitalen Medien häufiger angegriffen werden, dass sie weniger Taschengeld zur Verfügung haben und durch Werbung und Medien in eine passive Rolle gedrängt werden. Die bisherigen Erfolge in Brandenburg, Mädchen eine Entwicklung abseits traditioneller Frauenrollen zu ermöglichen, sind bei weitem nicht ausreichend.

Gleichstellungsgesetz novellieren, Geschlechterparität fördern, Gewalt bekämpfen

Mit vier zentralen Projekten wollen wir die Gleichstellung von Frauen und Mädchen in Brandenburg in den kommenden Jahren weiter voranbringen.

Mit einer Novellierung des Landesgleichstellungsgesetzes werden wir wesentliche Rahmenbedingungen weiter verbessern.

Dazu gehört für uns:

- die Absenkung der Mindesteinwohner*innenzahl für Bestellung von hauptamtlichen Gleichstellungsbeauftragten von 30 000 auf 10 000 Einwohner*innen.

- die Ansiedlung der Landesgleichstellungsbeauftragten in der Staatskanzlei.

Die paritätische Vertretung der Geschlechter im Landtag und in den Kommunalvertretungen ist eine zentrale Voraussetzung für die gleichberechtigte Interessenvertretung. Deshalb wollen wir die Idee des Parité-Gesetzes konsequent ausbauen. Dazu wollen wir:

- prüfen, welche gesetzlichen Regelungen im Kommunalwahlrecht möglich sind, um hier paritätische Teilhabe zu erreichen.
- ein Förderprogramm auflegen, um mehr Frauen für die Kommunalpolitik zu gewinnen. Kommunen sollen durch die Bereitstellung von Mitteln, z. B. für die Übernahme von Kinderbetreuungskosten, für Mentoringprogramme, Empowerment-/Coaching-Angebote u. ä. unterstützt werden.

Die Umsetzung des Landesaktionsplanes »Keine Gewalt an Frauen und ihren Kindern« und der europäischen »Istanbul«-Konvention zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häusliche Gewalt werden wir konsequent vorantreiben.

Dazu wollen wir:

- dafür sorgen, dass im Land Brandenburg keine Frauenhäuser geschlossen werden, die Personalsituation verbessert wird und Hilfsstrukturen dauerhaft und nachhaltig gestärkt werden.
- ein Frauenhausfinanzierungsgesetz einführen.

- die Barrierefreiheit in den Brandenburgischen Frauenhäusern weiter ausbauen.

■ den Austausch der Kommunen untereinander verstärken, etwa durch die Initiierung eines Runden Tisches »Gewaltschutz« in Brandenburg.

- zielgerichtete Gewaltschutzprogramme weiterentwickeln und umsetzen.

■ die Einrichtung und den Ausbau von Frauenberatungsstellen fördern.

■ Menschenhandel offensiv bekämpfen: beispielsweise durch die Einrichtung einer Schwerpunktstaatsanwaltschaft, die Gewährleistung sicherer Unterbringungen für die Opfer, die Verstärkung der Opferhilfe.

■ die Möglichkeiten der vertraulichen Spurensicherung nach Vergewaltigungen durch die Einbeziehung weiterer Kliniken und Zielgruppen ausbauen.

■ das Modell der Arbeit mit den Tätern im Bereich häuslicher Gewalt in Brandenburg einführen.

■ eine verbesserte Schulung von Polizeibeamt*innen für die Ermittlungsarbeit bei Fällen häuslicher Gewalt.

■ die Einführung von Schwerpunktsachbearbeiter*innen für häusliche Gewalt bei den Polizeiinspektionen.

Die Stärkung von Geschlechtergerechtigkeit und der Position von Mädchen und Frauen braucht zielgerichtetes Engagement bereits in der Jugendarbeit.

Deshalb wollen wir:

- »Leitlinien zur geschlechtergerechten Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit und für den erzieherischen Kinder- und Jugendschutz« umsetzen und im Land verankern.

- die Mädchenarbeit im Land Brandenburg fördern, die entsprechenden Projektfördermittel aufstocken und insbesondere Mädchentreffs und das Mädchenpolitische Netzwerk (als Landesarbeitsgemeinschaft) unterstützen.

Darüber hinaus werden wir die Gleichstellung in Brandenburg mit weiteren Einzelvorhaben voranbringen. Konkret wollen wir:

- das Gleichstellungspolitische Rahmenprogramm für die nächste Wahlperiode aktualisieren und fort-schreiben.

- den 8. März auch in Brandenburg zum gesetzlichen Feiertag erklären.

- in allen Dokumenten der Landesverwaltung die geschlechtergerechte Sprache einführen.

- geschlechterreflektierte Männerberatung und eine Jungenfachstelle einrichten und fördern.

Brandenburg – Lebensort für Menschen aller Geschlechter

Gesellschaftliche Öffnung

In vielerlei Hinsicht hat sich die Gesellschaft in den zurückliegenden Jahren auch zugunsten von Lesben,

Schwulen, Bisexuellen, Trans*, Inter* und queeren Menschen (LSBTIQ*) geöffnet. Für viele von ihnen gehören dennoch Diskriminierung und Ablehnungserfahrungen zum täglichen Leben.

Laut einer vom Sozialministerium in Auftrag gegebenen und Anfang 2018 veröffentlichten Studie hatte fast die Hälfte aller LSBTIQ*-Menschen in Brandenburg innerhalb der vergangenen fünf Jahre Diskriminierung erfahren. Wir wollen davor nicht die Augen verschließen. Der auf Drängen der LINKEN erarbeitete »Aktionsplan Queeres Brandenburg« ist ein wichtiger Schritt auf dem Weg zu einer aufgeklärten und toleranten Gesellschaft. Die Bedürfnisse und vor allem die Rechte von LSBTIQ*-Menschen rückten dadurch mit ins Zentrum der Landespolitik.

In der Kommunalpolitik spielt das Thema sexuelle und geschlechtliche Vielfalt nur eine geringe Rolle, auch wenn sich die Gleichstellungsbeauftragten hier engagieren und die Akteur:innen in der Regel aufgeschlossen agieren. Eine kontinuierliche Einbeziehung in politisches und Verwaltungshandeln auf kommunaler Ebene hingegen fehlt oft.

Akzeptanz schaffen, Dialog organisieren

Wir wollen, dass eine umfassende gesellschaftliche und politische Auseinandersetzung mit Homo-, Bi- und Transphobie sowie einen positiven gesellschaftlichen Wandel hin zu Akzeptanz, Solidarität, Wertschätzung. Vor allem muss der Dialog bewirkt und verstetigt werden.

Es kommt nun darauf an, gemeinsam mit Verbänden und Initiativen den

»Aktionsplan Queeres Brandenburg« mit Leben zu erfüllen und gemeinsam daran zu arbeiten, dass die Vielfalt von Lebensweisen in Brandenburg noch selbstverständlicher wird.

Schutzräume und Strukturen verlässlich sichern

Die Schwerpunkte unserer Arbeit in der künftigen Wahlperiode werden in der Stärkung verlässlicher Strukturen für die LSBTIQ*-Community und der Schaffung sicherer Schutzräume liegen. Deshalb wollen wir:

- Schutzunterkünfte für männliche und trans* Gewaltopfer schaffen.
- besondere Unterkünfte für LSBTIQ*-Geflüchtete schaffen, um sie vor Gewalt zu schützen und ihnen Anschluss an die Community zu ermöglichen.
- den Landesaktionsplan »Queeres Brandenburg« umsetzen und weiterentwickeln. Der Aktionsplan soll künftig in einer Stabsstelle des Familienministeriums umgesetzt werden.
- uns im Bundesrat für modernes Personenstandsrecht und die Abschaffung des Transsexuellengesetzes einsetzen.
- das Projekt »Regenbogenfamilien in Brandenburg stärken« verstetigen und die Möglichkeit kostenfreier Umwandlungen von eingetragenen Lebenspartnerschaften in eine Ehe in Brandenburg weiter sichern.

Kultur und Medien in einer vielfältigen Gesellschaft

Kultur in Brandenburg hat viele Gesichter

Attraktivität durch Vielfalt

Zum Wesen einer demokratischen Gesellschaft gehört die Freiheit von Kunst und Kultur sowie Zugangs- und Teilhabemöglichkeiten für alle Menschen. Kultur wird in Brandenburg auf ganz vielfältige Weise gelebt: in den Landestheatern, den Landesorchestern, Chören, Museen, Bibliotheken, Musik- und Kunstschulen genauso wie in selbstverwalteten Kulturräumen, Jugendklubs, Künstlerhöfen, kleinen Galerien, Heimatmuseen und -stuben oder Programmkinos. Kulturelle Bildung ist ein Schlüssel für die Identitätsfindung, für eine individuelle schöpferische Aneignung von Weltwissen, für Empathiefähigkeit, Toleranz und damit der »Humus« für den Zusammenhalt in einer Gesellschaft.

Alle Facetten fördern

Wir wollen Bestehendes stabilisieren und weiter auskömmlich fördern. Die großen Brandenburgischen Kulturorte mit ihrer über das Land Brandenburg hinausgehenden Ausstrahlung wie die Schlösser und Gärten, die Musikakademie Rheinsberg oder das Kloster Neuzelle, die 13 000 Baudenkmale und 11 000 Bodendenkmale sind uns wichtig. In besonderem Maße aber wollen wir uns für die vielen partizipativ agierenden freien Strukturen, freie Theater, Tanztheater, soziokulturelle Projekte, Festivals der Popkultur, Schreibwerk-

stätten, Literaturbüros einsetzen. Unser Augenmerk gilt hierbei vor allem der Entwicklung der Kultur in den ländlichen Räumen.

Damit die institutionelle Förderung und die Projektförderung für die Akteur*innen verlässlicher gestaltet werden kann, wollen wir ein Kulturfördergesetz auf den Weg bringen.

Die Musik- und Kunstschulen leisten einen besonderen Beitrag zur kulturellen Bildung im Land Brandenburg, vor allem für Kinder und Jugendliche, und müssen weiter gestärkt werden.

Wir wollen:

- soziokulturelle Einrichtungen und Strukturen der kulturellen Bildung im ganzen Land erhalten und weiterentwickeln.
- eine Veränderung des Musik- und Kunstschulgesetzes dahingehend vornehmen, dass der öffentliche Bildungsauftrag gestärkt und die Zusammenarbeit mit Kita und Schule ausgebaut werden.
- zur Stärkung der Bibliotheken ein Bibliotheksgesetz auf den Weg bringen, das auch die Unterstützung mobiler Angebote einschließt.
- den Eintritt bei Kultur- und Bildungseinrichtungen des Landes Brandenburg mittelfristig entgeltfrei gestalten
- die Erfassung, Erforschung und denkmalfachliche Beratung stärken,

die Denkmalshilfe verstetigen und ausbauen.

- eine Lausitzstiftung zur Vernetzung der vorhandenen technischen Denkmale schaffen.
- Vereine, Verbände, Initiativen, die insbesondere in ländlichen Räumen und mit Jugendlichen gemeinsam eine Kultur der Vielfalt entwickeln unterstützen.
- die Tanzverbote an Feiertagen wie Karfreitag abschaffen.
- interkulturelle Projekte unterstützen.
- weitere Schritte gegen prekäre Beschäftigungsverhältnisse von Künstler*innen und Kulturschaffenden unternehmen.
- beim Finden und Finanzieren von öffentlichen Räumen, in denen Kunst und Kultur entstehen kann, unterstützen.
- die Mittel für die Stiftung für das sorbische Volk unter Berücksichtigung der gewachsenen Aufgaben und der Lohn- und Preisentwicklung anpassen.

Europäische Minderheiten-Kompetenzregion

Die Lausitz/Łużyca soll auch in Zukunft Heimat des sorbischen/wendischen Volkes bleiben. Sprach-erhalt und Revitalisierung können aber nicht allein Angelegenheit des sorbischen/wendischen Volkes sein. Gemäß den europäischen Minderheitenabkommen hat vor allem das Land die notwendigen Rahmenbedingungen für den Erwerb der Minderheitensprache in Kita und

Schule zu schaffen – die Verlagerung dieser Aufgabe allein auf die Minderheit ist unzulässig.

Deshalb wollen wir:

- die Lausitz/Łużyca im Rahmen der Neuausrichtung der Strukturpolitik zu einer Europäischen Minderheiten-Kompetenzregion für deutsch-slawische Mehrsprachigkeit entwickeln. Wenn Brandenburg gemeinsam mit dem Bund den Sorb*innen/Wend*innen hilft, ihre Muttersprache zu revitalisieren und ihre Kultur zu bewahren, so ist das auch Wiedergutmachung für erlittene Verluste. Die Region kann und muss zudem das kulturellsprachliche Potenzial der Minderheit stärker für die zukünftige wirtschaftliche Entwicklung der Lausitz und für die Zusammenarbeit mit Polen und Tschechien nutzen.
- die neue Sorben/Wenden-Schulverordnung zum Beginn des Schuljahres 2020/2021 in Kraft setzen, zeitnah Schlussfolgerungen aus der Evaluierung der sorbischen/wendischen Bildungsangebote in den Grundschulen ziehen und die schulischen Angebote zum Erlernen der niedersorbischen Sprache qualitativ verbessern und ausbauen.
- die Erarbeitung und Umsetzung eines umfassenden Konzepts zur Vermittlung der niedersorbischen Sprache von der Kita bis zur beruflichen und Hochschul-Ausbildung weiter vorantreiben. Nur so kann die Revitalisierung der Minderheitensprache, die 1998 mit dem »Witaj-Projekt« in der Kita »Mato Rizo« in Sielow/Żyłow begann, dauerhaft zum Erfolgsmodell werden. Den Landesplan zur Stärkung der niedersorbischen Sprache wollen

wir vor allem bezogen auf den Bildungsteil fortschreiben.

■ eine Anpassung der Finanzierung der Stiftung für das sorbische und wendische Volk unter Berücksichtigung der Lohn- und Preisentwicklung sowie der gewachsenen Aufgaben für den Zeitraum ab 2021. Hierzu müssen Brandenburg, Sachsen und der Bund erneut einen gemeinsamen Beitrag leisten.

Markenzeichen einer europäischen Minderheiten-Kompetenzregion Brandenburg sind aber auch die Stärkung der Regionalsprache Niederdeutsch sowie der Ausbau der Zusammenarbeit mit den Sinti und Roma.

Deshalb wollen wir:

■ die Bemühungen um die Vermittlung von Niederdeutsch in Schulen und Kindertagesstätten, aber auch in Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen verstärken und die Möglichkeiten der Anwendung der niederdeutschen Sprache im öffentlichen Raum erweitern – denn Platt soll auch in Zukunft zu Brandenburg gehören.

■ den Ausbau der Zusammenarbeit mit den Sinti und Roma in der Region und ihren Verbänden. Diese ist uns eine Herzensangelegenheit. In Zeiten zunehmender Diskriminierung gerade von Sinti und Roma ist sie notwendiger denn je.

■ Auf der Grundlage der Vereinbarungen, die das Land in den vergangenen zehn Jahren auf unsere Initiative hin geschlossen hat, wollen wir die Vernetzung der Sprachgruppen untereinander sowie die Kooperation mit europäischen Minderheitenregionen und anderen Ländern stärken.

Brandenburgs Medien – stark, vielfältig, unabhängig

Die öffentliche Kommunikation wird eingeschränkt

Auch in Brandenburg vollzieht sich derzeit ein massiver Umbruch im öffentlichen Diskurs und in der öffentlichen Meinungsbildung. Internetbasierte Kanäle drängen immer mehr in den Vordergrund. Andererseits geht die Bedeutung traditioneller Medien zurück. Konzentrationsprozesse verringern die inhaltliche und regionale Differenzierung der Inhalte. Klassische journalistische Angebote erreichen immer weniger Menschen. Dieses Defizit wird durch lokale Fernsehsender, Zeitungen und digitale Medieninitiativen nicht ausgeglichen.

Prekäre Beschäftigungsverhältnisse sind auch in den öffentlich-rechtlichen Medien üblich – die freien Mitarbeiter*innen verfügen nicht über einklagbare Rechte.

Die deutsche Filmindustrie hat ein Zentrum in Berlin und Babelsberg. Es gibt in der derzeitigen Phase des Umbruchs in der Filmlandschaft große Chancen, die Region gemeinsam mit Berlin zum führenden Standort auszubauen. Die bestehenden Fördermöglichkeiten werden jedoch sowohl von kommerziellen als auch von künstlerisch orientierten Filmschaffenden stark kritisiert.

Medien und Medien-Infrastruktur vom kommerziellen Interesse trennen

LINKE Medienpolitik will Journalismus von kommerziellen Interessen und

politischer Einflussnahme entkoppeln. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk kann und muss einen unverzichtbaren Beitrag zum publizistischen Wettbewerb leisten und zu inhaltlicher Vielfalt beitragen, er hat einen umfassenden Informationsauftrag.

Die Förderung nichtkommerzieller Bürger*innenmedien wollen wir wesentlich ausbauen. Mit ihrer Nähe zum lokalen Geschehen und niedrigschwelligem Zugängen leisten sie einen wesentlichen Anteil zu lokaler Meinungsbildung.

Die weitere Profilierung der Filmwirtschaft muss mit einer Stärkung der experimentierenden und künstlerisch engagierten Filmemacher*innen einhergehen. Deswegen wollen wir die Potenziale der Filmuniversität besser fördern und ausbauen.

Zur Vermittlung von Medienkompetenz bei Eltern, Lehrkräften, Kindern und Jugendlichen wollen wir flächendeckende medienpädagogische Angebote etablieren. Medienerziehung muss in allen Bildungseinrichtungen auf der Tagesordnung stehen. Medienpädagogik ist für uns ein Querschnittsthema in den Bildungsplänen und kein zusätzliches Fach.

Das Medium Kino muss gestärkt werden. Insbesondere die kleinen Kinos, die als vielfältige Kultureinrichtungen und soziale Orte in der Fläche fungieren, wollen wir unterstützen. Auch Mobile Kinos sind wichtige Projekte, die dazu beitragen den Zugang zu Filmen und Kino zu vereinfachen. Unterstützen möchten wir zudem den Ausbau des Anteils von Dokumentar- und Arthousefilmen im Kinoprogramm.

Informationelle Selbstbestimmung und umfassender Daten- und Verbraucherschutz sind ebenso Grundlage unserer Netzpolitik wie die Ablehnung von Zensur- und Kontrollinfrastrukturen für das Netz. Die Netzneutralität muss gewahrt werden. Die Übertragung von Daten im Internet muss auch weiterhin auf der Gleichbehandlung aller Daten basieren. Das Fehlen leistungsfähiger Internet-Zugänge gefährdet Chancengleichheit und Bildungsgerechtigkeit.

LINKE Medienpolitik in Brandenburg

Wir wollen:

- den rbb-Staatsvertrag bis 2022 evaluieren. Dabei soll insbesondere der Beitrag des rbb zur öffentlichen Meinungs- und Willensbildung und zur Stärkung der Demokratie gefördert und die Nutzung neuer Techniken, digitaler Verbreitungswege sowie sozialer Medien geregelt werden. Außerdem soll die Kontrollfunktion des Rundfunkrats gestärkt werden.
- darauf hinwirken, dass der rbb – seinem Programmauftrag entsprechend – das sorbische/wendische Leben in niedersorbischer Sprache umfassender darstellt und zudem im deutschsprachigen Programm den Alltag und aktuelle Probleme der Sorb*innen/Wend*innen regelmäßiger darstellt.
- dass die öffentlich-rechtlichen Informationsangebote zeitlich unbegrenzt, kostenlos im Internet bereitgestellt und auch zur mobilen Nutzung bereitgestellt werden.
- bei der Vergabe von Aufträgen öffentlich-rechtlicher Anstalten sicherstellen, dass die Auftrag-

nehmer*innen ihre Angestellten und Partnerfirmen sozialen Standards gemäß vergüten.

- die Rechtsposition fester freier Mitarbeiter*innen durch einklagbare Rechte verbessern.
- direkte Fördermöglichkeiten und -strukturen für Lokalfernsehen, freie Radiosender, kleine Zeitungen oder Blogs etablieren. Lokaler Journalismus braucht auch Ausbildung von Journalist*innen mit einer örtlich geprägten Biographie.
- die Vergabe von Filmfördermitteln daran binden, dass sichergestellt ist, dass innerhalb des Projektes soziale Mindeststandards eingehalten und Tarif- bzw. Mindestlohn gezahlt wird.
- die Profilierung und Kompetenz der Filmuniversität durch Auslobung einer Kinderfilm-Professur stärken.
- eine Ombudsstelle für Qualitätssicherung journalistischer Produkte schaffen. Diese soll eine bessere Kommunikation sowie eine qualifizierte Diskussion zwischen Medienanbieter*innen und Publikum ermöglichen.

Sport gehört zum Leben

Brandenburg ist Sportland

Sport gehört selbstverständlich zum Leben vieler Brandenburger*innen. Nahezu 350 000 Kinder, Jugendliche, Frauen und Männer betätigen sich sportlich in rund 3 000 Vereinen. Wir wissen um die Bedeutung des Sports. Breitensport erhöht die Lebensqualität und fördert gesunde Lebensweisen sowie das Miteinander. Die Sportvereine fördern die gesellschaftliche Integration von Menschen aus allen gesellschaftlichen Gruppen – auch von Geflüchteten und Menschen mit Handicaps. Der Sport lebt vom ehrenamtlichen Engagement unzähliger Menschen.

Der Leistungssport in Brandenburg ist Weltklasse. Die systematische Förderung des leistungsorientierten Kinder- und Jugendsports (Nachwuchsleistungssport) ist eine wesentliche Grundlage für das Erreichen von internationalen Spitzenleistungen. Die vielen Erfolge unserer Spitzensportler*innen begeistern und animieren als Vorbilder zum Sporttreiben.

DIE LINKE bekennt sich zum Sport

All das muss ausgebaut und gestärkt werden. Mit dem Sportförderungsgesetz besteht seit Jahren eine Grundlage dafür, dass der organisierte Sport die erforderliche Unterstützung erhält. Wir werden uns weiterhin für eine angemessene Finanzausstattung des Sports einsetzen. Wir halten fest an dem Fördersystem der Sportschulen und der Förderung des olympischen und des paralympischen

Leistungssports. Wir wollen aber auch, dass noch mehr Menschen in Vereinen Sport treiben und die Sportstätten in einem guten Zustand sind – überall im ganzen Land. Unser Ziel ist es, Kindern und Jugendlichen auch außerhalb der Schule ein abwechslungsreiches Angebot von Bewegung, Spiel und Sport anzubieten.

Wir wollen:

- die Sportförderung über den Landessportbund um 1 Million auf 20 Millionen Euro pro Jahr in der kommenden Wahlperiode erhöhen.
- die Sportstättenförderung über ein kommunales Investitionsprogramm fortsetzen.
- den Landessportbund dabei unterstützen, ein Haus des Sports im Potsdamer Luftschiffhafen zu errichten.
- die Vereine dabei unterstützen, Geflüchtete in alle Bereiche des Vereinslebens einzubeziehen. Die Sportvereine und ihre Mitglieder sollen für die interkulturelle Arbeit sensibilisiert werden.
- die Inklusion im Sport vorantreiben. Menschen mit Behinderungen sollen gleichberechtigt und barrierefrei am Sportleben teilhaben.
- die Barrierefreiheit in Sporteinrichtungen weiter ausbauen.
- die »duale Karriere« für Spitzensportler*innen in der Landesverwaltung weiter ausbauen, um Sport und Ausbildung besser miteinander in Einklang zu bringen.

Brandenburg – Ort für Demokratie und Engagement

Demokratie im Alltag stark machen

Tore zur Politik weit aufgestoßen

Zur Landtagswahl 2014 hatten wir versprochen, Demokratie im Alltag zu stärken, Einwohner*innen in stärkerem Maße die Möglichkeit zu geben, nicht nur an Wahltagen die politische Entwicklung unseres Landes mit zu beeinflussen. Wir haben in den 10 Jahren unserer Regierungsbeteiligung die Transparenz der Arbeit des Parlaments erhöht und die Bedingungen für die Volksgesetzgebung erstmals 1993 deutlich verbessert:

- Für Bürgerbegehren und Bürgerentscheide sowie für Volksinitiativen, Volksbegehren und Volksentscheide haben wir erweiterte Möglichkeiten geschaffen.
- Wir haben das aktive Wahlrecht für Jugendliche ab 16 Jahren auf Landes- und kommunaler Ebene eingeführt.
- Das Ehrenamt sowie die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an der Landes- und Kommunalpolitik wurden gestärkt.
- Die Mitwirkungs- und Mitbestimmungsmöglichkeiten der Sorb*innen/Wend*innen an der Landes- und Kommunalpolitik wurden spürbar erweitert.
- Vor allem durch öffentliche Plenar- und Ausschusssitzungen ist die Arbeit

des Landtages in den vergangenen Jahren stärker in das Licht der Öffentlichkeit gekommen; Liveübertragungen von Plenarsitzungen des Landtages und von Sitzungen ausgewählter Ausschüsse haben ihren Beitrag dazu geleistet. Dennoch müssen wir immer wieder feststellen, dass selbst von Entscheidungen Betroffene häufig keine oder nur bruchstückartige Kenntnisse über das haben, was der Landtag berät und entscheidet.

Und weiter: Mehr Demokratie auf breiterer Basis!

Wir halten daran fest: Wir wollen und werden die direkte Demokratie in Brandenburg weiter stärken, auf allen Ebenen. Unser Land hat dann eine Zukunft, wenn sich alle Bevölkerungsgruppen einbringen können.

Auf Bundesebene stehen wir als LINKE weiter für bundesweite Volksentscheide. Es ist nicht hinnehmbar, dass es 70 Jahre nach Inkrafttreten des Grundgesetzes immer noch keine Rechtsgrundlage zum Verfahren bei Volksinitiativen, Volksbegehren und Volksentscheiden gibt.

Im Rahmen von politischen Entscheidungen müssen sowohl die Meinung der Mehrheit als auch die Bedürfnisse von Minderheiten abgewogen werden – nur so kann der Zusammenhalt unseres Landes auf Dauer gesichert werden. Dafür setzen wir uns im täglichen Gespräch mit den Brandenburger*innen ein.

Wir wollen:

- das Sammeln von Unterschriften für Volksbegehren auf der Straße ermöglichen.
- Volksbefragungen und Referenden auf Landesebene ermöglichen.
- weiter dafür werben, dass Jugendliche auf allen Ebenen von ihrem Wahlrecht, aber auch von anderen Beteiligungsrechten Gebrauch machen. Ihre Mitwirkung in der Landes- und Kommunalpolitik ist unverzichtbar!
- eine Öffentlichkeitsoffensive des Landtages starten, den Landtag vor Ort in den Regionen des Landes stärker erlebbar machen, nicht nur durch einzelne Abgeordnete, sondern fraktionsübergreifend: Mehr Vor-Ort-Sitzungen in den Regionen. Die Veranstaltungsreihe »Dialog P« soll künftig auch für Brandenburger*innen jenseits des Schulalters stattfinden. Dies wollen wir durch direktdemokratische Beteiligungsformen unterstützen.
- das Akteneinsichts- und Informationsfreiheitsgesetz zu einem modernen Transparenzgesetz weiterentwickeln.

Kommunalpolitik – Rückgrat der Demokratie

Tausende ehrenamtlich tätige Kommunalpolitiker*innen bilden das Rückgrat der Demokratie in Brandenburg. Mit ihrem Engagement tragen sie dazu bei, dass Entscheidungsprozesse für die Einwohner*innen nachvollziehbarer und Entscheidungen getroffen

werden, die unmittelbaren Einfluss auf die Lebenswirklichkeit der Menschen in den Städten und Dörfern haben.

DIE LINKE tritt dafür ein, dass politische Diskussions- und Entscheidungsprozesse grundsätzlich für die Teilnahme der Bevölkerung geöffnet werden. Wir wollen, dass die kommunalen Vertretungen und Verwaltungen, die bereits vorhandenen Möglichkeiten intensiv und regelmäßig nutzen und erweitern. Es geht um die Schaffung von mehr Beteiligungsinstrumenten und Beteiligungsansprüchen in den Kommunen.

Wir konnten in den vergangenen Jahren die Bürger*innenbeteiligung ausbauen. Das Modell der Verbandsgemeinde wurde eingeführt. Die kommunale Finanzausstattung ist so hoch wie nie zuvor und wird in 2020 noch einmal kräftig steigen. Das kommunale Investitionsprogramm des Landes war ein voller Erfolg, der dazu führte, dass dringend notwendige Infrastrukturmaßnahmen in den Städten und Gemeinden ermöglicht wurden.

Starke Kommunen – starke Kommunalpolitik

Kommunalpolitik muss gestalten können und deshalb müssen unsere Städte, Gemeinden und Landkreise finanziell gut ausgestattet sein – in berlinfernen Kommunen genauso wie in berlinnahen. Mit der Neuordnung des Finanzausgleichs und insbesondere mit der höheren Beteiligung der Kommunen an den Einnahmen des Landes hat DIE LINKE in einem erheblichen Maße zu einer weiteren Stärkung der kommunalen Finanzausstattung beigetragen.

Wir wollen:

- das Kommunale Investitionsprogramm (KIP) mit mindestens 160 Millionen Euro in der kommenden Wahlperiode. Gefördert werden Bau- und Ausstattungsinvestitionen vor allem bei Schulen, Kitas, Feuerwehr, Dorfgemeinschafts- und Begegnungshäusern, Sport und Verkehr.
- die Berücksichtigung einer großen Flächenausdehnung kleiner Gemeinden bei der Verteilung finanzieller Mittel des Landes und die Prüfung der Einführung eines Flächenfaktors.
- eine Teilentschuldung von weiteren hochverschuldeten Städten und Gemeinden durch das Land, um diesen Kommunen ihre kommunale Selbstverwaltung zu ermöglichen.
- freiwillige Zusammenschlüsse von Städten und Gemeinden zu Verbandsgemeinden unterstützen.
- die Kommunalverfassung des Landes Brandenburg (BbgKVerf) anhand der in der in den Städten, Gemeinden und Landkreisen gesammelten Erfahrungen überprüfen und weiterentwickeln. Ziele sind dabei insbesondere bessere Bedingungen für das Ehrenamt und die Stärkung der Kommunalvertretungen gegenüber den Verwaltungen.
- die Gründung kommunaler Unternehmen erleichtern sowie Transparenz, Einwohner*innenbeteiligung und Kontroll- und Entscheidungsrechte der Kommunalvertreter*innen in den kommunalen Unternehmen ausbauen.
- die Bürger*innenbeteiligung auf kommunaler Ebene weiter ausbauen. Insbesondere sollen die Bürger*innen mittels direktdemokratischer Verfahren größeren Einfluss auf die Bauleitplanung bekommen.
- die Quoren bei Bürger*innenentscheiden wollen wir senken, die Quoren bei Direktwahlen von Bürgermeister*innen und Landrät*innen abschaffen.
- Ortsteile und Ortsteilvertretungen stärken und dafür sorgen, dass ihnen eigene Ortsteilbudgets zur Verfügung stehen.
- ehrenamtlichen Mandatsträger*innen die Ausübung ihres Mandates erleichtern und ihre Stellung gegenüber den kommunalen Verwaltungen stärken und mit klareren Regelungen höhere, vergleichbare und angemessene Aufwandsentschädigungen sicherstellen. Dazu gehören verbindlich geregelte finanzielle Mittel für kommunale Fraktionen, insbesondere Kreistagsfraktionen, die ihnen ermöglichen hauptamtlich besetzte Fraktionsgeschäftsstellen zu haben.
- die kommunalpolitischen Vereinigungen weiterhin gut und auskömmlich ausstatten, um ihr Bildungsangebot für kommunale Mandatsträger*innen weiter vorhalten zu können.
- das passive Wahlrecht für Jugendliche ab 16 Jahre zur Wahl der kommunalen Vertretungen einführen.
- die Direktwahl der Amtsdirektor*innen einführen.
- Rekommunalisierungen im Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge ordern. Dafür soll ein Referat »Rekommunalisierung« eingerichtet werden, welches Kommunen bei

Rekommunalisierungsvorhaben berät und unterstützt. Dort werden außerdem Daten zu Rekommunalisierungsprojekten in Brandenburg gesammelt, ausgewertet und den Kommunen zugänglich gemacht. Zur finanziellen Unterstützung der Kommunen wird ein »Rekommunalisierungsfonds« geschaffen.

Ehrenamt – unverzichtbarer Teil der Gesellschaft

Lust am Gemeinwesen

Das Ehrenamt ist wichtiger Bestandteil für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und das Gemeinwesen. Über 840 000 Menschen aller Altersgruppen sind beim Sport, in Theatergruppen, beim Jugend- oder Senior*innen-Treff, in Willkommens-Initiativen und Vereinen aller Art, als Schöff*innen und nicht zuletzt in den Freiwilligen Feuerwehren aktiv. Jede*r dritte Brandenburger*in ist freiwillig engagiert.

Im Ehrenamt wird beachtliches geleistet, aber nicht immer gibt es die entsprechende Wertschätzung. Ehrenamt reibt sich an bürokratischen, wenig flexiblen Vorgaben auf. Wir wollen eine Engagementsstrategie des Landes, die gemeinsam mit allen Akteur*innen erarbeitet wird. Darin sollen vor allem die wirklichen Bedarfe und Wünsche zur Unterstützung des Ehrenamtes aufgenommen werden.

Politik, Verwaltung und Ehrenamt

Staatliches und ehrenamtliches Engagement sollen sich ergänzen. Wir unterstützen das Ehrenamt als

Form der selbstbestimmten Übernahme von Verantwortung – nicht, um dadurch öffentliche Leistungen, Leistungen der Daseinsvorsorge, »überflüssig« zu machen. Verwaltung wiederum, insbesondere vor Ort, soll und muss Ehrenamtliche unterstützen und die notwendigen Rahmenbedingungen schaffen, z. B. Weiterbildungsmöglichkeiten anbieten oder Räumlichkeiten zur Verfügung stellen.

Wir wollen das Ehrenamt weiter in beträchtlichem Umfang fördern. Wichtig ist vor allem, denjenigen, die ehrenamtlich für die Gesellschaft tätig werden, Anerkennung zuteilwerden zu lassen. Sie leisten in ihrer Freizeit uneigennützig Arbeit für andere und das muss angemessen gewürdigt werden.

Ehrenamtliches Engagement erleichtern

Nachdem wir 2018 einen Mobilitätzuschuss für Ehrenamtler*innen eingeführt und die Voraussetzungen für die ersten kreislichen Ehrenamts-Stützpunkte geschaffen haben, wollen wir in den nächsten Jahren die Förderbedingungen für das Ehrenamt noch effektiver und unbürokratischer gestalten. Die Förderung von Vereinsstrukturen ist eine Daueraufgabe, es ist nicht sinnvoll, sie von Jahr zu Jahr über wechselnde Projekte abzudecken. Wir möchten den geförderten Vereinen längerfristige Sicherheit geben und dabei Anreize für effektives und wirtschaftliches Agieren schaffen.

Wir setzen uns für eine zügige Reform der Abgabenordnung des Bundes ein. Es ist nicht hinnehmbar, dass nach der Entscheidung des Bundesfinanzhofs zu Attac weitere Vereine aus dem linken und liberalen Spektrum

den Status der Gemeinnützigkeit verlieren. Unser Gemeinwesen braucht nicht weniger, sondern mehr zivilgesellschaftliches Engagement. Ohne die Vorzüge des Abgabenrechts aber sind die Möglichkeiten von Vereinen und Verbänden erheblich eingeschränkt, einigen droht gar die Auflösung.

Der Anwendungsbereich der Ehrenamtskarten muss erweitert werden. Wir wenden uns dagegen, dass die Ehrenamtsförderung auf Hartz-IV-Leistungen angerechnet wird. Gerade sozial Benachteiligte müssen darin bestärkt werden, ihre Belange selbst in die Hand zu nehmen und das Gemeinwesen zu gestalten. Wir setzen uns dafür ein, dass Ehrenamtliche die notwendige Weiter- und Fortbildung bekommen.

Antifaschismus – dauerhafte Verpflichtung

Rechte Gewalt ist zur Alltagserscheinung geworden

Wir haben in den vergangenen Jahren beobachten müssen, dass Fremdenfeindlichkeit, Rassismus, antisemitische, antiziganistische, antisorbische und antimuslimische Ressentiments, aber auch sexistische und homophobe Vorurteile im öffentlichen und politischen Diskurs zugenommen haben. Dies geht teilweise einher mit der Relativierung von NS-Verbrechen bis hin zur Leugnung Holocausts. AfD, Pegida und Co. haben zu dieser Diskursverschiebung beigetragen und rechtsextremes Gedankengut ist weniger geächtet als noch vor einigen Jahren. Mit Sorge beobachten wir, dass die Hemmschwellen, dieses

Gedankengut in Taten münden zu lassen, gesunken sind.

Und so haben sich rechtsextreme Strukturen neu formiert und rechte Gewalt ist wieder ein ernsthaftes Problem in Brandenburg. Auch die Bildung rechtsterroristischer Strukturen ist nicht ausgeschlossen. Die Zahl rechter Gewalttaten ist vor allem im Jahr 2015 deutlich gestiegen und verharrt seitdem auf hohem Niveau. Der Verein Opferperspektive hat 2018 174 rechte Gewalttaten im Land Brandenburg registriert. Die Opferperspektive spricht davon, dass mittlerweile eine »Normalisierung rechter Gewalt« in Brandenburg eingetreten ist – vor allem hinsichtlich rassistisch motivierter Angriffe. Zunehmend werden auch Frauen Opfer solcher Gewalttaten. Für die – real oder potentiell – Betroffenen bringt das gravierende Einschränkungen ihres privaten Lebens wie ihrer Teilhabe am öffentlichen Leben.

Für ein weltoffenes und tolerantes Brandenburg!

Als LINKE kämpfen wir auf der Straße und in den Parlamenten für Welt-offenheit und Toleranz, für Humanität und Menschenwürde. Wir wollen nicht, dass Menschen in unserem Land Angst haben müssen und wir wollen ein gutes Miteinander und die Wertschätzung aller Religionen, Weltanschauungen und Kulturen.

Für uns ist das humanistische, demokratische und antifaschistische Engagement der Menschen in Brandenburg ein ermutigender Ausdruck einer gesellschaftlichen demokratischen Kultur. Wichtige Unterstützende dieses zivilgesellschaftlichen Engagements sind die zahlreichen Bündnisse, Initiativen und

wissenschaftlichen Einrichtungen des Landes, die wir weiter stärken und unterstützen wollen.

Deshalb unterstützen wir zivilgesellschaftliche Initiativen, die sich in der Flüchtlingsarbeit engagieren ebenso wie Bündnisse gegen Rechts und in antifaschistischen Strukturen. Wir sind an der Seite all derer, die sich überall im Land gegen Hass und Gewalt, gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus engagieren und wir lehnen die Kriminalisierung antifaschistischer Strukturen ab.

Wir sind stolz auf die bundesweit einmalige Beratungsstruktur des Handlungskonzepts Tolerantes Brandenburg. Die Partner*innen dieses Beratungsnetzwerks leisten eine hervorragende und wichtige Arbeit. Auf der Straße und in den Kommunalvertretungen und Parlamenten sind wir verlässliche antifaschistische Kraft. Parlamentarisch und außerparlamentarisch kämpfen wir gegen jegliche Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit.

Mit uns gibt es keinerlei Zusammenarbeit mit rechtspopulistischen und rechtsradikalen Parteien und Wählervereinigungen. Dabei setzen wir auf sachliche Auseinandersetzung und Argumente. Fake-News, Falschbehauptungen und Übertreibungen werden wir als solche entlarven und jederzeit unseren Beitrag leisten, den politischen Diskurs zu versachlichen.

Wir wollen:

- auch weiterhin das Beratungsnetzwerk Tolerantes Brandenburg bedarfsgerecht ausfinanzieren. Wenn hier neue oder erweiterte Bedarfe entstehen, werden wir dem Rechnung tragen.

- die ideelle und finanzielle Unterstützung zivilgesellschaftlicher Strukturen, die sich für Weltoffenheit und Toleranz engagieren, vorantreiben.

- der versuchten Kriminalisierung antifaschistischer und zivilgesellschaftlicher Strukturen weiterhin engagiert entgegen treten.

- auch weiterhin das Monitoring und die Recherche zu rechten Aktivitäten, Strukturen und Straftaten durch das Moses-Mendelssohn-Zentrum und den Verein Opferperspektive in Brandenburg aktiv unterstützen und durch parlamentarische Anfragen begleiten.

Für ein Miteinander der Kulturen, Weltanschauungen und Religionen

In Brandenburg leben Menschen unterschiedlicher Herkunft, Religion, Weltanschauung und Kultur. Diese Vielfalt bereichert unser Land. Wir wollen, dass Christ*innen, Jüd*innen, Muslim*innen sowie Angehörige anderer Religionen und auch Konfessionslose in Brandenburg ungestört entsprechend ihrer Religion oder Weltanschauung leben können. Deshalb unterstützen wir die Einrichtung von Gebetsräumen und Moscheen und fördern die Errichtung einer Synagoge in Potsdam und werden auch den Humanistischen Verband Berlin-Brandenburg weiter angemessen unterstützen. Ressentiments gegen Menschen aufgrund ihrer Religion oder Weltanschauung erteilen wir eine Absage.

Besonders froh sind wir, dass in Brandenburg ein vielfältiges jüdisches Leben entstanden ist. Jüdische Gemeinden in mehreren

Städten zeigen, dass Brandenburg wieder eine Heimstatt für Jüd*innen ist. Das Abraham-Geiger-Kolleg, das Moses-Mendelssohn-Zentrum, das Selma-Stern-Zentrum für jüdische Studien und die Potsdam School of Jewish Theology sind beredetes Zeugnis für eine blühende jüdische Wissenschaft in Brandenburg. Das Jüdische Filmfestival Berlin-Brandenburg prägt die Filmlandschaft Brandenburgs mit.

Wir wollen, dass Jüd*innen sich in Brandenburg sicher fühlen können und erteilen jedem antisemitischen Ressentiment eine Absage. Deshalb unterstützen wir das Antisemitismus-Monitoring des Moses-Mendelssohn-Zentrums aktiv.

Ein gutes Miteinander der Kulturen, Weltanschauungen und Religionen erfordert das gegenseitige Kennenlernen, Verstehen und das Sammeln gemeinsamer Erfahrungen. Wir fördern deshalb den interreligiösen Dialog und unterstützen interkulturelle Projekte. Wichtig ist uns vor allem, dass die Verwaltungen auf allen Ebenen sensibilisiert werden für unterschiedliche kulturelle, weltanschauliche und religiöse Bedürfnisse.

Gedenken und Denken

Die Vergangenheit ist uns Mahnung für aktuelles Handeln. Dabei werden wir allen Versuchen der erinnerungspolitischen Kehrtwende eine klare Absage erteilen. Für uns ist es ein besonderes Anliegen, die Erinnerung an den einzigartigen Zivilisationsbruch der Nationalsozialist*innen wach zu halten und der Opfer würdig zu gedenken. Ein wichtiger Schritt, um das Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus noch stärker im Bewusst-

sein der Bevölkerung zu verankern, war der Beschluss des Landtages, den 8. Mai als Tag der Befreiung vom Nationalsozialismus und des Endes des zweiten Weltkrieges in Europa in Brandenburg zum Gedenktag zu erklären. In besonderer Würdigung des 75. Jahrestags der Befreiung im Jahr 2020 treten wir dafür ein, diesen einmalig zu einem Feiertag zu erklären.

Die KZ-Gedenkstätten Sachsenhausen und Ravensbrück, aber auch die ehemaligen KZ-Außenlager bergen die Chance, auch kommenden Generationen die deutsche Geschichte in ihrer dunkelsten Facette im Bewusstsein zu halten. Wir setzen uns dafür ein, dass die Gedenkstättenstiftung für alle ehemaligen KZ-Außenlager mit Erinnerungsorten Verantwortung übernimmt und diese mit den notwendigen finanziellen Mitteln ausgestattet werden.

Wir wollen vor allem Kindern und Jugendlichen die Chance geben, sich direkt an den historischen Orten zu informieren. Deshalb ist der Erhalt gerade der kleinen, dezentralen Erinnerungsorte und Gedenkstätten ein wichtiges Anliegen. Die Brandenburgischen Gedenkstätten als Orte authentischer Erinnerungskultur sind darin unterstützen, sich den neuen Herausforderungen durch das zunehmende Fehlen von Zeitzeug*innen zu stellen. Moderne pädagogische Konzepte, Digitalisierung der musealen Bestände und die Betreuung der Besucher*innen müssen weiter finanziell unterstützt werden. Das gilt auch für die kleineren Erinnerungsorte und Gedenkstätten, die oftmals durch ehrenamtlich tätige Vereine und Initiativen getragen werden. Wichtig

ist die Unterstützung des Wissens-
transfers zwischen den Akteur*innen
und die dauerhafte Sicherung und der
bisherigen Rechercheergebnisse.

Die sowjetischen Ehrenmale
gehören ebenfalls zur Erinnerungs-
kultur in Brandenburg. Wir setzen
uns für ihren Erhalt ein, indem wir
sie unter Denkmalschutz stellen und
finanzielle Mittel für ihre Instand-
haltung zur Verfügung stellen. Durch
entsprechende Förderung wollen wir
die Erinnerungskultur an diesen Orten
lebendiger gestalten.

Brandenburg – international und weltoffen

Brandenburg in Europa

Europäische Verflechtungen nehmen zu

Brandenburg liegt im Herzen Europas und der Europäischen Union (EU). Als europäische Region ist unser Land fest in den Strukturen der EU verankert. Wir haben in den letzten 30 Jahren nicht nur viel Unterstützung von der EU bekommen – mit beachtlichem Erfolg nimmt Brandenburg auch an Prozessen zur Gestaltung der europäischen Integration teil, ob in Potsdam, Berlin oder Brüssel.

Den zunehmenden nationalen Egoismen muss Einhalt geboten werden. Ob Schüleraustausch, sportliche Wettkämpfe, Erasmus Plus oder Kulturveranstaltungen – die Jugend ist europäisch. Europa und die EU müssen unabhängig vom Geldbeutel erlebbar sein. Dafür setzen wir uns hier in Brandenburg genauso wie auf internationaler Ebene ein. Für die meisten jungen Menschen ist Europa kein Postengeschacher in Brüssel, sondern ein Lebensgefühl. Eine weltoffene Jugend, die solidarisch ihre Zukunft gestaltet, denkt nicht in nationalstaatlichen Grenzen. Dabei unterstützen wir sie.

Europäische Entscheidungen bestimmen die Lebensbedingungen der Menschen in Brandenburg unmittelbar und in wachsendem Umfang. EU-Fördermittel leisteten und leisten einen unverzichtbaren

Beitrag für die Stabilisierung und weitere Entwicklung Brandenburgs.

Gewachsene Außenwirtschaftsbeziehungen zu unseren Nachbar*innen in Polen und in anderen mittel- und osteuropäischen Ländern, aber auch in den Ostseeraum, nach Westeuropa und Übersee belegen das ebenso wie die vielgestaltige Zusammenarbeit Brandenburgs mit Partner*innen in Europa und darüber hinaus. Mit unserer Unterstützung leisten gerade Partnerschaftsbeauftragte u. a. in Polen und Rumänien eine anerkannte Arbeit, indem sie als Bindeglied zwischen der Landespolitik und gesellschaftlichen Akteur*innen in Brandenburg und den Partnerregionen wirken.

Die Brandenburgischen Regionen in direkter Nachbarschaft zu Polen haben nach wie vor Potenzial nach oben, wenn es darum geht, dass die dort lebenden Menschen ihre Region als eine gemeinsame Heimat betrachten. Die vorhandenen Euroregionen haben einen wichtigen Beitrag in den vergangenen Jahren geleistet und sich in ihrer vorhandenen Struktur bewährt. Gemeinsames Ziel sollte nach wie vor die Verbesserung der grenzüberschreitenden Verkehrsinfrastruktur im ÖPNV wie im Fernverkehr sein. Unser Land ist zugleich Schnittpunkt wichtiger Europäischer Verkehrskorridore. Hier geht es nicht nur um Schienentrassen oder Straßen, sondern auch um Wasserwege.

All dies haben wir vor Augen, wenn wir in der EU Brandenburgs

Interessen zur Geltung bringen. Aber wir wissen auch: Die Welt insgesamt befindet sich im Wandel. Dabei ist es uns wichtig, dass Brandenburg auch seiner Verantwortung im globalen Zusammenhang gerecht wird.

Eine soziale EU, eine EU der Einwohner*innen

Unsere Vision zur Zukunft der EU ist die Neugestaltung hin zu einer sozialen Union. Sie stellt den solidarischen Grundgedanken in den Vordergrund und verringert die Ungleichheiten durch ein Mehr an sozialen Rechten, die für alle EU-Einwohner*innen gleichermaßen gelten. Wir wollen, dass soziale Standards rechtsverbindlich festgeschrieben werden. Auch durch eine Festschreibung der sozialen Grundrechte in die EU-Verträge.

Allen Arbeitnehmer*innen sowie Selbständigen soll ein Zugang zu allen sozialen Sicherungssystemen gewährt werden, und zwar unabhängig von Art und Dauer des Beschäftigungsverhältnisses. Alle EU-Einwohner*innen müssen Anspruch auf eine EU-weite Absicherung im Risikofall haben, unabhängig davon, in welchem EU-Mitgliedstaat sie leben und arbeiten.

Eine europäische Armee kann genauso wenig eine Antwort auf die derzeitigen außenpolitischen Herausforderungen sein als auch die Rückkehr zum Nationalstaat. Dafür werden wir uns als LINKE in Brandenburg und in Europa weiterhin aktiv einsetzen.

Wir werden uns weiterhin dafür einsetzen, dass die EU sozialer und

demokratischer gestaltet wird, doch wir brauchen dafür die Unterstützung der Menschen vor Ort. Der Zusammenhalt der EU kann nur durch sie befördert werden, wofür ein besseres Verständnis der EU unabdingbar ist.

Die Kontakte und Beziehungen zu unseren polnischen Nachbar*innen sind für uns nicht nur ein Verfassungsgebot, sondern tatsächlich eine Herzensangelegenheit. Das Verständnis füreinander und der Austausch zu Gemeinsamkeiten sowie Differenzen sind gerade im aktuellen europapolitischen Kontext von großer Bedeutung. Neben wirtschaftlichen Beziehungen sind uns auch die Verständigungen u. a. in den Bereichen Kultur, Demokratie, Rechtsstaat, Sicherheit, Bildung, Wissenschaft, Infrastruktur, Gesundheitsversorgung, Katastrophenschutz und Umwelt wichtig.

Schritt halten mit der zunehmenden Verflechtung und den Chancen Europas

Wir bieten den Menschen in Brandenburg einen europäischen Dialog an, um Europa verständlich und erlebbar zu machen. Zu oft ist für die Einwohner*innen vor Ort nicht erkennbar, inwiefern Entscheidungen auf EU-Ebene ihr Leben beeinflussen.

Wir wollen:

- die Präsenz Brandenburgs auf europäischer Ebene verstärken und ausbauen.
- den Einsatz der Partnerschaftsbeauftragten für das Land Brandenburg auch weiterhin befördern. Sie sind für uns wichtige Akteur*innen für den europapolitischen Dialog – für eine integrative EU.

- sowohl den parlamentarischen wie den zivilgesellschaftlichen Austausch mit Polen ausbauen. Denn nur im direkten Austausch mit den Einwohner*innen vor Ort kann Politik zukunftsfähig und im Sinne aller gestaltet werden.

- die grenzüberschreitende Zusammenarbeit und die Verwirklichung von gemeinsamen Projekten, u. a. durch INTEREG-Förderung, weiterhin ermöglichen und befördern.

- die Einrichtung eines »Rates der Euroregionen der Oder-Neiße-Region« initiieren, um einen gemeinsamen und abgestimmten Entwicklungsprozess in den Regionen beidseits von Oder und Neiße mit allen Akteur*innen gestalten zu können.

- die Kooperationen zwischen brandenburgischen und polnischen Bildungs- und Wissenschaftseinrichtungen stärken.

- Möglichkeiten für das Erlernen der polnischen Sprache schulisch, wie auch außerschulisch, ausbauen.

Ein wichtiger Baustein unserer Arbeit sind die durch uns initiierten Entwicklungspolitischen Leitlinien. Hierzu ist auch eine Verzahnung mit anderen landespolitischen Strategien, wie der Nachhaltigkeitsstrategie, notwendig.

Wir wollen die Zusammenarbeit mit den Akteur*innen aus den entwicklungspolitischen NGOs weiterentwickeln. Dafür ist für uns der Round Table Entwicklungspolitik ein wichtiges Gremium, wo ein wichtiger Dialog und Austausch zu den entwicklungspolitischen Aufgaben stattfindet. Daher wollen wir weiterhin aktive Partner*innen des Round Table Entwicklungspolitik sein.

Willkommen in Brandenburg

Brandenburg: Gelebte Willkommenskultur

In den vergangenen Jahren sind sehr viele Geflüchtete nach Brandenburg gekommen. Mittlerweile gelangen deutlich weniger Geflüchtete nach Deutschland und auch nach Brandenburg. Die Asylrechtsverschärfungen der vergangenen Jahre haben dazu geführt, dass das individuelle Recht auf Asyl immer weiter ausgehöhlt wurde und es Geflüchteten immer schwerer gemacht wird, einen gesicherten Aufenthaltsstatus zu erlangen. Die bundesdeutsche Asylpolitik ist durch Abschreckung und Abschottung geprägt.

Migrant*innen, die nicht aus EU-Ländern stammen, sind bundesgesetzlich auf allen Ebenen vom Wahlrecht ausgeschlossen. Ihre politische Teilhabe ist deshalb stark beeinträchtigt. Gleichzeitig sind in Brandenburg nur in geringem Maß Strukturen der migrantischen Selbstorganisation vorhanden und auch Integrationsbeiträge existieren nicht flächendeckend.

Dem hat Brandenburg andere Akzente entgegengesetzt:

- Brandenburg ist eines der wenigen Bundesländer, die ein Landesaufnahmeprogramm für syrische Geflüchtete haben. Das ist einer der wenigen legalen Fluchtwege und ermöglicht es, Geflüchtete außerhalb des regulären Familiennachzugs Angehörige aus dem Kriegsgebiet raus zu holen.

- Mit dem neuen Landesaufnahme-gesetz haben wir die Unterbringung

und Versorgung der Geflüchteten in Brandenburg deutlich verbessert, ein flächendeckendes Netz der Migrationssozialarbeit geschaffen und die Kommunen finanziell besser für diese Aufgabe ausgestattet.

- Mit der Einführung der elektronischen Gesundheitskarte für Geflüchtete haben wir die gesundheitliche Versorgung deutlich verbessert. Vor allem beim Zugang zur psychosozialen Versorgung und der Sprachmittlung gibt es jedoch Nachholbedarf.

- In Brandenburg sind die Strukturen für die Unterbringung und Versorgung in allen Landkreisen und kreisfreien Städten mit guten Standards gesichert und ein flächendeckendes Netz der Migrationssozialarbeit gespannt. Brandenburgs Beratungsstruktur für Geflüchtete ist in dieser Form einmalig in Deutschland.

- Die Erstaufnahmeeinrichtungen sind der erste Anlaufpunkt für Geflüchtete in Brandenburg. Hier ist jedoch keine Integration möglich. Wir haben uns dafür eingesetzt, dass in der Erstaufnahme eine Verfahrensberatung eingerichtet wird.

- Integration ist nicht von heute auf morgen zu erledigen. Integration braucht Zeit, flexible, den Bedürfnissen angepasste Angebote und gute Bedingungen. Bei der Integration in Arbeit kommt es jedoch auch darauf an, den Geflüchteten die Unterstützung zu geben, die sie individuell benötigen, um den Anforderungen des jeweiligen Berufs gerecht zu werden.

- Bei der Integration spielen ehrenamtliche Akteur*innen eine wichtige

Rolle. Ohne die vielen Aktiven in den Willkommens- und Flüchtlingsinitiativen, den Vereinen und Verbänden wird Integration in die Gesellschaft nicht funktionieren. Mit dem Förderprogramm für Flüchtlingsinitiativen bei der Integrationsbeauftragten und den Fördermöglichkeiten des »Bündniss für Brandenburg« sind wirksame Instrumente vorhanden, um landesseitig dieser Verantwortung gerecht zu werden.

Brandenburg hält die Arme weiter offen

Mit uns wird es keine weiteren Asylrechtsverschärfungen geben und wir werden weiter dafür kämpfen, dass alle Geflüchteten ein faires Asylverfahren durchlaufen.

Wir unterstützen Initiativen, die sich für Seenotrettung einsetzen und begrüßen, dass Brandenburger Kommunen sich zu »sicheren Häfen« erklärt haben und aus Seenot gerettete Geflüchtete aufnehmen wollen. Wir wollen, dass ganz Brandenburg zu einem »sicheren Hafen« wird.

Es kommt nun darauf an, denjenigen, die zu uns gelangt sind, die Chance zu eröffnen, sich ein eigenständiges und selbstbestimmtes Leben aufzubauen. Brandenburgs Beratungsstruktur für Geflüchtete muss als Grundstein für wirksame Integrationsarbeit erhalten werden.

Die Aufenthaltsdauer in der Erstaufnahme ist so kurz wie möglich zu halten. Einer Verlängerung der derzeit maximal möglichen Aufenthaltsdauer in der Erstaufnahme werden wir uns auch weiterhin widersetzen. Wir setzen uns jedoch dafür ein, dass in den Erstaufnahmeeinrichtungen

ausreichend Sprachkursangebote, eine Beschulung aller Kinder und berufliche Qualifizierungsangebote stattfinden, um direkt nach der Ankunft den Grundstein für eine gute Integration zu legen.

Die von uns erfolgreich erstrittene unabhängige Beratung Geflüchteter in allen Erstaufnahmeeinrichtungen werden wir während der Einführung kritisch begleiten und deren Wirksamkeit und Finanzierung sicherstellen.

Aufgrund der Bundesgesetze können wir Abschiebungen aus Brandenburg nicht vollständig verhindern. Auch hier werden wir jedoch die Spielräume, die uns gesetzlich zur Verfügung stehen, konsequent ausnutzen und dafür sorgen, dass Abschiebungen so human wie möglich vonstattengehen. Die Einrichtung eines Ausreisezentrums lehnen wir ab, auch Sammelabschiebungen wollen wir vermeiden. Wir setzen uns dafür ein, dass nur gut ausgebildetes Personal bei Abschiebungen zum Einsatz kommt und wir sorgen dafür, dass es keine Abschiebungen aus Bildungseinrichtungen und Krankenhäusern gibt. Wir lehnen Abschiebungen in Kriegs- und Krisengebiete mit innerstaatlichen, gewalttätigen Konflikten wie bspw. nach Afghanistan konsequent ab und setzen uns für einen Winterabschiebestopp ein. Abschiebunghaft wollen wir vermeiden. Aus unserer Sicht gibt es keinen Bedarf für eine eigene Abschiebungshaftanstalt.

Der wichtigste Schritt für eine gute Integration ist das Erlernen der deutschen Sprache. Wir wollen, dass allen Geflüchteten direkt nach Ankunft in Brandenburg Angebote

zum Spracherwerb unterbreitet werden. Die Integrationskurse des Bundes greifen zu spät und schließen diejenigen, die noch keine gesicherte Bleibeperspektive haben, aus.

Integration ist auch Integration in Ausbildung und Arbeit. Oftmals scheidet die Arbeitsaufnahme bzw. die Aufnahme einer Berufsausbildung an nicht erteilten Arbeitsgenehmigungen. Wir wirken darauf hin, dass die kommunalen Ausländerbehörden in Zusammenarbeit mit der Wirtschaft alle Spielräume zur Erteilung von Arbeitsgenehmigungen ausnutzen. Wichtig ist auch, dass Arbeitgeber*innen sicher sein können, dass die Arbeitskräfte und Auszubildenden, die sie einstellen, eine gesicherte Bleibeperspektive erhalten. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass bei der Erteilung von Duldungen die Integration in das Arbeitsleben stärker berücksichtigt wird.

Wir wollen:

- das Landesaufnahmeprogramm für syrische Geflüchtete ohne Abstriche an seiner Ausstattung fortführen und wie unser Nachbarland Berlin auf den Irak ausdehnen.
- das Landesaufnahmeprogramm für vom IS verfolgte Frauen aus dem Nordirak weiterhin mit aller Kraft unterstützen und ausbauen.
- die aufenthaltsrechtlichen Spielräume, die der Bund dem Land lässt, ausnutzen. Gut integrierte Geflüchteten sollen einen gesicherten Aufenthaltsstatus erhalten.
- Voten der Brandenburger Härtefallkommission ernst nehmen. Sie beschäftigt sich intensiv mit humanitären Einzelfällen. Ihre

Entscheidungen müssen bindend sein und sollen direkt, ohne Veto-Möglichkeit des Innenministeriums, umgesetzt werden.

- das Programm »Deutsch für Geflüchtete«, das sich an all jene richtet, die keine Chance haben an den Integrationskursen des Bundes teilzunehmen, verstetigen und ausbauen. Gleichzeitig ist ein Ausbau der berufsbezogenen Sprach-erwerbskurse erforderlich. Vor allem für Flüchtlingsfrauen ist es wichtig, Kursangebote zu schaffen, die eine Kinderbetreuung einschließen.

- das Instrument der Ausbildungs-duldung landesweit einheitlich einsetzen. Ausbildungsduldung darf nicht an fehlenden Papieren scheitern. Gleichzeitig ist deren Erteilung auf berufsvorbereitende Maßnahmen auszuweiten.

- Projekte, die gezielt darauf hinwirken, Geflüchtete in Arbeit zu bringen, unterstützen und bedarfsgerecht ausbauen. Zielstellung muss dabei sein, die vorhandenen Instrumente der Arbeitsförderung flexibel auf die individuellen Bedürfnisse abgestimmt zu kombinieren.

- Geflüchtete vorwiegend dezentral unterbringen. Vor allem für besonders schutzbedürftige Geflüchtete – Frauen, Kinder, Menschen mit Behinderungen, LSBTIQ* usw. – braucht es besondere Einrichtungen und Schutzräume.

- Flüchtlingsinitiativen auch weiterhin unterstützen und unbürokratisch fördern. Das Förderprogramm für Flüchtlingsinitiativen bei der Integrationsbeauftragten und die Fördermöglichkeiten des »Bündnisses

für Brandenburg« wollen wir erhalten und wenn nötig ausbauen.

- die Schaffung von Integrations- und Migrant*innenbeiräten in allen Landkreisen und kreisfreien Städten. Wir setzen uns für weitere Instrumente der politischen Teilhabe und Mitbestimmung ein. Strukturen der migrantischen Selbstorganisation müssen ideell und finanziell gefördert werden.

- die Schaffung von »Anker-Zentren« verhindern.

Freiheit und Sicherheit – starken Bürgerrechten verpflichtet

Brandenburg – demokratischer und sozialer Rechtsstaat

Justiz – Rechtspolitik – sozialer Rechtsstaat

Die Justiz gehört, neben den Bereichen Sicherheit, Polizei und Bildung, zum Kernbereich des Staates. Sie ist für das staatliche Wirken von essenzieller Bedeutung. Denn Justiz und Rechtsstaat stehen auch für strikte Gewaltentrennung und -kontrolle, ohne die die Freiheit eine Worthülse bleibt. Darum ist eine von jeder Beeinflussung unabhängige Justiz ein Grundpfeiler unserer Demokratie. Der Rechtsstaat ist jedoch lediglich ein Strukturprinzip. Es sagt nichts aus über die Richtigkeit des geltenden Rechts. Deshalb steht DIE LINKE für den demokratischen und sozialen Rechtsstaat. Rechts- und Sozialstaatlichkeit gehen für uns Hand in Hand.

LINKE Grundsätze für einen starken Rechtsstaat

Den Rechtsstaat zu stärken bedeutet, dass wir uns vehement für die Grund- und Freiheitsrechte der Einwohner*innen einsetzen und uns verfassungswidrigen Eingriffen entgegenstellen. Brandenburg wird sozialer und sicherer nicht durch die Einschränkung von Einwohner*innenrechten und die Ausweitung ineffektiver Überwachungs- und Eingriffsbefugnisse sondern durch die

personelle Stärkung und durch die modernste Ausstattung der Justiz.

DIE LINKE will das Vertrauen der Brandenburger*innen in den Rechtsstaat bewahren. Statt jahrelangem Warten muss schnell Rechts-sicherheit für die Betroffenen durch zeitnahe Entscheidungen geben. Überlange Verfahrensdauern, vor allem bei Sozial- und Verwaltungsgerichten, müssen der Vergangenheit angehören. Menschen, die am Existenzminimum leben, ist nicht zuzumuten, dass sie Jahre auf die Durchsetzung ihrer Ansprüche warten müssen. In allen Geschäftsbereichen der Justiz dürfen die Bestände nicht über das Maß anwachsen, das innerhalb eines Jahres abgebaut werden kann.

Alle Brandenburger*innen sollen die Möglichkeit haben, das Recht für sich in Anspruch zu nehmen. DIE LINKE hat sich bisher erfolgreich für den Erhalt auch kleiner Gerichtsstandorte eingesetzt. Dies wird sich nicht ändern!

Auch die Justiz befindet sich im Zeitalter der Digitalisierung. Damit wird sie vor enorme Anforderungen an Technik, Personal und Sicherheit gestellt. Mit der Einführung des elektronischen Rechtsverkehrs und der elektronischen Akte wird der Schutz persönlicher Daten im besonderen Fokus stehen und ganz neue Herausforderungen erzeugen.

Zugleich ist die richterliche Unabhängigkeit zwingend und vorbehaltlos

zu gewährleisten. Daher setzt sich DIE LINKE auch in diesem Bereich für eine effektive und moderne materielle und personelle Ausstattung ein. Wir stehen für die weitere Stärkung des Richterwahlausschusses ebenso wie mögliche Rotationen in verantwortungsvollen Positionen der Justiz in der Zukunft.

LINKE Rechtspolitik stärkt den sozialen Rechtsstaat

Die Gewährung des Rechtsschutzes für alle Menschen, insbesondere für diejenigen, die sozial benachteiligt sind, muss unabhängig vom Einkommen uneingeschränkt gewährleistet sein. Daher lehnt DIE LINKE die Einschränkung des Zugangs zum Recht und das Erschweren des Rechtsweges, vor allem durch eine Reform der Prozesskostenhilfe, ausdrücklich ab.

Notwendigen Reformen in den Prozessordnungen steht DIE LINKE Brandenburg aufgeschlossen gegenüber. Effizienzsteigernde Vorschläge aus Wissenschaft und Praxis, die auch zur Vereinfachung des Strafverfahrens beitragen, dürfen jedoch nicht zu Einschränkungen und zur Beschneidung von Beschuldigten- und Angeklagt*innenrechten führen. Im Zivilprozess setzen wir uns für eine Stärkung des Kammerprinzips bei den Landgerichten ein.

Die Handlungsfähigkeit des Rechtsstaates wird nicht durch eine stetige und wiederholte Verschärfung des Strafrechts garantiert. Vielmehr nimmt der Rechtsstaat an der zunehmenden Produktion unbestimmter Strafrechtsnormen Schaden. Insofern kritisiert DIE LINKE das Ausweichen der Gesellschaftspolitik auf die Kriminalpolitik. Weder

Justiz noch Polizei können grundsätzliche gesellschaftliche Probleme lösen oder Schieflagen korrigieren.

Wir wollen:

- bei Bagatelldelikten unnötige Verfahren und Gefängnisstrafen, die dem Resozialisierungsgedanken entgegenstehen, vermeiden. So fordern wir, die strafrechtliche Verfolgung bei sogenanntem Schwarzfahr*innen und anderen geringfügigen Delikten abzuschaffen und auf die Ersatzfreiheitsstrafe zu verzichten. Das würde zugleich die Justiz entlasten.
- ein Umdenken in der Drogenpolitik. Die auf verstärkte Repression setzende Drogenpolitik ist gescheitert. Statt Verboten wollen wir ehrliche Aufklärung über Wirkung und Risiken von Drogenkonsum. Wir setzen uns für eine Legalisierung von Drogenbesitz und -anbau für den Eigenbedarf ein.
- den resozialisierenden Strafvollzug weiter ausbauen und weiter konsequent die Resozialisierung der Gefangenen fördern. Nur wer eine gute Grundlage und Perspektiven für die Zeit nach der Haft hat, kann ein straffreies Leben in Freiheit bewältigen und sich in die Gesellschaft integrieren.
- Für die Gefangenen Bildungs- und Qualifizierungsangebote sowie Arbeitsangebote im Strafvollzug zur Verfügung stellen. Zu einem menschenwürdigen Strafvollzug gehört auch, dass die Arbeitsleistungen in Justizvollzugsanstalten in die gesetzliche Rentenversicherung einbezogen werden.
- den Wohngruppenvollzug mit qualifiziertem Personal auskömmlich

ausstatten. Wir setzen uns für die Förderung von Projekten des Übergangsmanagements ein und unterstützen Projekte zur Haftvermeidung durch frühzeitige ambulante sozial-pädagogische Maßnahmen und Konfliktlösungen außerhalb der Gerichte, wie den Täter-Opfer-Ausgleich.

Auch weiterhin messen wir der Hilfe für Kriminalitätsoffer eine hohe Bedeutung bei. Wir verstärken die finanzielle Unterstützung von Programmen, Organisationen und Vereinen, die sich der Unterstützung von Kriminalitätsoffern widmen und deren Rechte sichern.

Zudem setzt DIE LINKE auf ein die Gesellschaft veränderndes Modell mit mehr Prävention und weniger Gefängnis. Denn die Strafjustiz kommt erst zum Zuge, wenn eine Straftat bereits begangen wurde. Viel erfolgversprechender und damit ein Gewinn für die Gesellschaft und deren Sicherheit ist die Bekämpfung der Ursachen von Kriminalität und die Beseitigung von Bildungs- und sozialen Ungerechtigkeiten der Gesellschaft. DIE LINKE Brandenburg tritt dafür ein, dass dies mit Hilfe des demokratischen und sozialen Rechtsstaates erfolgt, der soziale Teilhabe ermöglichen muss.

Sicher leben in Brandenburg

Bürgernehe Polizei, niedrige Kriminalität

Brandenburg soll ein sicheres Land bleiben. Die Zahl der registrierten Straftaten ist in Brandenburg rückläufig. Doch Straftaten, egal ob im

öffentlichen Raum oder im eigenen Heim, erschüttern das Vertrauen in die öffentliche Sicherheit. Grundlage für ein sicheres Leben aller sind einerseits eine gute Sozialpolitik, die den Menschen ein Leben ohne existenzielle Ängste ermöglicht, und andererseits eine Kriminalpolitik, die die öffentliche Ordnung gewährleistet und die Grundrechte respektiert.

Dazu gehört auch eine bürgernahe Polizei, die die Bevölkerung zuverlässig vor Kriminalität schützt und gleichzeitig die Rechte der Einwohner*innen verteidigt. Sie ist für die Menschen erreichbar, präsent und ansprechbar. Nach einer mit der Polizeireform verbundenen Reduzierung der Stellen bei der Polizei in Verbindung mit einer hohen Anzahl von Personen, die altersbedingt aus dem Dienst ausgeschieden sind, ist es uns nun gelungen, die Personalstärke wieder auf 8 280 Stellen zu erhöhen.

Die Polizei ist personell und materiell gut auszustatten. Es braucht nicht mehr Befugnisse, sondern motivierte Polizist*innen, die ansprechbar sind, Ermittlungen durchführen und Erkenntnisse verarbeiten. Diese sollen interkulturelle und gendersensible Kompetenzen sowie umfassende politische Bildung besitzen. Wir müssen außerdem für gute Arbeitsbedingungen für die Polizist*innen und eine gute technische Ausstattung sorgen. Eine demokratische Polizei muss die gesetzlichen Rechte aller gewährleisten, egal welche Herkunft, Religion oder sexuelle Identität eine Person hat, die polizeiliche Hilfe in Anspruch nehmen möchte. Polizist*innen, die sich in rechts-extremen Gruppen engagieren oder durch rassistisches, antisemitisches

oder homophobes Verhalten aufgefallen sind, müssen aus dem Dienst entfernt werden.

Die Stärkung der Präventionsarbeit der Polizei ist ein wichtiger Bestandteil linker Kriminalitätspolitik. Wir werden die kommunale Kriminalitätsverhütung besser unterstützen. Zusammen mit den Revierpolizist*innen kann sie als ein Baustein für eine nachhaltige Präventionsarbeit das Sicherheitsgefühl der Menschen erhöhen.

Resultierend aus der deutschen Geschichte und den jüngeren Skandalen im Zusammenhang mit der rechtsterroristischen Mordserie des NSU stehen wir Geheimdiensten kritisch gegenüber und fordern deren Abschaffung. Geheimdienste, wie der Verfassungsschutz, operieren mit zweifelhaften Methoden, wie dem V-Personenwesen, das wir grundlegend ablehnen. Allein die Existenz einer geheimdienstlich agierenden Behörde, die die Bevölkerung unter ständige Beobachtung stellt, verletzt die Grundsätze einer rechtsstaatlich verfassten, freiheitlichen und offenen Demokratie. Daher wollen wir Geheimdienste abschaffen. Solange sie aber noch arbeiten, muss die parlamentarische demokratische Kontrolle so wirkungsvoll wie möglich gestaltet und weiterentwickelt werden.

Wir wollen:

- die durch die hohen Ausbildungszahlen an der Fachhochschule der Polizei in Oranienburg schwierigen Übergänge zur erhöhten Personalstärke gestalten und mittelfristig die Lücken in der Personaldecke schließen. Dazu gehören der zügige Bau und die Eröffnung des Internats

an der Fachhochschule der Polizei in Oranienburg.

- die Einführung einer Regelbeförderung in der Brandenburger Polizei.
- die Einrichtung des Fachstudiengangs »Kriminalistik« und somit die Arbeit der Kriminalpolizei verbessern.
- eine unabhängige Beschwerdestelle einrichten, an die sich Betroffene oder Zeug*innen von rechtswidrigen Polizeihandlungen wenden können. Die Stelle muss mit den für ihre Arbeit notwendigen Ermittlungsbefugnissen ausgestattet und dazu in der Lage sein, Beweise für ein mögliches Gerichtsverfahren zu sichern. Die Beschwerdestelle hat regelmäßig über ihre Arbeit zu berichten. Diskriminierende polizeiliche Maßnahmen wie »Racial Profiling« dürfen nicht stattfinden. Hierfür bedarf es neben gesetzlichen Regelungen, insbesondere in der Ausbildung von Polizist*innen einer beständigen Sensibilisierung und Auseinandersetzung mit Stereotypen und ihrer Reproduktion, die tief in der Gesellschaft verankert sind.
- die Schaffung eines Benachrichtigungssystems für Betroffene von Funkzellenabfragen.
- durch eine weiter verstärkte Zusammenarbeit mit polnischen Einsatz- und Ermittlungskräften, den benachbarten Bundesländern und der Bundespolizei den Herausforderungen bei grenzüberschreitender Kriminalität noch besser begegnen.
- eine wirksame Innenrevision beim Verfassungsschutz einrichten. Die Schlussfolgerungen, die sich aus Untersuchungsausschüsse, vor allem

zum NSU-Komplex, zur Einhegung und zur Kontrolle der Arbeit der Geheimdienste ergeben haben, müssen durch Änderung von Landes- und Bundesgesetzen umgesetzt werden.

■ ein demokratieförderndes und grundrechtsbezogenes Versammlungsrecht entwickeln.

Im Mittelpunkt unserer Politik steht die Verteidigung und Ausweitung der Bürger*innen- und Freiheitsrechte. Wir lehnen jegliche Ausweitung polizeilicher Befugnisse, die diese Rechte einschränken wollen, entschieden ab. Dazu gehört unter anderem der Einsatz von Staatstrojanern, Quellen-TKÜ, elektronischen Fußfesseln, Gesichtserkennungssoftware, aber auch von Waffen wie Tasern, Pfefferspray und Explosivstoffen. Dazu gehört auch die Präventivhaft und die Ausweitung der Videoüberwachung, sowie der Datenspeicherung durch Polizeibehörden und Geheimdienste.

Brand- und Katastrophenschutz stärken

Im Rahmen der öffentlichen Sicherheit leisten auch die Freiwilligen Feuerwehren, die Rettungsdienste und Hilfsorganisationen einen wichtigen Beitrag. Viele Menschen engagieren sich in diesen Organisationen für die Allgemeinheit. Brandenburg ist bei der Verbesserung der Unterstützung des Brand- und Katastrophenschutzes deutlich vorangekommen.

Mit dem Konzept zum Brand- und Katastrophenschutz, dem Maßnahmenpaket und dem Brand-

und Katastrophenschutzgesetz ist es gelungen, die Rahmenbedingungen für die Freiwilligen und die Kommunen zu verbessern. Mit den Jubiläumssprämien haben wir einen großen Schritt zur Förderung und Unterstützung des Ehrenamtes getan.

Die technische Infrastruktur und die persönliche Ausrüstung für Rettungsdienst, Katastrophenschutz und Feuerwehren sollen landesweit auf dem neuesten Stand gehalten werden. Wir werden die zentrale Beschaffungsunterstützung des Landes weiter fortführen und so Synergien bei der Beschaffung erschließen. Wir wollen einen Rettungsdienst in kommunaler Verantwortung, der Teil des Gesundheitssektors und nicht gewinnorientiert organisiert ist.

Verbraucher*innenschutz

Nachhaltige Verbraucher*innenpolitik

Schutz, Stärkung und Erweiterung von Verbraucher*innenschutzrechten haben in den vergangenen Jahren mehr und mehr an Bedeutung gewonnen – von der Lebensmittelqualität bis zu Bankgeschäften, von Versicherungsleistungen bei Schäden infolge des Klimawandels bis zum Brexit, vom Online-Handel bis zur Gesundheitswirtschaft, vom Tourismus bis zur Pflege. Deswegen haben wir den Verbraucher*innenschutz in den letzten Jahren erheblich aufgewertet. Ziel ist eine aktive, sozial gerechte und ökologisch nachhaltige Politik, in der die Rechte der Verbraucher*innen im Mittelpunkt stehen.

Brandenburg hat sich durch unser Engagement eine verbraucher*innenpolitische Strategie gegeben, die

mit dem Ziel, die Stellung der Verbraucher*innen gegenüber Konzernen zu stärken, umgesetzt und fortgeschrieben werden soll. Die Digitalisierung soll als Chance für Verbraucher*innen genutzt werden, gleichzeitig sollen sie vor den Risiken geschützt werden.

Die Verbraucherzentrale ist als unabhängige Beratungseinrichtung für Verbraucher*innen sowie als Kämpferin für Verbraucher*innenrechte unverzichtbar. Die Verfügbarkeit der Angebote in der Fläche wollen wir dauerhaft sichern.

Die Verbraucherzentrale wurde finanziell gestärkt und die deutsch-polnische Verbraucher*innenberatung wird fortgesetzt, da diese in Brandenburgs Grenzregionen wegen des zunehmenden grenzüberschreitenden Handels eine besondere Rolle spielt.

Wir wollen:

- die Qualitätsoffensive Schulverpflegung fortsetzen und ausbauen. Eltern und Schüler*innen sollen gemeinsam mit den Verantwortlichen der Schule und Essensanbietern bei der Ausgestaltung der Essensversorgung mitreden können. Ziel ist eine hohe Essensqualität in Schule und Kita entsprechend den DGE-Standards.

- die in Nordbrandenburg erprobte mobile Beratung der Verbraucherzentrale auf digitaler Basis nach einer positiven Evaluation auf weitere Landesteile ausdehnen.

- die unabhängige Patient*innenberatung wieder durch die Verbraucherzentrale anbieten.

- für eine deutliche Kennzeichnung der Inhalts- und Zusatzstoffe sowie

der Nährwerte kämpfen. Eine zusätzliche, verständliche und ambitionierte Kennzeichnung mit der »Nährwert-Ampel« soll die Qualitätseinordnung auf den ersten Blick erleichtern. Hierfür soll sich Brandenburg im Bundesrat und bei den Minister*innenkonferenzen einsetzen.

- im Bereich der Lebensmittelsicherheit und des Veterinärwesens wirksame Kontrollen absichern. Auf Bundesebene setzen wir uns für verbindliche staatliche Produktkennzeichnungen ein, die Tierwohlstandards erkennen lassen. Damit wird Verbraucher*innen die Möglichkeit gegeben, an der Ladentheke über die Form der Tierhaltung mit zu entscheiden.

Linke Haushalts- und Finanzpolitik ist nachhaltig und stärkt das Gemeinwesen

Landesfinanzen stabilisiert, Ausgaben in die richtige Richtung gelenkt

Seit 2009 tragen wir die Verantwortung für den Haushalt und die Finanzen im Land Brandenburg. Wir haben bewiesen, dass eine solidarische und ökologische Politik, wirtschaftliche Stabilität und eine nachhaltige Haushalts- und Finanzpolitik kein Widerspruch sein müssen.

Die Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung und der kommunalen Finanzkraft sind für uns wesentliche Voraussetzungen für ein starkes Gemeinwesen. 2018 haben wir erstmalig seit 2005 die so genannte Verbundquote stufenweise auf 21 Prozent in 2019, auf 22 Prozent in 2020 und auf 22,43 Prozent ab 2021 erhöht. Gegenüber dem Jahr 2018 erhalten die Kommunen in den Jahren von 2019 bis 2022 insgesamt rund 800 Millionen Euro mehr vom Land.

Mit der Berücksichtigung eines Mehrbelastungsausgleichs für grundfunktionale Schwerpunkte im Ausgleichsgesetz sind wir einen weiteren Schritt vorangekommen, mit dem wir gleichwertige Lebensverhältnisse im gesamten Land absichern wollen. Darüber hinaus haben wir damit begonnen, den hochverschuldeten kreisfreien Städten Cottbus/Chósebus, Brandenburg an der Havel und Frankfurt (Oder) Landesmittel zur Teilentschuldung zur Verfügung zu stellen.

Die Zahl der Versorgungsempfänger*innen sowie die Versorgungs- als auch Beihilfeausgaben für die Versorgungsempfänger*innen sind in den vergangenen Jahren bereits deutlich gestiegen und werden weiter steigen. Der aktuelle Versorgungsbericht prognostiziert für 2027 allein Versorgungsausgaben von 605 Millionen Euro. Dies entspricht gegenüber 2018 mehr als einer Verdoppelung.

Seit sieben Jahren haben wir Jahresüberschüsse erwirtschaftet, die es uns ermöglicht haben, seit 2013 mehr als 850 Millionen Euro Altschulden zu tilgen, die wir von den Vorgängerregierungen übernommen hatten, und zusätzlich Rücklagen anzusparen.

Neue Herausforderungen

DIE LINKE bleibt bei ihrer Ablehnung einer Schuldenbremse. Obwohl wir die im Grundgesetz Artikel 109 Absatz 3 geregelte Schuldenbremse nach wie vor ablehnen, müssen auch wir uns in Brandenburg überlegen, wie das Land die Schuldenbremse einhalten und gleichzeitig haushaltspolitische Spielräume bewahren kann. Aus diesem Grund haben wir die Verfassung des Landes Brandenburg und die Landeshaushaltsordnung angepasst. Damit gewährleisten wir, dass in Zeiten konjunktureller Krisen Steuerausfälle nicht direkt durch massive Kürzung von Ausgaben kompensiert werden müssen.

2020 tritt nicht nur die Schuldenbremse in Kraft, sondern auch der reformierte Länderfinanzausgleich. Dieser wird seinen Charakter maßgeblich ändern. Statt der Geberländer wie bisher wird der Bund die Kassen der finanzschwachen Länder auffüllen. Der solidarische Ausgleich zwischen den Ländern findet nicht mehr statt. Infolgedessen werden die Ungleichheiten zwischen den finanzstarken und den finanzschwachen Bundesländern weiter zunehmen.

Europäische Entscheidungen bestimmen die Lebensbedingungen auch der Menschen in Brandenburg unmittelbar und in wachsendem Umfang. Die Regelungen geben in vielfältiger Form Sicherheit für Verbraucher. EU-Fördermittel leisteten und leisten einen nicht zu unterschätzenden Beitrag für die Stabilisierung und Zukunftsfähigkeit unseres Landes. Wir setzen uns dafür ein, dass bereitstehende EU-Mittel vollständig kofinanziert werden.

Grundlinien künftiger Haushalts- und Finanzpolitik

DIE LINKE Brandenburg sieht sich auch in Zukunft zu verantwortlicher und nachhaltiger Haushaltspolitik verpflichtet. Dabei geht es für uns zum einen um die finanzielle Sicherung von Ausgaben und zum anderen um die Sicherung von Steuereinnahmen. Trotz der aktuell positiven Entwicklung bei den Steuereinnahmen lehnen wir Steuer-senkungen zu Lasten des Landes und seiner Kommunen ab.

Wir wollen das Gemeinwesen weiter stärken und ausbauen. Dazu gehören u. a. der öffentliche, soziale

Wohnungsbau, öffentlich finanzierte und gebührenfreie Kitas und Schulen, die Verbesserung von Betreuungsschlüsseln im Erzieher*innen- und Lehrer*innenbereich, gebührenfreie Universitäten, der öffentlich finanzierte Personen- und Schienen-nahverkehr und die Stärkung und der Ausbau von flächendeckenden Angeboten der öffentlichen Daseinsvorsorge.

Unseren strategischen Ansatz zum Umgang mit Haushaltsüberschüssen und der Bildung von Rücklagen wollen wir fortführen. So werden wir weiter Vorsorge treffen und sichern mittel- und langfristig die notwendigen öffentlichen Investitionen und die aktive Zukunftsvorsorge der öffentlichen Hand auch in Zeiten der Schuldenbremse. Investitionen in die Zukunft des Landes Brandenburg haben Vorrang, insbesondere in Zeiten der Null-Zins-Politik der Europäischen Zentralbank. Eine Finanzpolitik, die Schuldentilgung als Ziel beschreibt und dabei dringend notwendige Landesaufgaben nicht erfüllt, ist für uns nicht nachhaltig und lehnen wir deshalb ab.

Die Schuldenbremse des Bundes darf ab 2020 nicht zur Zukunftsbremse des Landes Brandenburg werden. Sie gehört wieder abgeschafft. DIE LINKE lehnt die Schuldenbremse nach wie vor ab. Die Handlungsfähigkeit von Bund, Ländern und Kommunen kann auch nicht durch ein Verbot neuer Kredite gesichert werden, sondern nur durch ein sozial gerechtes Steuersystem, in dem bestimmte vermögensbasierte Steuern wie die Erbschafts- und Vermögensteuer gestärkt werden. Wir wollen, dass Brandenburg auf Bundesebene weiter dafür streitet.

Wir wollen:

- uns dafür stark machen, dass der Bund seiner Verantwortung für die Sicherung gleichwertiger Lebensverhältnisse gerecht wird und Initiativen mit dem Ziel unterstützen, die öffentliche Finanzausstattung weiter zu verbessern – z. B. durch eine Finanztransaktions- und Millionärssteuer – und Steuer-schlupflöcher zu schließen.

- die Finanzverwaltung weiter stärken.

- auf europäischer Ebene das Einstimmigkeitsprinzip bei Steuerthemen durch das Mehrheitsprinzip ersetzen. Einzelne Staaten, insbesondere Steueroasen, haben dann nicht mehr die Möglichkeit, EU-weite Steuergesetze mit einem Veto zu belegen. Eine Digital- oder Finanztransaktionssteuer könnte somit leichter auf europäischer Ebene umgesetzt werden.

- im Rahmen der weiteren Ausgestaltung des Länderfinanzausgleichs einen solidarischen Ausgleich auf Länderebene. Nur so lässt sich am im Grundgesetz verankerten Ziel, gleichwertige Lebensverhältnisse zu schaffen, festhalten. Regionale Unterschiede und soziale Ungleichheiten sind dabei längst nicht mehr nur ein Ost-West-Problem. Deshalb wollen wir uns beim Bund für einen Solidarpakt III für strukturschwache Regionen in Ost und West einsetzen.

EU-Mittel bleiben auch weiterhin für uns von zentraler Bedeutung – in Umfang, aber genauso in der Zielrichtung. Denn obwohl wir auch in Brandenburg in den vergangenen Jahren eine sehr gute wirtschaftliche Entwicklung erleben, benötigen wir

weiterhin substanzielle Unterstützung aus den EU-Fonds, um unsere Erfolge zu stabilisieren und Stagnationsprozessen entgegenzuwirken.

Die Stärkung der Kommunen ist ein klares Signal in die Städte und Dörfer: Dort, wo die Brandenburger*innen zu Hause sind, soll es eine gute kommunale Infrastruktur, ein lebenswertes Umfeld und attraktive Angebote u. a. der Daseinsvorsorge geben.

Wir wollen:

- uns weiterhin für eine Stärkung des solidarischen Finanzausgleichs zwischen dem Land und den Kommunen einsetzen und bei der weiteren Ausgestaltung unser Hauptaugenmerk auf die Stärkung der ländlichen Regionen in Brandenburg legen.

- uns auf Bundesebene für eine sozial gerechte Grundsteuer einsetzen. Entsprechende Bundesregelungen müssen bis Ende 2019 auf den Weg gebracht werden. Bei einem Wegfall der Grundsteuer kommt es in den Brandenburgischen Kommunen zu einem jährlichen Einnahmeausfall ca. 272 Millionen Euro. Das wollen wir verhindern.

- die Vergabe von Landesbürgschaften zielgerichtet weiter ausbauen, z. B. für den sozialen Wohnungsbau oder der Beteiligung von Kommunen an der Errichtung von Anlagen zur Erzeugung von erneuerbaren Energieanlagen.

Landtagswahlprogramm 2019,
beschlossen vom Landesparteitag
DIE LINKE. Brandenburg
am 15. Juni 2019 in Schönefeld

Impressum:
DIE LINKE. Brandenburg
Alleestraße 3
14469 Potsdam
Telefon: 0331/20 00 90
Fax: 0331/20 00 910
info@dielinke-brandenburg.de
www.dielinke-brandenburg.de

V.i.S.d.P. Stefan Wollenberg,
Landesgeschäftsführer

